Seite 3: Die Schlichtungsmaschine der Mansfeld A.-G.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Mittwoch, 15. Juni 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 138

Vor der Antisowjetfront in Genf!

Die imperialistischen Mächte rüsten zum Kampf gegen die Sowjetunion

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Juni.

Unter der Führung Englands werden die sogenannten Locarno-Mächte die Einheitsfront gegen die Sowjetunion herstellen. Gestern hat eine Besprechung der Vertreter Englands, Frankreichs, Belgiens, Deutschlands, Italiens und Japans in Genf stattgefunden, die sich nach den Meldungen der bürgerlichen Presse mit dem englisch-russischen Konflikt beschäftigte. Ueber die Sitzung wird ein offizieller Bericht herausgegeben, wonach sich die Außenminister mit einem Gedankenaustausch über die politische Lage und die sie berührenden Fragen befaßten. Die Besprechungen sollen heute fortgesetzt werden.

Die Presse setzt in ihren Artikeln die Politik fort, zu erklären, daß die kapitalistischen Regierungen nicht gegen die Sowjetregierung Stellung nehmen, sondern nur eine Trennung der Sowjetregierung von der Politik der Komintern verlangen. In einem Leitartikel Georg Bernhards heißt es in der „Vossischen Zeitung":

„Die beste Taktik Moskaus sei jetzt, sich den politischen Sitten Westeuropas anzupassen, weil Moskau sich nur auf diese Weise mit der europäischen Diplomatie verständlich machen könne, während die asiatischen Gebräuche, die sich bereits in der Erschießung der 20 Konterrevolutionäre zeigen, nicht den Gegner zum Schweigen bringen könnten."

Zu der Herstellung der antibolschewistischen Einheitsfront bemerkt dann die „Vossische Zeitung": „Alle Regierungen seien von der Notwendigkeit durchdrungen, zunächst einmal in Besprechungen die Lage genau zu klären."

Der „Vorwärts" berichtet über Genf nur so viel, daß eine Besprechung der Außenminister stattgefunden hätte und bringt als Spitzenmeldungen Nachrichten einer polnischen Telegraphenagentur, wonach die Sowjetregierung vor Beantwortung der letzten russischen Note durch Polen noch eine dritte Note an Polen mit ultimativem Charakter richten will.

Die „Leipziger Neueste Nachrichten" lassen sich aus dem Kreise Briands folgendes berichten:

„Wenn man davon spreche, die Locarno-Politik zu entwickeln, so handele es sich ohne Zweifel um ernstere und wichtigere Dinge, als um eine Verminderung der Truppen im Rheinlande oder eine Zurückziehung der Besatzung in einer nahen oder ferneren Zeit. Locarno bedeute eine positive Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Signaturmächten, die an einer Politik der Ordnung und der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa interessiert sind. Die Deutschen haben mit Rußland den Rapallo-Vertrag unterzeichnet, aber auch sie zeigen sich besorgt über die möglichen Folgen eines Fortschrittes der russischen Zersetzungspolitik in Europa.

So viel ist jetzt, daß sich die Deutschen mit den anderen Mächten über gemeinsame Maßnahmen verständigen werden, die auf eine Bekämpfung des Kommunismus in Europa hinauslaufen."

Und dann heißt es weiter:

„Erklärungen, die

Dr. Stresemann

abgab, dementieren diese Entwicklungstendenz keineswegs, sondern schwächen sie nur ab.

Zu einzelnen erklärte der Reichsaußenminister,

daß die Besprechungen der drei Minister natürlich unter dem Eindruck der letzten politischen Ereignisse stehen. Ueber die Frage der gemeinsamen

Front gegen die Wühlarbeit der 3. Internationale

sagte Dr. Stresemann, daß tatsächlich eine große Erregung in einer Anzahl von Staaten bestehe. ... in dem Augenblick, da die Beziehungen zu England abgebrochen wurden, habe es keine allgemeine Bewegung gegen den Kommunismus gegeben. Jetzt sei sie im Entstehen ..."

Daumen aufs Auge! Knie auf die Brust!

Gesinnungslose Fälschung des „linken" Volksboten

e. Halle, 15. Juni.

Wer bisher noch geglaubt hat, die linken sozialdemokratischen Führer seien ehrlicher und klassenbewußter als die Heloten des Reformismus, der wird durch einen Artikel von Bergholz, der unter der Firma **„Auf den Spuren der Tscheka", „Rosa Luxemburg über den Terror"** eines anderen belehrt. Die ungeheuerlichen Fälschungen, die sich dieser Mann dort leistet, sind wohl noch nie dagewesen. Abgesehen davon, daß er zunächst alle nach bürgerlichen Meldungen in der Sowjetunion in den letzten Jahren vorgekommenen Erschießungen summiert und als Echo des einen Schusses auf den Sowjetgesandten Wojkow in Warschau bezeichnet und dabei keine einzige Zeile übrig hat gegen die systematische Offensive der weißgardistischen konterrevolutionären Banden gegen die Sowjetunion, soll uns hier die Schändung beschäftigen, die er an unserer, von seinen Gesinnungsfreunden ermordeten, Führerin Rosa Luxemburg begangen hat.

Entgegen der „Leipziger Volkszeitung", die die Akte der Notwehr gegen Vorstöße konterrevolutionärer Bestrebungen gutheißt, (siehe auch unseren gestrigen Spitzenartikel!) stellt Bergholz die absolut opportunistische Behauptung auf, **„die Anwendung des Terrors durch die GPU., die Erbin der Tscheka, als Notwehr und Abschreckungsmaßnahmen gegen die Konterrevolution ..."** hinzustellen, sei „bürgerliche Ideologie". **„Dieser Terror mißtreditiert den Sozialismus."** Umgekehrt wird ein Schuß daraus! Bergholz ist der Bürger im Schlafrock, von dem die „Leipziger Volkszeitung" spricht, und der entgegen der Auffassung ehrlicher proletarischer Kämpfer über die Abwehrmaßnahmen der Sowjetunion Zetet und Mord schreit.

Wie dachte darüber Rosa Luxemburg?

Bergholz zitiert das von Rosa entworfene Spartakus-Programm und zwar den Anfang des dritten Abschnittes:

„In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen."

Zunächst die Feststellung einer gemeinen Fälschung: Rosa Luxemburg spricht nicht vom Menschenmord, sondern vom Meuchelmord. Daß das ein Unterschied ist, und daß Bergholz diese Fälschung ganz bewußt gemacht hat, um dieses Zitat vollends seinen pazifistischen Illusionen entsprechend umzufeilen, liegt auf der Hand und wird nur bestätigt durch die Tatsache, daß er die anderen ergänzenden Abschnitte vollkommen unterschlagen hat. Schon der nächste Abschnitt beginnt mit einem „Aber", was ohne weiteres erkennen läßt, daß **die kommenden Ausführungen in einem unmittelbaren Zusammenhang zu den ersten Abschnitten stehen.** Und es wird darin geschildert, wie das Bürgertum Ströme von Blut fließen läßt, Bürgerkrieg und Landesverrat (Spionage!) anstiftet, um seine Vorrechte und Macht zu behaupten, wie es selbst rückständige Arbeiterschichten (aber auch so „fortgeschrittene" wie die Bergholz & Co.) gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzt, wie es Metzeleien unter den Führern des Proletariats organisiert und wie die Konterrevolution, die Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter ins Land ruft und lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln läßt, als es freiwillig dem Proletariat zum sozialistischen Aufbau zu überlassen. Und dann kommen — geradezu wie eine Bilanz aller vorausgegangenen Ausführungen — die Schlußabschnitte, die mit folgenden Sätzen beginnen:

„All dieser Widerstand (der Konterrevolution! D. Red.) muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden."

Das ist eine klare Sprache und eine vollkommene Begründung der jetzigen Verteidigungsmaßnahmen der russischen Revolution gegen die Konterrevolution und ihre Helfershelfer. Fast prophetisch sind die Worte Rosas über

Bürgerblock des Krieges — Würgerblock des Volkes

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien legte die Regierung durch Marx ihren Plan vor und ließ erklären, daß selbstverständlich die Zolltarifvorlage vor der Sommerpause restlos erledigt werden soll. Bis zur Sommerpause sollen behandelt werden: Die Zollgesetze, das Reichsschulgesetz, die Pachtschutzverordnung, das Mieterschutzgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz und andere Vorlagen.

Die Zentrumsfraktion beschwerte sich darüber, daß immer noch kein Entwurf zum Reichsschulgesetz vorgelegt worden sei.

*

Am 30. Juli läuft der vor zwei Jahren beschlossene kleine Zolltarif ab, der ursprünglich provisorisch nur auf ein Jahr gelten sollte. Doch die provisorischen Zollsätze werden immer mehr zu endgültigen. Der kleine Tarif enthält lückenlosen Zollschutz und umgibt Deutschland mit einer fast undurchdringlichen Zollmauer, hinter der die deutschen Finanzkapitalisten und Junker die glänzendsten Geschäfte machen. Deshalb will die Bürgerblockmehrheit in den zwei Wochen, die nun noch bleiben, die von den Industriebaronen und Junkern geforderte Verlängerung des kleinen Zolltarifs bis zum Jahre 1930 durchführen. Schon gehen die Lebenshaltungskosten in die Höhe. Die Auswucherung der werktätigen Massen soll nun durch die Verlängerung des Zolltarifs noch gesteigert werden. Auch die anderen Gesetze, die auf dem Sommerprogramm des Reichstages stehen, sind reaktionäre Anschläge auf die Werktätigen in Deutschland, die den Kampf gegen die Regierung des Krieges und des Hungers unverzüglich aufnehmen müssen.

Fort mit der Portoerhöhung!

Berlin, 14. Juni.

Bevor in die Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung in die zweite und dritte Beratung des Lebensmittelgesetzes eingetreten wird, nimmt zur Geschäftsordnung das Wort

Genosse Torgler:

Wiederholt haben wir Kommunisten die schleunigste Beratung unserer Anträge gegen den Portowucher der Reichspost und unseres Mißtrauensantrages gegen den Postminister gefordert. Die Bürgerblockmehrheit hat stets die Praxis der Reichspostverwaltung gedeckt, so daß eine Beratung unserer Anträge vor den Pfingstferien unmöglich gemacht wurde. Heute stellen wir unsere Anträge aufs neue.

In der Zwischenzeit hat der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Reichspost zu der Vorlage des Reichspostministers Stellung genommen, mit dem Ergebnis, daß zwar nicht die Vorlage in ihrem ganzen unerhörten Umfange angenommen, aber immerhin eine Erhöhung der Postgebühren beschlossen hat, die eine unerträgliche Belastung der breiten Massen mit sich bringt. 200 Millionen Reichsmark will die Reichspostverwaltung durch ihren Portowucher einstecken. Nicht die sogenannte „Wirtschaft", nicht die Kapitalisten sind die Geschädigten, sondern die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung, auf die jede Erhöhung der Postgebühren abgewälzt wird. (Präsident Löbe „wünscht", daß der Redner mehr zur Sache spreche!!!)

Der bayrische Dompfaffe Leicht von der Bayrischen Volkspartei erhebt zum Schutze seines Postministers Schätzle Einspruch gegen die Beratung, so daß dem kommunistischen Antrage gemäß nicht verfahren wird.

Bei der Beratung des Lebensmittelgesetzes, in die nunmehr eingetreten wird, handelt es sich um die Verbindung des bestehenden Lebensmittelgesetzes mit einigen Nebengesetzen. In der Debatte sprechen Frau Wurm (SPD.), Sparrer (Dem.) und Vorrmann (Wirtsch. Ver.), sowie ein Regierungsvertreter. Das Gesetz wird darauf in zweiter und auch dritter Lesung vom Bürgerblock gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Für die Kommunistische Partei fordert Genosse Torgler nunmehr dringend in der Mittwochsitzung die kommunistischen Anträge und Interpellationen zum Portowucher der Reichspost und zum Mißtrauensantrag gegen den Postminister Stellung zu nehmen.

In der

Abstimmung

holt sich der Bürgerblock und seine Regierung eine Niederlage. Mit 140 gegen 130 Stimmen wird beschlossen, **auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung die Frage der Portoerhöhung** zu setzen. In der Mittwochsitzung muß der Bürgerblock also offen Farbe bekennen.

Die Sitzung wird auf Mittwoch 15¼ Uhr vertagt mit der Tagesordnung: Portoerhöhung, Arbeitszeitverschlechterung in den Bäckereibetrieben und kleinere Vorlagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0001

das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George (jetzt Chamberlain) und Wilson (jetzt Colidge), und es ist eine elende Gesinnungslumperei von Leuten, die sich „linke" Sozialdemokraten nennen, daß sie nicht nur die Mordeisen gegen die Revolution bejubeln, sondern die Arbeiten revolutionärer Führer nehmen und sie zu ihren verräterischen Zwecken entstellen. Damit werden sie zu Verbrechern an der Arbeiterklasse, stellen sie sich jenseits der Barrikade, verhindern sie die proletarische Einheit, den gemeinsamen Kampf und damit gelten für diese wie für alle Helfer der Konterrevolution die Schlußworte des Spartakusprogrammes:

Auf, Proletarier zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!"

•

Nun lassen wir den ersten Teil des dritten Abschnittes aus dem von Rosa Luxemburg veröffentlichten Spartakusprogramm wörtlich noch einmal von der Stelle aus folgen, von der wir ihn noch nicht veröffentlicht haben, damit sich jeder Arbeiter ein selbständiges Urteil über das bilden kann, was Rosa Luxemburg gesagt hat, und damit er umso gründlicher die niederträchtige Verlogenheit des „linken" Führers a la Bergholz erkennt:

„Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.

Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliere wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten — **sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.**

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, **mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen,** die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. **Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen.** Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird **rückständige Arbeiterschichten** gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzeleien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der **Revolution zwanzig Vendeen** auf den Hals hetzen, sie wird **den äußeren Feind, das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George** und Wilson als Retter ins Land rufen **— sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.**

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden.

Den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse. Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution **die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen.** Den parlamentarischen Obstruktionsmanövern der Bourgeoisie die tatenreiche Organisation der Arbeiter- und Soldaten-Gesellschaft — die konzentrierte, zusammengeballte, **aufs höchste gesteigerte Macht** der Arbeiterklasse. Die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats: des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, der Arbeiter mit den Soldaten, die lebendige geistige Fühlung der deutschen Revolution mit der Internationale, die Erweiterung der deutschen Revolution zur Weltrevolution des Proletariats, vermag allein die granitne Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen es zu gebrauchen — zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche **Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Tor, seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.**

Um dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen fordert der Spartakusbund": (Und nun folgen konkrete Forderungen.)

Erfolgreicher Kampf gegen einen Schiedsspruch

Stärkung der Organisation durch den Kampf

(Eig. Meldg.) **Cronenberg,** 14. Juni.

Der Streik, bzw. die Aussperrung der Cronenberger Metallarbeiterschaft ist nach wochenlanger Dauer mit einer Vereinbarung, die von der außerordentlichen Mitgliederversammlung des DMV. am 12. Juni einstimmig angenommen wurde, beendigt worden. Das Abkommen kann, gemessen an dem letzten Schiedsspruch, der bekanntlich eine sechsprozentige Lohnerhöhung für ca. 5 Prozent der Metallarbeiter vorsah, als eine Verbesserung angesprochen werden, da die Tariflohnsätze insgesamt um 8 Prozent, die Schleifer- und Bohrfeiler-Akkordlöhne um 7 Prozent und die übrigen Akkordlöhne um 5 Prozent erhöht werden. Der Ausgang dieses gewaltigen Ringens hat wiederum gezeigt, daß auch der Kampf gegen die Schiedssprüche erfolgreich geführt werden kann. Der DMV. hatte noch während des Kampfes eine **gewaltige Mitgliederzunahme** zu verzeichnen und geht aus dem Streik und der Aussperrung gestärkt hervor.

In der Versammlung wurde der oppositionellen DMV.-Verwaltung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und in einer zweiten Resolution ebenfalls einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Cronenberger Metallarbeiter den Kampf gegen den Imperialismus Seite an Seite mit Sowjet-Rußland führen werden.

(Eig. Meldg.) **Stuttgart, 14. Juni.**

Der württembergische Schlichter hat den Schiedsspruch über die Arbeitszeitregelung für die württembergische Metallindustrie am 3. Juni **verbindlich** erklärt und damit die ablehnende Stellung der württembergischen Metallarbeiter gegen den 52-Stunden-Schiedsspruch, die in zahlreichen Versammlungen zum Ausdruck kam, völlig ignoriert.

Barmen. Einen vorbildlichen Beschluß faßte eine Steinsetzerversammlung am 10. Juni, indem sie beschloß, ab 13. Juni den Achtstundentag wieder einzuführen.

Hilden. Infolge Lohndifferenzen sind die Arbeiter der Abteilung Gießerei der Rhein-Stahlwerke in den Streik getreten.

Die Unterdrückung des RFB. beginnt

Verbot der Ortsgruppe Dortmund

(Eig. Drahtm.) **Essen, 15. Juni.**

Der Oberpräsident der Polizei von Westfalen, Gronowski hat die Dortmunder Ortsgruppe des RFB. aufgelöst und auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten. Gronowski verfügte die Beschlagnahme des Vermögens der Vereinigung zu Gunsten des Reiches. Außerdem will Gronowski von jedem Mitgliede einen Revers unterschreiben lassen, in welchem jedes Mitglied mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bedroht wird, wenn es weiterhin den RFB. unterstützt.

•

Dieses ungeheuerliche Verbot ist nur ein Anfang! Die Bourgeoisie wird versuchen, überall ähnlich gegen den RFB. vorzugehen. Darum ist das Dortmunder Verbot nicht nur eine Dortmunder Angelegenheit, sondern eine Schandtat der Bourgeoisie, die von der gesamten deutschen Arbeiterschaft aufs schärfste gemißbilligt werden muß. Was heute dort gemacht wird, ist morgen hier möglich!

Darum auf zum Protest! Verhindert, daß die Antikriegsorganisation des Proletariats gerade in den jetzigen ernsten Stunden von der Bourgeoisie kampfunfähig gemacht und zerschlagen wird!

Differenzen im Lager Tschangkaischeks

(ChNA.) **Schanghai,** 13. Juni.

Auf Anordnung des Munizipalrates des internationalen Schanghaier Viertels wurden alle Barrikaden an den Zugangsstraßen zur internationalen Niederlassung entfernt. Zwischen dem Oberbefehlshaber der Schanghaier Landtruppen Pehtsungschi und dem Oberbefehlshaber der Schanghaier Marine Yangschützang ist ein Konflikt ausgebrochen. Letzterer reichte bei Tschangkaischek ein Rücktrittsgesuch ein mit der Begründung, daß er nicht mit Pehtsungschi zusammen in einer Stadt arbeiten könne. — Aus **Kanton** wird berichtet, daß der Kampf der revolutionären **Elemente** gegen den General Lidjischin erbitterten Charakter annimmt. **In den** ersten Junitagen versammelten sich vor dem Regierungsgebäude eine große Anzahl von Hongkonger Streikenden. Die Versammelten forderten Absetzung des Polizeipräsidenten Denglienhua. Das Regierungsgebäude blieb mehrere Stunden von der Menge umzingelt.

Kundgebungen in China

(ChNA.) **Tschentschau,** 12. Juni.

Anläßlich des Eintreffens der Regierungsvertreter und des Kriegrates aus Hankau und der Truppenführer **Fengyuhsiang,** Tangsendji usw. fand heute eine große Kundgebung mit über 100 000 Teilnehmern statt. Leiter derselben war der Generalsekretär der Eisenbahnerföderation Lodschaulung. Wangchingwei, Tanyenkai, Fengyuhsiang, Tangsendji u. a. hielten Ansprachen. Die Massen forderten Vernichtung der Mukdener Militaristen und des Verräters der Revolution Tschangkaischek. Jedes Kompromiß mit den Imperialisten und Reaktionären sei ein Verrat an der Revolution. Schließlich wurde die Bildung zweier Kommissionen — zusammengesetzt aus Vertretern der Kuomintang-Regierung, den Gewerkschaften und den Bauernbünden — verlangt: eine Lebensmittelkontrollkommission und eine zur Abwehr der Konterrevolutionäre.

Ausnahmezustand in Mukden

(ChNA.) **Hankau,** 13. Juni.

Pressemeldungen zufolge wurde im Umkreis der Eisenbahnstation Mukden offiziell der Ausnahmezustand erklärt, ebenso in Tsingtau und Tsinan (Provinz Schantung). Die Schantung-Soldaten, die schon sechs Monate keine Löhnung erhalten haben, verlieren zusehends den Kampfgeist und zeigen Neigung, zu den Südtruppen überzulaufen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime Tschangtsungtschangs wächst. — Nach Meldungen aus Peking erklärte Tschangtsolin einem japanischen Journalisten: „Fengyuhsiang ist mein Feind; ich werde im Kampf mit ihm jeden Zoll Erde verteidigen. Das Abkommen mit Tschangkaischek wird verwirklicht werden, wenn dieser nicht nur mit Worten, sondern tatsächlich jede Verbindung mit den Kommunisten zerreißt."

Protestiert gegen die Kriegsgefahr!

Aus mehreren Versammlungen gehen uns Entschließungen zu, von denen wir folgende veröffentlichen:

Eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter Deutschlands, Ortsverein Merseburg, erhob schärfsten Protest gegen die andauernden Kriegsprovokationen Englands gegenüber dem einzigen Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland. Ferner wird aufgefordert, den Kampf zu organisieren und den imperialistischen Krieg mit allen unter der Losung „Krieg dem imperialistischen Krieg" zu verhindern, die politische Macht durch die revolutionäre Arbeiterklasse in allen Staaten zu erobern. Diese Entschließung wird den Internationalen Lederarbeiter-Kongreß vorliegen.

In der Ortsausschußsitzung des ADGB. Kelbra wurde ebenfalls eine Resolution angenommen, die sich gegen die Provokationen der Sowjetunion wendet und die Sympathie der Versammlung für die erwachenden Kolonialvölker ausspricht. Dann heißt es weiter:

Angesichts der Tatsache der großen Weltkriegsgefahr fordern die versammelten Gewerkschaftsfunktionäre vom ADGB., sofort Stellung zur Kriegsgefahr zu nehmen und der Arbeiterschaft Mittel und Wege zur Verhinderung eines neuen Weltkriegsgemetzels zu zeigen.

Für den Kampf mit allen Mitteln gegen die imperialistischen Kriegspläne!

Für die internationale Gewerkschaftseinheit!

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Ueber den Arbeitsplan des Reichstages hielt gestern nachmittag der Reichskanzler eine Besprechung mit den Parteiführern der Regierungsparteien ab.

Auslandspump der Stadt Berlin. In der außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde dem Vorschlag des Magistrats zugestimmt, zwei schon im Vorjahre beschlossene Anleihen von neunzig bzw. dreiundzwanzig Millionen Mark im Auslande zu begeben.

Der Wachhund des Herrn Külz. Ministerialrat Dr. von Zahn wurde mit der Leitung der Oberprüfstelle für Schund- und Schmutzschriften in Leipzig betraut.

Die Kanaldurchquerung durch einen Tschechen, über die berichtet wurde, hat sich als Betrug herausgestellt, da der Tscheche den größten Teil des Weges auf einem bereitgehaltenen Schiff zurücklegte.

Ein neuer Flug über den Ozean. Sofort, wenn die Weitermeldungen günstig, will Byrd seinen geplanten Europa-Flug ausführen.

Der jüngste jugoslawisch-albanische Konflikt hat sich verschärft. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien ist mit der Heimreise der beiden Gesandtschaften vollständig geworden.

Der polnische Landtag wurde für den 20. Juni zu einer außerordentlichen Tagung einberufen.

Polens Giftspritzer. Die polnische Nachrichtenagentur Expreß berichtet über „angebliche" Rüstungen in Sowjet-Rußland.

Eiliges Standgericht gegen Kowerda

Noch keine polnische Antwort auf die Sowjetnote

(Eig. Meld.) **Berlin,** 15. Juni.

Nach einer amtlichen Warschauer Meldung beginnt heute der Prozeß gegen den Mörder Wojkows um 10 Uhr. Die polnische Regierung versucht vermutlich eiligst durch die rasche Aburteilung den unbequemen Zeugen zu beseitigen.

Der ermordete Genosse Peter Lasarewitsch Wojkow

Zur russischen Note hat der Außenminister **Zaleski** in Genf beruhigende Erklärungen abgegeben und dabei betont, daß die polnische Regierung

„drei russische Forderungen annehmen könne, weil sie durchaus in Uebereinstimmung mit den Empfindungen der polnischen Regierung und der öffentlichen Meinung Polens sowie mit den polnischen Gesetzen stünden. Polen werde niemals eine terroristische Organisation innerhalb seiner Grenzen dulden und habe solchen Organisationen auch bisher niemals Gastfreundschaft gewährt". (!!)

Zaleski ist dafür bekannt, daß er hinter geschickten Redewendungen die Loyalität Polens unterstreichend, am besten die tatsächliche Verbindung der polnischen Regierung mit den Terrororganisationen vertuscht. Seine Genfer Erklärungen haben noch den besonderen Zweck, die polnische Regierung vor der Genfer Oeffentlichkeit in ein besonders gutes Licht zu setzen. Die Warschauer Ausgabe der Erklärung der polnischen Regierung zur russischen Note sieht etwas anders aus. Die Presse aller Richtungen, besonders die Regierungspresse, verharrt in einer wütenden Ablehnung der russischen Forderungen und verlangt, daß die Note überhaupt nicht beantwortet werden soll. Aus Warschau wird weiter gemeldet, daß die polnische Regierung jedenfalls den Ausgang der Genfer Geheimverhandlungen abwarten will, ehe sie eine offizielle Antwort gibt.

Bekenntnis zur Solidarität der Tat

(Eig. Meldung.) **London, 15. Juni.**

Der Bergarbeiter-Führer Cook erklärte in einer öffentlichen Volksversammlung: „Ich sage der Regierung: Wenn Ihr den Krieg an Sowjet-Rußland erklärt, so werde ich derjenige sein, der den Krieg gegen die Regierung erklärt. Ich schulde meinen sowjetrussischen Kameraden mehr Gefolgschaft als Baldwin, ich schulde den deutschen Arbeitern, die für unsere Kinder gesammelt haben, mehr Gefolgschaft als Chamberlain, ich schulde den Arbeitern der Welt, die für uns gesammelt haben, mehr Gefolgschaft als Baldwin, der versucht hat, diese Sendungen abzustoppen. Man sagt, ich gehe darauf aus, daß Reich zu zerstören. Ich erkläre, daß ich darauf ausgehe, ein Reich zu zerstören, in dem Männer und Frauen den Lebensunterhalt nicht finden können."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0002

Die Schlichtungsmaschine im Dienste der Mansfeld A.-G.

Der Wortlaut der Schiedssprüche vom 9. Juni 1927

Des Umfangs halber drucken wir nur die wichtigsten Stellen ab, die als Verschlechterungen fast alle abzulehnen sind.

I.

Es steht den einzelnen Werken frei, mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zu vereinbaren, daß der Betrieb am Ostersonnabend ruht und dieser freie Tag als Urlaubstag gilt. Am Pfingstdienstag ruht der Betrieb, dieser Tag gilt als Urlaubstag.

Die Arbeit am 1. Mai und am Wiesenmarkt-Montag wird in der Weise geregelt, daß die Mitglieder der Belegschaften bis zu einem bestimmten, von der Werksleitung bekanntzugebenden Tag einzeln ihren vorgesetzten Beamten mitteilen, ob sie arbeiten wollen oder nicht. Erscheint nach den eingegangenen Abmeldungen eine vollständige oder teilweise Stillegung des Betriebes nötig, so ist die Werksleitung hierzu befugt, ohne daß ihr eine Entschädigungspflicht gegenüber den Arbeitswilligen erwächst. Wird der Betrieb weitergeführt, so wird den Arbeitern, die sich nicht rechtzeitig abgemeldet haben, die ausfallende Schicht gemäß § 10, Ziffer 6 des Tarifvertrages von der Urlaubszeit ohne Entgelt in Abzug gebracht.

Für Ueberstunden und Nebenschichten an Werktagen werden 25 Prozent Aufschlag, für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen in den Hütten, den Zentralen und der Chamottefabrik ein Aufschlag von 50 Prozent, auf anderen Werken ein Aufschlag von 35 Prozent gezahlt. Für Arbeiten an hohen Festtagen (§ 3, Ziffer 5) werden, wenn die Arbeiten sich nicht auf je einen Tag beschränken, 100 Prozent Aufschlag gezahlt. Die Sonn- und Feiertage rechnen von früh 6 Uhr an.

Wird der Arbeiter vorübergehend an eine geringer bezahlte Arbeitsstelle verwiesen, so erhält er bis zur Dauer von 6 Tagen den tatsächlichen Lohnverdienst der letzten 6 Schichten, soweit dieser den tariflichen Schichtlohnsatz nicht um mehr als 10 Prozent übersteigt.

Das Gedinge ist so zu bemessen, daß im Durchschnitt der Lohnperiode bei normaler Leistung mindestens 10 Prozent mehr verdient werden, als die entsprechenden Sätze der Lohntafel betragen.

Hausstands- und Kindergeld werden nur für die vom Arbeitgeber bezahlten Schichten und im Falle ärztlich bescheinigter Krankheit vom Beginn der 3. Woche ab bezahlt. Für Ueberschichten werden Hausstands- und Kindergeld nicht verrechnet.

Voraussetzung für die Gewährung des Urlaubs ist eine einjährige ununterbrochene Beschäftigung auf den diesem Tarifvertrag unterstehenden Werken. Ist diese Voraussetzung erfüllt, so genügt bei wiederholter Anlegung eine halbjährige ununterbrochene Beschäftigung.

Der Urlaub beträgt für mindestens 17 Jahre alte Arbeiter unter und über Tage zwischen 3 und 10 Tagen, 10 Tage aber nur für Unter-Tage-Arbeiter, die 20 Jahre bei der Mansfeld A.-G. beschäftigt sind. Die Beschäftigungszeit im Alter von weniger als 16 Jahren wird bei Berechnung des Urlaubs nicht mit gezählt. Wer als jugendlicher Arbeiter gilt, unter Tage (!) arbeitet und im Alter von 14 bis 16 Jahren steht, erhält drei Tage Urlaub.

Unterbricht der jugendliche Arbeiter seine Tätigkeit unter Tage und wird er mehr als 3 Monate lang über Tage beschäftigt, so hat er erst dann wieder Anspruch auf Urlaub, wenn er von neuem 4 Monate unter Tage gearbeitet hat.

Dieser Manteltarifvertrag kann mit sechswöchiger Frist zum Vierteljahresschluß, erstmalig zum 31. Dezember 1928, mittels Einschreibebriefes gekündigt werden.

II.

Betrifft das Zusatzabkommen A des alten Tarifvertrages, in welchem heißt: Arbeitszeit für Sonnabends unter Tage vom Beginn der Seilfahrt bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginn bei der Ausfahrt 7½ Stunden festgelegt sind, über Tage bei durchgehenden Betrieben oder Betriebsteilen Beschäftigten (z. B. Maschinenwärter, Kompressorenwärter, Wärter an Heizkesseln) die gleiche Schichtzeit wie an den übrigen Werktagen. Die verkürzten Sonnabendschichten sind als volle Schichten zu vergüten.

III.

Betrifft Zusatzabkommen B, in dem folgende Zahlungen für Mehrarbeit der Acht-Stunden-Arbeiter festgelegt werden: für die 9. Arbeitsstunde 10 Prozent, für die 10. Arbeitsstunde 15 Prozent.

Bei einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit, die Aenderungen dieses Abkommens bedingt, soll das Abkommen sofort mit zweimonatlicher Ablauffrist kündbar sein.

IV.

Betrifft den Lohn und hat folgenden Wortlaut:

1. Der Lohn des Strebhäuers im Kupferschieferbergbau erhöht sich ab 1. Mai 1927 von 4,10 Reichsmark auf 4,40 Reichsmark. Die übrigen Lohnsätze sämtlicher Lohntafeln erhöhen sich in gleichem Verhältnis.

2. Soweit von der Mansfeld A.-G. über die Bestimmungen des Manteltarifvertrages hinaus Arbeitergruppen oder einzelnen Arbeitnehmern Zuschläge im Form von Gedinge, Prämiengedinge, Qualitätszulagen oder sonstige Prämien gewährt werden, können diese auf die Lohnerhöhungen angerechnet werden.

3. Dieses Lohnabkommen ist gemäß § 17 Ziffer 2 Satz 2 des Manteltarifvertrages kündbar, erstmalig zum 31. Oktober 1927.

Die Rahmenbestimmungen (I.) enthalten zu dieser Frage noch folgende Sonderbestimmung:

Die bis zum 30. Juni 1927 geltenden Sätze für Gedinge, Prämiengedinge, Leistungszulage und dergleichen dürfen von der Mansfeld A.-G. nicht derart geändert werden, daß sich bei gleicher Leistung das Arbeitseinkommen verringert. Dieses Abkommen tritt am 1. Juli 1927 in Kraft; es ist mit 14tägiger Frist auf ein Monatsende kündbar, erstmalig zum 31. Oktober 1927.

Was bringt der Schiedsspruch?

A.-K. Wieder standen die Betriebsräte von der Mansfeld A.-G. am Sonnabend, dem 11. Juni, vor der Entscheidung, den am 8. Juni vom halbseitigen Schlichter gefällten Schiedsspruch in der Frage des Lohnes und der Arbeitszeit anzunehmen oder abzulehnen. Leider war ein großer Teil der Betriebsräte an der Teilnahme der Konferenz durch Mittags- und Nachtschichten verhindert. Es ist doch

Die einzige Zeitung, die den mitteldeutschen Bergarbeitern zum Mai dieses Jahres einen klaren Weg zeigte zur Rückgewinnung des Achtstundentages, war

„Der Klassenkampf"

Er allein zeigt auch den Mansfeld-Kumpeln den Weg und unterrichtet sie in einer wöchentlichen Wirtschaftsbeilage über die Wirtschaftslage der „armen" Mansfeld-Aktionäre.

Darum abonniert und werbt auf allen Schächten Leser für den

„Klassenkampf"

wohl unbedingt notwendig, in Zukunft die Konferenzen Sonntag vormittags anzusetzen, um allen Betriebs-Vertrauensleuten die Möglichkeiten der Teilnahme zu gewährleisten.

Was bringt der gefällte Schiedsspruch dem Mansfelder Kumpel? In der Arbeitszeit so gut wie keine Besserung, denn die Verringerung der Arbeitszeit Sonnabends um zwei Stunden, das ist immer noch acht Stunden am Sonnabend, und sonst Beibehaltung der Zehn-Stunden-Schicht ist nach wie vor eine unerhörte Ausbeutung. Auch in den Hüttenbetrieben, bei den Schlacken, bei der schwersten Arbeit in den Nebenbetrieben soll über Tage weiter zehn Stunden geschuftet werden. Und wie steht es mit der Lohnzulage? 4,10 Mark sind jetzt in der Spitze gezahlt worden. Nur 30 Pfennig sieht der Schiedsspruch als Spitzen-Zulage vor. Die anderen Gruppen erhalten natürlich je nach der Lohnklasse, in der sie sich befinden, weniger Zulage. Dabei aber wird die Lohnzulage praktisch aufgehoben durch § 4, Ziffer 2. Der lautet nämlich:

„Wenn Arbeitern Arbeitnehmerzuschläge in Form von Gedinge, Prämien, Qualitätszulagen oder sonstigem gewährt werden, können diese auf die Lohnerhöhung angerechnet werden."

Das heißt, Ihr Arbeiter der Mansfeld A.-G., daß in der Praxis der größte Teil der Arbeiter so gut wie keine Lohnzulage erhält. Die Gedinge werden vielmehr gedrückt, wie das auch durch einen anderen Absatz im Schiedsspruch schon festgelegt ist. Der Gedingelohn darf nämlich nicht, wie früher, 15 Prozent über den Höchsttariflohn betragen, sondern der Schlichter hat die 15 Prozent auf 10 Prozent herabgedrückt. Praktisch wird die Mansfeld A.-G. die Gedinge neu festsetzen und niedrige Gedingelöhne fertig machen, mit dem Ziel, noch höhere Förderungsziffern herauszuholen, aber denselben Hundelohn zu zahlen, wie das bisher auch schon bei der Mansfeld A.-G. üblich war.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir an den Schiedsspruch vom 1. September 1926. Dort sollten wir auch 20 Pfennig Lohnzulage in der Spitze erhalten. Ein Blick auf die Lohntüten der letzten Monate aber beweist, daß wir pro Schicht nur 5 bis 10 Pfennig mehr Lohn erhalten haben, und das in einer Zeit, wo die Mieten gesteigert wurden, wo auch die Lebens- und Bedarfsmittelpreise sehr stark angezogen haben.

Kameraden, überdenkt einmal unsere jämmerliche Lage! Wir erhalten fast den niedrigsten Lohn, der überhaupt in der ganzen deutschen Industrie gezahlt wird. Seit einigen Monaten zahlen wir die erhöhten Knappschaftsbeiträge. Im Durchschnitt muß jeder Kamerad, der als voll erwerbsfähig angesehen wird, 6 Mark pro Woche Knappschaftsbeiträge zahlen. Diese unerträgliche Belastung ist in keiner Weise durch die Lohnerhöhung ausgeglichen. Wenn sich nun alle Kameraden auf der Betriebsrätekonferenz ein richtiges Bild hätten machen können, dann mußten sie sich doch ohne Unterschied der Partei gegen einen solchen Schandschiedsspruch mit aller Energie wenden. Was aber tat Reddigau? Er lehnte den Schiedsspruch nur in der Frage der Arbeitszeit und des Urlaubs ab. Das mußte er tun, weil hier die Verbandsfunktionäre konkrete Forderungen gestellt hatten. Aber auch in der Lohnfrage waren 50 Pfennig Mindestforderung pro Schicht aufgestellt. Der Bergarbeiter-Verband selbst hat für die Braunkohlenrevieren 80 Pfennig Zulage pro Schicht gefordert, eine Forderung, die den traurigen Lohnverhältnissen in den Braunkohlenrevieren auch nicht Rechnung trägt. Aber um so schlimmer ist es, daß Reddigau sich für die Annahme des Lohnschiedsspruches einsetzte und alle Minen springen ließ, um die unschlüssigen Kollegen für sein Vorhaben zu gewinnen.

Kameraden, es ist unsinnig, anzunehmen, daß man einen Teil des Schiedsspruches annehmen kann und den anderen ablehnt. Die Schiedsspruchpraxis der Bürgerblockregierung und ihrer beauftragten Lakaien beweist, daß, wenn das eine angenommen wird, die Verbindlichkeitserklärung für die anderen Teile des Schiedsspruches auf dem Fuße folgt. Es ist also ein elendes Gaukelspiel, das hier mit dem Mansfelder Kumpel getrieben wird. Es ist ein Hohn und ein Spott mit der Notlage der Arbeiter!

Gerade die oppositionellen Betriebsräte haben in dem letzten halben Jahr die größten Anstrengungen gemacht, um die Kameraden von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Wir haben große und zufriedenstellende Erfolge unter der Mansfelder Arbeiterschaft zu verzeichnen. Diese Tatsache hat wohl auch einige SPD.-Betriebsräte bewogen, gegen die Annahme des Schiedsspruches zu sprechen. Nur der Demagogie eines Reddigau im Schlußwort ist es zuzuschreiben, daß die christlichen Betriebsräte und die, die politisch der SPD. angehören, dann doch für die Annahme des Lohnschiedsspruches stimmten. Nur so war es möglich, daß der Lohnschiedsspruch mit 56 Stimmen der christlichen und SPD.-Betriebsräte gegen 30 Stimmen der kommunistischen Betriebsräte angenommen wurde. Kameraden, jedem ist klar, daß die Lohnerhöhung nur eine scheinbare ist. Wir werden weiter hungern müssen, wenn die gesamte Arbeiterschaft der Mansfeld A.-G. nicht wie ein Mann aufsteht und sich gegen den Schiedsspruch zur Wehr setzt. Wir oppositionellen Betriebsräte fordern die Arbeiter in allen Betrieben auf, sofort Betriebs- und Belegschaftsversammlungen einzuberufen, Stellung zu nehmen zu dem Schandschiedsspruch, Stellung zu nehmen zu der Bürgerblockpolitik, die zum Schaden der gesamten arbeitenden Klasse solche Schiedssprüche fällen läßt.

Zieht auch die Betriebsräte zur Verantwortung, die, trotzdem sie die Notlage am eigenen Körper verspüren, für die Annahme des Lohnspruches gestimmt haben.

Nun noch ein Wort zu unserer Organisation, zu den freien Gewerkschaften. Es ist endlich Zeit, daß die Erkenntnis reift, daß auch der letzte Berg- und Hüttenarbeiter bei der Mansfeld A.-G. sich organisieren muß. Nicht Reddigau und Hesse sind der Bergarbeiter-Verband, sondern wir, die Zehntausende von Arbeitern, müssen, im Verband organisiert, gute revolutionäre Arbeit auf dem Boden des Klassenkampfes leisten. Wir müssen durch unser energisches Eintreten für die Arbeiterschaft die Gewerkschaften wieder zu den alten Kampforganisationen machen, die verstehen, dem Unternehmertum erolgreich die Spitze zu bieten, die gesamte Arbeiterschaft in eine geschlossene Front zu bringen und gute Arbeit mit dem Ziel der Verwirklichung des Sozialismus zu treiben.

Kameraden, nehmt Stellung zu den aufgeworfenen Fragen! Laßt Euch nicht unterkriegen! Stemmt Euch geschlossen gegen die Gewaltpolitik der Mansfeld A.-G. und ihrer Direktoren. Es ist die höchste Zeit, daß Ihr Euch aufrafft, arbeitet mit uns zum Wohle der Mansfelder Arbeiterschaft!

Warum so lange Verschleppung der Schiedssprüche?

A.-K. Seit April schon sind die Forderungen auf 50 Pf. Lohnerhöhung bei der Mansfelder A.-G., bzw. bei dem mitteldeutschen Schlichter anhängig gemacht. Der Schlichter wollte unbedingt Lohn- und Arbeitszeittage verbinden, weil die arme Mansfelder A.-G. besondere Belastungen durch die soziale Gesetzgebung (Arbeitszeitnotgesetz, Arbeitsschutz usw.) hätte und auf diese Weise also der Spruch möglichst ungünstig für die Arbeiter ausfallen sollte. Dies ist der Grund, weshalb die Verhandlung wohl fünfmal verschleppt wurde, und daß die Organisation den Herrn Schlichter wiederholt an baldige Ansetzung des Verhandlungstermins erinnern mußte. Immer wieder wurde denn erklärt, daß die Mansfelder A.-G. den Arbeitern nichts geben könne, weder Arbeitszeitverkürzung noch Lohnerhöhung, und daß ein ihr aufgezwungener Schiedsspruch nur Entlassung von Arbeitern und Betriebsschließungen nach sich ziehen würde.

Die Mansfeld A.-G. hat dann auch, auf ihre Macht pochend, sämtliche Schiedssprüche abgelehnt. Der einzige Weg für die Mansfeld-Arbeiter, aus ihrem Elend herauszukommen, ist ebenfalls solches Pochen auf ihre organisierte Massenkraft, ebenfalls strikte Ablehnung aller Sprüche und gegebenenfalls offenen Kampf. Mindestens für die geforderten 50 Pf. und den Achtstundentag.

Die Inkonsequenz und darum Lächerlichkeit der Reformisten

kommt zum Ausdruck in einem Bericht über den „neuen Skandalschiedsspruch für die Belegschaft der Mansfeld A.-G. im „Volksblatt" vom 13. Juni. Dort heißt es in ein und demselben, noch dazu kurzen Artikel:

„... Der Schiedsspruch bedeutet eine glatte Provokation für die Arbeiter der Mansfeld A.-G. Trotzdem die Mansfeld A.-G. sehr gute Geschäftsabschlüsse in den letzten Jahren aufweisen kann, lehnte sie die gerechten Forderungen der Organisationen glatt ab .....

Der Manteltarifvertrag sieht gegen den jetzigen Zustand bei winzigen Verbesserungen erhebliche Verschlechterungen vor. Auch die Lohnforderung fand völlig ungenügende Berücksichtigung...

Die Funktionäre und Betriebsräte nahmen in einer stark besuchten Konferenz Stellung zu dem gefällten Schiedsspruch und lehnten diesen nach kurzer Diskussion ab. Der Lohnschiedsspruch allein gelangte zur Annahme ...

Warum schreiben sie nicht, daß Reddigau die Verantwortung für die im „Volksblatt" nicht kritisierte Annahme des „völlig ungenügenden" Lohnspruches trägt?

Gesamtbetriebsausschuß der Mansfeld A.-G.

Am 8. Juni fand die nach der Neuwahl der Betriebsräte fällige Sitzung des Gesamtbetriebsrates der Mansfeld A.-G. statt, in der der Betriebsratsausschuß und der Vorstand für den Gesamtbetriebsrat zu wählen waren. Durch die Stimmen der Angestellten-Vertreter sind dabei zwei Vertreter der Christen mit in den Ausschuß gelangt, der im vergangenen Jahre nur von Freigewerkschaftlern besetzt war. Die Freigewerkschaftler setzen sich zusammen aus zwei SPD.-Kollegen und einem KPD.-Genossen (Genossen Weber).

Dieses Resultat konnte nur dadurch zustande kommen, daß eine gemeinsame Wahl der Angestellten- und Arbeiter-Vertreter stattfand. Es zeigt, wie notwendig eine systematische Arbeit der freigewerkschaftlichen Opposition auch unter den Angestellten ist, die, teilweise wenigstens, durch ihre schlechte Lage und durch Entlassungen durchaus für eine gemeinsame Front zu gewinnen sind.

Betriebsrätekonferenz im Zeitzer Braunkohlen-Revier

Am Sonntag fand für das Zeitzer Braunkohlenrevier eine vom BAR. einberufene Betriebsrätekonferenz statt, in der die oppositionellen Vertreter den Antrag stellten, als ersten Punkt vor allem die Lohnfrage und die Erhöhung der Knappschaftsbeiträge zu behandeln. Weikert aber versuchte mit allen Mitteln, diesen Antrag abzubremsen. Schließlich mußte er doch abstimmen lassen. Obwohl die Abstimmung äußerst zweifelhaft war, erklärte Weikert, daß die große Mehrheit für Ablehnung des Antrages sei. Die Auszählung ergab dann schließlich auch, nachdem Weikert genügend gehetzt hatte, eine Minderheit für den Antrag. 36 Kollegen stimmten für den Antrag. Martmöller hielt darauf einen Vortrag. Immer die alte Walze! Es wäre tausendmal besser gewesen, ernstlich über die Lohnfrage zu sprechen, damit die Betriebsräte den Arbeitern auf den Gruben klare Parolen geben könnten. Selbst das Mitglied des Hauptvorstandes war sich doch über den Schiedsspruch am 30. April nicht ganz klar gewesen, und kein Kumpel findet sich durch.

In der Diskussion, an der sich viele Betriebsräte beteiligten, wurden von allen Seiten Beschwerden vorgebracht, so daß man so richtig sah, daß über die Politik der Leitung große Mißstimmung herrscht. Ueber Weikert und Gräfe persönlich wurden Beschwerden laut, daß sie den Kumpels oftmals nicht die richtige Auskunft geben und in Klagesachen versuchten, die Betriebsräte vom Klagen abzuhalten. Dabei hat es sich oft erwiesen, daß sie unrecht hatten, wenn sie die Klage als „aussichtslos" hinstellten. Vor allem beschwerten sich Betriebsräte über die willkürliche Bestrafung auf den Gruben. Auch hier müsse der Verband mehr eingreifen. Der Referent antwortete darauf zynisch, daß die Bezirksleitung noch lange nicht genug Klagen abbremse! Sehr interessant war aber, daß er auch feststellte, Gräfe kenne noch nicht einmal das Betriebsrätegesetz (siehe Entlassungen)! Die vielen Fragen hätten bewiesen, daß bei den Betriebsräten noch sehr viel Unklarheit herrscht, d. h. also, noch zu wenig Konferenzen abgehalten werden.

Als zweiter Referent sprach Kollege Weinland-Gera über das Arbeitsgerichtsgesetz. Seine Ausführungen sollte sich jeder Betriebsrat merken. Er betonte nämlich, daß die Technisierung viele Arbeiter arbeitslos gemacht hat und daß die heutige Republik eine bürgerliche Republik ist.

Die Wahlen zur Bezirkskommission ergaben: Für das Meuselwitzer Revier: Heuer (KPD.) und Ziegenbein, für das Zeitzer Revier Dirsch (KPD.) und Frankowiak (SPD.). — Nach einigen gewerkschaftlichen Mitteilungen erreichte die Konferenz um 1 Uhr ihr Ende.

Um die Knappschaftsbeiträge

Im Mai ist eine Neuregelung der Knappschaftsbeiträge in Kraft getreten, gegen die mit Recht in vielen Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes Sturm gelaufen wird. Die Neueinteilung nach 17 Beitragsklassen zersplittert noch mehr, anstatt den Kampf der Bergarbeiter zu vereinheitlichen. Eine Beitragszahlung zwischen 13,35 und 14,25 Prozent des Arbeitslohnes ist bei den Elendslöhnen der mitteldeutschen Bergarbeiterschaft völlig untragbar. Ein Pensionskassenbeitrag von 6,6 Prozent ist bei der heutigen Unbeständigkeit des Berufes bei der mit der Rationalisierung gerade auch im Bergbau verbundenen Beschränkung der Arbeiterzahl geradezu ein Skandal!

So hat u. a. auch eine Versammlung der Belegschaft der Grube Leonhardt im Gesellal Stellung genommen gegen die hohen Knappschaftsbeiträge und eine entsprechende Entschließung an das Reichsarbeitsministerium gesandt.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung", die Zeitung der rheinischen Schwerindustriellen, druckt diese Entschließung ab, und die reformistischen Gewerkschaftsführer, die sich wieder einmal die Aufgabe gestellt haben, jede gesetzliche Verschlechterung der Arbeiterlage zu vertreten, versuchen stellenweise, das abgelehnte Lied von „kommunistisch-deutschnationaler Einheitsfront" aufzuwärmen. Aber wenn die Kohlenbarone gegen das Knappschaftswesen sind, weil sie die von ihnen auf die Straße gesetzten Arbeiter völlig vogelfrei und dem Elend ausgeliefert wissen wollen, so spricht das noch lange nicht für die Güte dieses Gesetzes und dieser Neuregelung.

Jedenfalls ist es um so mehr notwendig, daß die Bergarbeiter sich mit aller Energie und geschlossen für wesentliche Lohnerhöhungen einsetzen. Mansfeld-Arbeiter und Braunkohlenarbeiter gehören in eine Front, um endlich den Bergarbeiterverband zur Aufstellung ausreichender Forderungen und ihrer Durchführung zu zwingen.

Lohnkampf in der Kaliindustrie

Die Kali-Industriellen haben die Forderung der Kaliarbeiter auf 80 Pfennig Lohnerhöhung glatt abgelehnt. Wie wir erfahren, wollen die reformistischen Führer das Reichsarbeitsministerium anrufen. Sie verfolgen also die gleiche Taktik, wie in dem Arbeitszeitkampf der Kaliarbeiter, wo es bekanntlich zu einem Schiedsspruch kam, den trotz seiner Unannehmbarkeit die reformistischen Führer sang- und klanglos schluckten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0003

Stadt-Theater
Heute 15⁰⁰
Mittwoch, 8 Uhr
Adieu Mimi
Donnerstag, 8 Uhr
Der Revisor

Walhalla
Anfang 8 Uhr
Heute letzter Tag!
Große Kleinigkkeiten
Revue in 27 Bildern von Rolf Röder
Morgen Premiere
Die lustige Witwe
Meisteroperette von Franz Lehar

Große
Margarine-Kisten
billigst als
Feuerholz
F. H. Krause
Landsberger Straße 3

Kleines 1587
möbliertes Zimmer
für Dame zu vermieten
Breitestr. 30 II, Hinterh.

Gutes kaltes eiserne
Kinderbettstelle
billig zu verkaufen
Hwingerstraße, Hof

Zum Kind ausfahren
groß. Schulmädchen
gesucht. Metzger,
Rud.-Hamm-Straße 6, II

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 16. Juni, 4 Uhr
Nachmittags-Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters
Leitung: Konzertmeister Franz Wiek
8 Uhr *1803
Abend-Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters
Leitung: Benno Pätz
Dienstag, den 21. Juni 1927:
Kinderfest

10 ältere Maurer
werden sofort eingestellt
Zu melden Baustelle **Huttenstr.**
beim Polier Becker 1568

Wanderverein Süd
sucht noch **Damen** und **Herren** für
Mandolo, Mandoline, Laute, Gitarre
Meldungen Donnerstagabend 7 Uhr im
Vereinslokal **Lokis Hof** 1567

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Richtewitz** gesucht.
Meldungen sind an den Genossen
Hermann Gödel abzugeben

Vorteilhafter Einkauf in
Schuhcreme u. Lederfett
Händler Vorzugspreise
Schuhcremefabrik Eisleben,
Lutherstraße 4

Schriftstelle frei
Off. unt. Nr. 1563 an die Exped. dieser Ztg.

Spendet für die „Rote Hilfe"

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Wahre Wunderkinder

erzielt man mit *1790
Carl Kochs Hährzwieback
denn derselbe ist **sehr wohlschmeckend,**
besitzt höchsten Nährwert, beseitigt b. Körperzunahme, stärkt den Knochenbau, verhütet b. Kinderkrankheit, als Rachitis, Skrophulose usw., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen und Phosphaten vereint. Zu haben in 2½ Pf.-Tüten bei
Carl Koch
Hallerstraße 3

An die Einwohnerschaft von Bitterfeld, Friedersdorf, Greppin, Holzweißig, Mühlbeck, Niemegk, Petersroda, Pouch, Sandersdorf, Wolfen und Zscherndorf

Der verehrlichen Einwohnerschaft in obigen Ortschaften geben wir hierdurch bekannt, daß wir am **Sonnabend, dem 18. Juni 1927, in Bitterfeld, Burgstraße 40,** eine

Volksbuchhandlung

(„Klassenkampf"-Filiale)

eröffnen. Neben

politischer, wie schöngeistiger Literatur

führen wir ein ständig großes Lager in allen

Schulartikeln und Schreibwaren

zu billigsten Preisen

Abonnements und Anzeigen für den „Klassenkampf", wie Druckaufträge aller Art, werden hier entgegengenommen

Um Zuspruch bittet die

Bezirks-Zentralbuchhandlung
der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14 / Fernruf: 21045, 21047, 22251

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Neue Bücher für den Arbeiter:

Enderle: Die Gewerkschaftsbewegung (Band 1 der Elementar-Bücher des prolet. Klassenkampfes	Mk. 2,—
Lenz: Aktuelle Probleme der proletarischen Politik (Elementarkursus, Band 2 der Elementar-Bücher des proletarischen Klassenkampfes)	Mk. 1,20
Reimann: Das deutsche Wirtschaftswunder	Mk. 1,20
Fritz Rück: Von Nürnberg bis Kiel	Mk. 0,10
Tan-Ping-Schan: Entwicklungswege der chinesischen Revolution	Mk. 0,10
Das Arbeitslosenversicherungsgesetz	Mk. 0,20
Das Arbeitsgerichtsgesetz	Mk. 0,30
Das Betriebrätegesetz (Rekl.-Ausg.) geb. 1,20, brosch.	Mk. 0,80
Handbuch für Betriebsräte	Mk. 0,90
Gorki: Die Mutter (Volksausgabe) ....statt 5,—	Mk. 3,50
Borjarskaja: Aus dem Leben der Arbeiterinnen der USSR	Mk. 0,20
Russische Skizzen zweier Ärzte (2. Bändchen)	Mk. 0,90

Wanderkarten, Generalstabskarten, Radfahrkarten und Autokarten
für Reise und Wanderung **immer vorrätig!**

Sprechapparate, Schallplatten

stets die neuesten Aufnahmen
in größter Auswahl im

Musikhaus Niehle, Weißenfels
Jüdenstraße 3 *1801 Jüdenstraße 3

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Otto Hänisch
Fahrräder
Turmstraße 156

Ia. Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate
sämtliche Ersatzteile billigst
— Eigene Reparaturwerkstatt —
Emaillieren und Vernickeln
August Kraft
Steinweg 51 Geiststr. 49
Tel. 25156. Zahlungserleicht.

Wo kauft man
Bettfedern
Inlettstoffe
fertige Betten
und Steppdecken
am besten?

Bei
Kreß & Co.
Halle a. d. S.
Pfännerhöhe 4 Tel. 23332
Bettfedern-Reinigungsmaschine täglich in Betrieb

Hermann Schütze
Zigarren, Zigaretten und Tabake
Pfännerhöhe 52

Moritz Rosenthal
Leipziger Straße 1
(im alten Rathaus)
Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß
Anerkannt
billige Preise

Mineralwasser
Farben — Tapeten
Artikel zur Weinbereitung
Barbara-Drogerie
Merseburger Straße 104

F. Baumgärtel
Lessingstraße 26 Ecke Roßplatz
Kolonialwaren
Speiseleinöl
jede Woche frisch eintreffend

Fahrräder
Triumph, Panther, Presto
Viktoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
— Zahlungserleichterungen —
Paul Krause
jetzt Geiststraße 39

Nr. 48
Die preiswerteste und beste Zigarre, die zu
15 Pf.
geboten werden kann
Richard Schöne
Talamtstraße 5
am Hallmarkt
Fernruf 23478

Arbeiter
laßt Strapazierschuhe nur mit grünem Leder „Marke Goliath" besohlen
1 Jahr Haltbarkeit keine Seltenheit!
Kirchnerstraße 18a **Fußwohl** Wörmlitz Straße 9
Gr. Wallstr. 44, Geobener Str. 164
Auch Leder im Ausschnitt

Feinste
Fleisch- u. Wurstwaren
Aufschnitte
nur reines Schweinegut
Adolf Klingner
Fleischermeister
Schillerstraße 34
Tel. 24745

Johannes Thurm
empfiehlt ständig seine
prima Fleisch- und Wurstwaren

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Dreyhauptstr. 2 Dreyhauptstr. 2
Farben — Lacke — Pinsel
schnelltrockn. Fußbodenfarben
streichfertige
Oelfarben

Willy Ackermann
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Tel. 22485 Leipzigerstraße 29 Tel. 22485
Spez.: Thüringer Wurstwaren
Ferner:
Alle Sorten Fleischwaren
in prima Qualitäten

Fahrräder
Opel, Phänomen und andere
erstklassige Spezialmarken in großer Auswahl
Geringe Anzahlung, Wochenrate 3,— Mark
Reparaturen prompt und billig
Max Lange
Ludw.-Wucherer-Str. 63

Fahrräder
mit Freilauf und Gummi
von 60,— bis 110,—
Panzer, Grizner, Corona
Fritz Lohrengel
Große Klausstraße 7
Ecke Olearinsstraße

Groß-Roßschlächterei
Karl Böhlert
Halle an der Saale, Olearinsstraße 3, Reilstr. 30, Tel. 23933
Ammendorf, Hauptstr. 30, Tel. 29
empfiehlt:
Prima Fleisch- u. Wurstwaren, warme Würstchen z. jd. Tageszeit

Liebings hausschlachtene
Nietlebener Landwurst
schmackhaft gewürzt, rein verarbeitet, trotzdem billig
Wer sie einmal probiert hat, kommt immer wieder!
Verkaufsstelle:
Leipziger Straße 2

Gruden
Oefen, Herde
Gaskocher
Christian Glaser
Gr. Klausstr. 24

Arbeits-Bekleidung
für alle Berufszweige
Echt blaue Pilot-, Köper- und Leinen-Anzüge, Stoff- und Leder-Hosen aller Arten
in altbekannten, nur bewährten Qualitäten in jeder Preislage
Herm. Bauchwitz
Markt 4 Halle a. d. S. Markt 4

Ia
Marken-Fahrräder
liefert zu günstigsten Bedingung
K. Regenhardt
Streiberstr. 40
Hof ptr.

Kolonialwaren u. Spirituosen
Spezialität: **Gebrannte Kaffees**
Oskar Haeder, Olearinsstr. 11

Zigaretten, Zigarren, Tabake
Otto Mucha, Großhdlg.
Lerchenfeldstraße 12 Tel. 21730

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0004

Merseburg-Leuna-Querfurt

Die Provinzialausschußsitzung am 10. Juni

Zu seiner achten diesjährigen Tagung trat der Provinzialausschuß am 10. Juni in Merseburg zusammen. — Nach den Beschlüssen des Provinziallandtages war für das Rechnungsjahr 1927 dem Wegebauunterstützungsfonds der Betrag von 900 000 Mark überwiesen worden. Aus dem Rechnungsjahr 1926 standen noch 97 970 Mark zur Verfügung. Aus diesen Mitteln bewilligte der Ausschuß für solche Kreis- und Gemeindewegebauten, für welche Beihilfen aus Provinzialmitteln beantragt waren, zunächst 752 789 Mark. In der bewilligten Summe ist enthalten der Betrag von 140 000 Mark für die Brücke bei Könnern. Der für den Verkehr sehr wichtige Brückenbau ist bereits in Angriff genommen. — Der große Bedarf an Pflastersteinen, die Preisgestaltung dafür usw. läßt erwünscht erscheinen, die Provinz an einem ergiebigen Steinbruch zu beteiligen, dessen Material erstklassig und dessen verkehrstechnische Lage günstig ist. In dem Unternehmen Hohburger Quarzporphyrwerke (an der Bahn Wurzen—Eilenburg) ist ein Steinbruch gefunden worden, der den Anforderungen entspricht. Der Ausschuß beschloß eine Beteiligung der Provinz an dem Unternehmen und erledigte dann noch einige andere Angelegenheiten von minderer Bedeutung. — In allem sind die Ergebnisse der Tagung ungenügend, weil eine die Wegebauarbeiten nur dort durchgeführt werden, wo sie nicht mehr zu umgehen sind. Die Industrie wird nirgends zu, irgendwelchen Zahlungen seitens der Regierung verpflichtet. Alles wird aus den breiten werktätigen Massen herausgeschunden.

Von der Arbeit des Städtebaugesetzausschusses

Meine Damen und Herren erheben Sie das Glas und — — — Prösterchen

Anläßlich des Besuches des Städtebaugesetzausschusses in Mitteldeutschland, zu dem wir schon im „Klassenkampf" unter dem Artikel „Preisend mit viel schönen Reden" Stellung genommen haben, bringt nunmehr die bürgerliche Presse einen Bericht über einen Empfangs- und Bierabend, den der „Landesplanungsverband für den mitteldeutschen Industriebezirk" zu Ehren dieser Gäste in Halle im Hotel „Stadt Hamburg" veranstaltete, der unseren Bericht sinngemäß bestätigt. Wir lassen einige Stellen folgen:

Anwesend waren etwa 100 Vertreter provinzieller und städtischer Behörden, Vertreter der Wirtschaft und anderer Organisationen Mitteldeutschlands, sowie Vertreter der mitteldeutschen Presse.

Regierungspräsident Grützner eröffnete nach einem gemeinsamen Imbiß den Abend mit Begrüßungsworten, wobei er etwa folgendes ausführte:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Landesplanungsverbandes für den mitteldeutschen Industriebezirk heiße ich Sie und besonders die Mitglieder des 29. Ausschusses des Preußischen Landtages herzlich willkommen. Ich freue mich, daß Sie in so stattlicher Anzahl unserer Einladung gefolgt sind. Der Zweck des heutigen Abends ist, den Mitgliedern des 29. Landtagsausschusses Gelegenheit zu geben, in zwanglose Aussprache das vertiefen zu können, was Sie heute gesehen haben in industrieller und landwirtschaftlicher Betätigung. Möglichst alle Ausschußmitglieder sollen den Eindruck mitnehmen, in welchem Maße sich Mitteldeutschland in dem letzten Jahrzehnt, vor allem nach dem Friedensschluß, in wirtschaftlicher Beziehung und nicht nur in industrieller Beziehung entwickelt hat. Wir in Mitteldeutschland waren bisher neidisch auf andere Teile Preußens, die Ihr Ausschuß in der letzten Zeit wiederholt aufgesucht hat. Wir freuen uns aber heute um so mehr, daß ein so **prominenter Ausschuß wie der 29.** (Heiterkeit) unter seinem tatkräftigen Vorsitzenden, dem Oberbürgermeister a. D. Leinert, Hannover, den Entschluß faßte, uns in unserem Industriegebiet zu besuchen. Wir haben schon und werden Ihnen noch in den nächsten Tagen all die Entwicklung unseres Bezirks vorführen, die sich geradezu „amerikanisch" vollzogen hat. Für heute aber, meine Damen und Herren, wünsche ich, daß Sie mit uns einige genußreiche Stunden verleben mögen, und ich bitte alle Anwesenden, mit mir das Glas zu erheben und auf das Wohl des 29. Ausschusses zu leeren.

Der Vorsitzende des 29. Ausschusses, Abgeordneter Leinert, Hannover, antwortete folgendes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß der Herr Regierungspräsident auf das Wohl unseres Ausschusses angestoßen hat, ist eine besondere Ehre für uns. Aber ich möchte mich doch vorerst noch einer kleinen Pflicht entledigen und dem Herrn Regierungspräsidenten Grützner zu seinem **heutigen Geburtstage unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen** (Heiterkeit und Beifall) und daran die Hoffnung knüpfen, daß es Ihnen, Herr Regierungspräsident, noch recht lange vergönnt sein möge, im Dienste des preußischen Staates tätig zu sein. (Beifall.)

Der Herr Regierungspräsident und der Herr Landeshauptmann haben uns heute Aufklärungen gegeben, die wir zur Beratung des Städtebaugesetzes von vornherein für notwendig erachtet haben. Was wir gesehen haben, das wird in den Verhandlungen des Ausschusses verwertet werden. **Die Eindrücke von der gigantischen Entwicklung der hiesigen Industrie, insbesondere des Leuna-Werkes, sind so mächtig gewesen, daß eigentlich das, was wir uns städtebaulich ansehen wollten, hinter diesen großen Industrieunternehmen etwas zurückgetreten ist!!!!** Seien Sie aber versichert, Herr Regierungspräsident, daß das, was in dieser Richtung hin von uns bestichtigt worden ist, bei unseren Beratungen Berücksichtigung finden wird.

Wieder waren es also die 13 Leuna-Schlote, die einen „gewaltigen Eindruck" auf die Herren hinterließen. Na, das schadet ja nichts. Der Städtebaugesetzausschuß wird es schon „machen". Interessant ist noch das zu hören, was der Sozialdemokrat Leinert seinem Parteifreund Grützner vorgeleiert hat:

Ich darf Ihnen, Herr Vorsitzender des Landesplanungsverbandes, den besten Dank aussprechen für all das, was Sie dem Ausschuß für die Besichtigung getan haben.

Der heutige Tag war anstrengend.

Aber auch Anstrengungen scheuen wir nicht, wenn es gilt, dem Allgemeinwohl einen Dienst zu erweisen. Das ist ja der Zweck unseres Ausschusses. Deshalb darf auch ich mit Ihnen, meine Damen und Herren, **mein Glas erheben, wenn es auch mit etwas anderem gefüllt ist, wie das Ihre, Herr Regierungspräsident** (Heiterkeit), das hebt die Liebe zur Sache nicht auf, um auf das fernere Blühen und Gedeihen des hiesigen Landesplanungsverbandes zu trinken.

Die Versammlung blieb bis **weit nach Mitternacht** noch in zwangloser anregender Unterhaltung beisammen.

Mit dem 29. Ausschuß sind folgende Mitglieder des Preußischen Landtages in unserem Gebiet unterwegs: Vorsitzender: Abg. Leinert (Soz.), ferner noch folgende Vertreter der Sozialdemokratie: Abg. Frau Bollmann, Abg. Berten, Kasten, Leid, Lüdemann, Drüggemüller, Meyer (Solingen); von der Deutschnationalen Volkspartei: Abg. Schluckenbier, Heden, Justi, Rittershaus, Jaeger, Lüdicke; vom Zentrum: der Senior des Landtages, der 83 Jahre alte Abg. Herold, Abg. Köttenburger, Hagemann, Kracker, Schmelzer; von der Deutschen Volkspartei: die Abg. v. Ennem, Stendel, Spickernagel; von den Demokraten die Abg. Falk und Kreßler und von den Kommunisten, **die zum Empfang nicht anwesend waren, die Abg. Kilian, Henm und Sellheim.**

Diese Meldungen der bürgerlichen Presse sprechen für sich. Es bedarf weiter keines Kommentars. Die **sozialdemokratischen „Arbeitervertreter" vertreten durch ihren Bierparlamentarismus die Interessen der werktätigen Massen!!!**

Merseburg. Gewerkschaftsfest. **Nach Beschluß der letzten Kartellsitzung findet das diesjährige Gewerkschaftsfest am 24. Juli statt.** Das Gewerkschaftskartell ersucht die Arbeiterorganisationen von Merseburg und Umgegend diesen **Tag freizuhalten und sich restlos daran zu beteiligen.**

Lützen. Wir stellen fest, daß noch ein Teil unserer Leser den Abonnementsbitrag für Mai zu entrichten haben. Es ist dem Verlag nicht möglich, eine derartige saumselige Bezahlung länger dulden zu können. Wir ersuchen daher alle Restanten, den Abonnementsbetrag für Mai wie Juni unverzüglich an unsere Träger zu entrichten.

Kitzen. Ein Schwindler. An beiden Pfingstfeiertagen bereiste ein fremder Händler die hiesige Gegend. Er gab sich aus als Kurt Dießch, Rassegeflügelhändler aus Großheringen in Thüringen, nahm bei verschiedenen Landwirten Bestellungen auf junge Rassehühner entgegen und ließ sich Anzahlungen machen. Bei einem Briefträger in Großdalzig kleidete er sich mit dessen Sachen ein und ging mit diesem zum Pfingstbier. Am 6. Juni verschwand der Rassegeflügelhändler auf Nimmerwiedersehen unter Mitnahme des Anzuges. Die Landwirte sind natürlich richtig betrogen worden, ehe sie den zuständigen Oberlandjäger in Kenntnis gesetzt haben.

Aus dem Saalkreis

Ammendorf. Tödlicher Unfall mit einem Paddelboot. Am Montag fuhren zwei junge Leute auf der Elster mit einem Paddelboot. Dasselbe kippte vor der Burgbrücke um, wobei der 20jährige Winkelmann aus der Bergmannssiedlung ertrank. Er war des Schwimmens unkundig. Die Leiche konnte trotz eifrigen Suchens nicht gefunden werden.

Seeben. Kartellsitzung. Am Donnerstag, dem 16. Juni, findet eine Kartellsitzung statt, alle Delegierte und Vereinsvorstände haben zu erscheinen.

Seeben. Nationalistischer Denkmalstaumel. Kommenden Sonntag soll bekanntlich die mit großem Tamtam angekündigte Denkmalsweihe stattfinden. Der Zweck soll sein „Ehrung der gefallenen Helden im Weltkriege". Mit dieser Ehrung verbergen die Drahtzieher ihr wahres Gesicht. Der Rummel bedeutet nur Hetze und Propagierung eines neuen Völkermordens zur Niederknüppelung Sowjet-Rußlands und der gesamten Arbeiterklasse der Welt. Das uns vorliegende Programm zeigt das deutlich, und daß im Bunde der nationalistischen Kriegshetzer, wie im vergangenen Kriege, auch im kommenden Völkermorden die Kirche nicht zurückstehen wird, geht ebenfalls daraus hervor. Der Hunger der Hinterbliebenen läßt sich nicht durch Denkmäler stillen. Nach Ausspruch der „Informierten" sollen die Renten sogar zu hoch und eine Kürzung angebracht sein. Arbeiter von Seeben, erkennt diese Kriegshetzer und beweist diesen Kapitalisten, daß Seeben rot ist und bleiben wird. An die Arbeiter der Herrschaft Seeben appellieren wir, daß sie das Verbot, an proletarischen Demonstrationen teilzunehmen, auch auf diesen Rummel ausdehnt und die Arbeiterfeinde und Ausbeuter unter sich läßt.

Schletau. Ein merkwürdiger Gemeindevorsteher ist der Sozialdemokrat Willi Schmidt. Dies lehrt folgender Vorfall. Als vor 14 Tagen für die Gemeinde Schletau altes Bauholz vom Leuna-Werk zur Verteilung kam, mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß es für die ärmsten der Armen bestimmt war, wagte es dieser Sozialdemokrat, der einen guten Wochenverdienst und außerdem noch eine Jahresaufwandsentschädigung von 1200 Mark hat, für sich eine tüchtige Fuhre sicherzustellen. Nicht genug damit, setzte man der Frechheit noch die Krone auf, und so kam denn als zweiter „armer Mann" der Pfaffe in Frage. Dann der Eisenbahnbeamte Nirkt, Lademeister Knoblauch und Vorschlosser Reikowski. Es ist ein Skandal, wie hier in unserem Orte gewirtschaftet wird, und dies alles unter Leitung und Mitwirkung eines sozialdemokratischen Gemeindevorstehers. Was sagt der Herr Landrat zu solchen Machinationen. Wir verlangen Untersuchung der Angelegenheit und Entfernung des Gemeindevorstehers von seinem Amt. Weiter ist aus unserem Orte zu berichten, daß der Saatenstand sehr schlecht ist. Wahrscheinlich fehlt es in diesem Jahre an künstlichem Dünger.

Landsberg. Selbstmord oder Verbrechen. Gestern früh zwischen 3 und 4 Uhr wurde auf der Strecke Halle—Berlin von einem Bahnbediensteten in der Nähe der Reinsdorfer Steinbrüche die Leiche des hochschwangeren Dienstmädchens Marta Kellner aus Reinsdorf aufgefunden. Der Kopf und die Arme waren vom Rumpfe abgefahren. — Hierzu ist noch festgestellt worden, daß der Bräutigam des Mädchens, der Bäckergeselle Bruno Bär aus Gräfenhainichen, der Toten einen Brief geschrieben hat, sie solle sich am Sonntagabend am Bahndamm in Landsberg einfinden und sämtliche Briefe, die er ihr geschrieben habe, mitbringen, hiervon aber keinem Mitteilung machen. Bei dem polizeilichen Verhör in Gräfenhainichen bestritt Bär zunächst, in Landsberg gewesen zu sein; dann gab er es schließlich zu. Von dem Tode seiner Braut wollte er nichts wissen. Da auch die Briefe bei der Leiche nicht gefunden worden sind — die Tote hat sie von zu Hause mitgenommen — so hat sich der Verdacht wegen Mordes derartig verdichtet, daß Bär in Gräfenhainichen verhaftet wurde.

Der Bolschewismus und der Krieg von 1914—1918

(Die wichtigsten Zitate aus den Werken Lenins)

Anmerkung der Redaktion: Die gegenwärtige Lage erfordert gebieterisch eine absolute Klarheit aller Parteigenossen über den Charakter des imperialistischen Krieges sowie über den Kampf und die Kampfesmittel der Kommunisten gegen denselben. Wir lassen eine Anzahl Zitate des Genossen Lenin folgen, die die Genossen dazu verwenden wollen, in den Parteiversammlungen und Betrieben über dieses brennende Problem zu diskutieren.

I. Die Einschätzung des Krieges

Wie muß man den Charakter des Krieges einschätzen? Man darf den Krieg nicht als isolierte Erscheinung nehmen. Die Worte Clausewitz: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen (nämlich mit gewaltsamen) Mitteln" — sind auch vom Standpunkt des Leninismus richtig.

„Man wende diesen Standpunkt auf den jetzigen Krieg an und man wird erkennen, daß die Regierungen und herrschenden Klassen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Oesterreichs und Rußlands jahrzehntelang, fast ein halbes Jahrhundert hindurch, eine Politik der Plünderung der Kolonien, der Unterdrückung der fremden Nationen, der Unterdrückung der Arbeiterbewegung geführt haben. Gerade diese Politik wird im jetzigen Krieg fortgesetzt. Insbesondere in Oesterreich und Rußland besteht die Politik sowohl in der Friedens- wie auch in der Kriegszeit in der Verschlavung der Nationen, nicht aber in ihrer Befreiung."

(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIII, S. 98.)

Also kein einziger moderner imperialistischer Staat kann einen anderen als imperialistischen Krieg führen.

„Der Krieg der imperialistischen Länder ist ein Krieg der Sklavenhalter für die Stärkung der schlimmsten Sklaverei, und zwar in dreifacher Hinsicht. Erstens ist es ein Krieg für die Stärkung der Kolonialsklaverei vermittels einer „gerechteren" Verteilung der Kolonien und einer weiteren „gemeinsamen" Ausbeutung der Kolonien; zweitens ist es ein Krieg für die Stärkung des Jochs über die fremden Nationalitäten, die in den Ländern der „Großmächte" leben, denn Oesterreich und Rußland (in Rußland viel mehr und viel schlimmer als in Oesterreich) existieren nur dank dieser Unterdrückung, die sie durch den Krieg noch steigern; drittens ist es ein Krieg für die Stärkung und Fortsetzung der Lohnsklaverei, denn das Proletariat ist zersplittert und zu Boden geworfen, die Kapitalisten aber gewinnen, verdienen am Krieg, reißen die nationalen Vorurteile und stärken die Reaktion, die in allen, sogar in den freiesten und republikanischen Ländern das Haupt erhoben hat."

(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIII, S. 97.)

Kann man in einem solchen Krieg mit dem Argument vom Verteidigungskrieg operieren, das den Sozialisten erlaubt, für die Verteidigung ihres „Vaterlandes" einzutreten? Nein, das kann man nicht. In einem Kriege der imperialistischen Länder ist es nicht von Belang, **wer zuerst angefangen hat.**

„Wenn z. B. morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Rußland usw. den Krieg erklärt, so wären das „gerechte Verteidigungskriege", **ganz gleich,** wer der Angreifer wäre, und jeder Sozialist müßte für den Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten gegen die ausbeuterischen, sklavenhälterischen, räuberischen „Großmächte" sympathisieren.

Man stelle sich nun vor, daß ein Sklavenhalter, der hundert Sklaven besitzt, gegen einen Sklavenhalter kämpft, der zweihundert Sklaven besitzt, und zwar für eine „gerechtere" Verteilung der Sklaven. Es ist klar, daß die Anwendung des Begriffs „Verteidigungskrieg" oder „Vaterlandsverteidigung" auf diesen Fall historisch eine Fälschung und praktisch ganz einfach ein Betrug am einfachen Volk, an den Kleinbürgern, ein Betrug der geriffenen Sklavenhalter an den dunklen Massen wäre. Gerade so betrügt die jetzige imperialistische Bourgeoisie auch die Völker mit der „nationalen" Ideologie und dem Begriff der Vaterlandsverteidigung im gegenwärtigen Krieg, den die Sklavenhalter für die Stärkung und Steigerung der Sklaverei führen."

(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIII, S. 94/95.)

Heißt das, daß in der gegenwärtigen Epoche nur imperialistische Kriege möglich sind?

„In der Epoche des Imperialismus sind nationale Kriege der Kolonien und Halbkolonien nicht nur wahrscheinlich, sondern **unvermeidlich.** In den Kolonien und Halbkolonien (China, Türkei, Persien) leben ungefähr 1000 Millionen Menschen, d. h. über die Hälfte der Bevölkerung der Erde. Nationale Befreiungsbewegungen sind hier entweder bereits **sehr stark** oder aber sie wachsen und reifen heran. Ein jeder Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Setzen die Kolonien die Politik der nationalen Befreiung fort, so werden nationale Kriege der Kolonien gegen den Imperialismus unvermeidlich. Solche Kriege können zu einem imperialistischen Krieg der jetzigen imperialistischen „Großmächte" führen oder auch nicht, das hängt eben von vielen Umständen ab."

(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIII, S. 439/40.)

Welchen Charakter haben diese Kriege?

„Nationale Kriege gegen die imperialistischen Staaten sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, sie sind unvermeidlich, **fortschrittlich und revolutionär,** obwohl natürlich für den Erfolg dieser Kriege notwendig ist entweder die Vereinigung der Anstrengungen der gewaltigen Zahl von Bewohnern der unterdrückten Länder (Hunderte von Millionen haben wir in den von uns erwähnten Indien und China) oder eine besonders günstige Konstellation der internationalen Lage (z. B. wenn die imperialistischen Mächte geschwächt sind bzw. infolge Kriegs oder gegenseitigen Antagonismus an eine Intervention nicht denken kann) oder ein **gleichzeitiger** Aufstand des Proletariats einer der Großmächte gegen die Bourgeoisie (dieser letzte von uns aufgezählte Fall ist vom Standpunkt des Sieges des Proletariats der wünschenswerteste und günstigste)."

Es ist die Pflicht nicht nur der Sozialisten dieser Länder, sondern noch vielmehr der Sozialisten der imperialistischen Staaten, diesen „gerechten Krieg" zu unterstützen.

„Der Krieg der unterdrückten Völker (z. B. der Kolonialvölker) gegen die imperialistischen, d. h. ausbeuterischen Staaten ist ein **doppelt nationaler** Krieg. Ein solcher Krieg ist auch jetzt möglich. Die „Verteidigung des Vaterlandes" eines national unterdrückten Landes gegen ein Land der nationalen Unterdrückung ist kein Betrug, und die Sozialisten sind **absolut nicht gegen** die „Vaterlandsverteidigung" in einem **solchen** Kriege.

Die Selbstbestimmung der Völker ist genau dasselbe wie der Kampf für die völlige nationale Befreiung, für die völlige Unabhängigkeit und gegen Annexionen. Einen **solchen** Kampf in allen seinen Formen bis zum Aufstand oder Krieg — **können** die Sozialisten **nicht** ablehnen, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein."

(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIII, S. 345.)

II. Die Losungen des Kampfes gegen den Krieg

Der Bolschewismus unterzog die Losung des Friedens einer erbarmungslosen Kritik. Die Losung des Friedens **ausgeben — heißt** das Volk betrügen.

„wenn man den Gedanken daran zuläßt, daß ohne revolutionäre Bewegung ein Frieden ohne Annexionen, ohne Unterdrückung der Nationen, ohne Raub, ohne den Keim neuer Kriege zwischen den jetzigen Regierungen und herrschenden Klassen zu säen, möglich ist. Ein solches Betrug am Volke wäre eine Unterstützung der Geheimdiplomatie der kriegführenden Regierungen und ihrer konterrevolutionären Pläne. **Wer einen festen und demokratischen Frieden will, muß für den Bürgerkrieg gegen die Regierungen der Bourgeoisie eintreten."** **(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIII, S. 108.)**

Das „Friedensprogramm" des Bolschewismus lautete:

„Unser „Friedensprogramm" endlich muß bestehen in der Aufklärung darüber, daß die imperialistischen Staaten und die imperialistische Bourgeoisie, einen demokratischen Frieden zu geben, nicht imstande sind, einen solchen Frieden muß man zu erreichen suchen, nicht in der Vergangenheit, in der revolutionären Utopie eines nichtimperialistischen Kapitalismus oder eines Bundes nicht gleichberechtigter Nationen unter dem Kapitalismus —, sondern in der Zukunft, in der sozialistischen Revolution des Proletariats. Keine einzige wirklich demokratische Forderung ist in irgendwie breitem Maße oder irgendwie gründlich in den fortgeschrittenen imperialistischen Staaten anders zu verwirklichen, als auf dem Wege revolutionärer Schlachten unter dem Banner des Sozialismus.

Und wer den Völkern einen „demokratischen Frieden" verheißt, ohne gleichzeitig die sozialistische Revolution zu predigen, und den Kampf für die sozialistische Revolution, den Kampf bereits während des Krieges ablehnt, betrügt das Proletariat."

(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIII, S. 239.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0005

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Prügelstrafe in der Volksschule

Schon oft haben wir im „Klassenkampf“ gelesen, daß Arbeiterkinder in der Schule aus manchmal geringfügigen Gründen Stockprügel erhalten. Daß in den besseren Schulen mit denselben Mitteln „erzogen“ wird, hat man noch nicht gehört. Wir wollen damit nicht behaupten, daß die die Volksschule besuchenden Kinder schlechter wären, als die in den höheren Schulen. Wir könnten fast das Gegenteil behaupten. Daß Weißenfels hierin keine Ausnahme macht, soll folgender Vorfall nachweisen: Dem Elternbeiratsmitglied Sp. wurde durch Kinder aus **der Beuditzschule in Weißenfels** gemeldet, daß der Lehrer Keucher die Schülerin Ella Hentschel **wegen einer Geringfügigkeit verprügelt hat.** Das Mitglied ging dann, weil der Rektor zur Konferenz war, zu dessen Stellvertreter und forderte den Lehrer K. auf, mit der Hentschel im Zimmer des Stellvertreters zu erscheinen. Da K. nicht dazu zu bewegen war, wartete sie auf dem Schulplatz bis zur Freiviertelstunde, nahm die Kleine und ging mit ihr auf das Stadtgesundheitsamt. Dort ließ sie das Kind von der anwesenden Frau Dr. Losensky untersuchen, welche nachstehendes Attest ausstellte:

Kind Ella Hentschel zeigt am Rücken in der Umgebung des linken Schulterblattes mehrere doppelkonturierte rötliche Streifen, ebenso einzelne am Oberarm und unter dem Schulterblattwinkel. Die Gegend des linken Schulterblattes ist leicht geschwollen und etwas grünlich verfärbt in einer Ausdehnung von 3½ : 10 cm.

I. V.: Dr. Losenski.

Hier haben wir wieder einen von so vielen Fällen, wo der Lehrer es nicht versteht, die Kinder durch Güte zu erziehen. Warum kommt so etwas nicht in besseren Schulen vor? An den Kindern kann das wirklich nicht liegen. Wir wollen nicht verkennen, daß die Lehrer manchmal, begründet durch die lange Unterrichtszeit oder die große Schülerzahl, mißmutig werden, aber das darf doch nicht dazu führen, daß sie ihren Unmut an den Kindern auslassen. Das trägt nicht zur Hebung des Ansehens des Lehrerstandes bei. Wir pflichten dem Schulreformer Georg Münch, Leipzig, bei, wenn er sagt: **„Kinder unter zehn Jahren zu prügeln, ist roh; Mädchen körperlich zu züchtigen, ist widerlich.“** Dem Herrn Lehrer Keucher ins Stammbuch.

Alkoholsozialismus und „Volksbote“

Die Naumburger Sozialdemokraten, deren erneute Blamage in der letzten Stadtverordnetensitzung das Tagesgespräch von Kappstadt ist, haben nunmehr ihre letzte Zuflucht im Suff gefunden. Darin wollen sie ihren Aerger vergessen und neuen „Geist“ zu weiteren Racheakten gegen die verhaßten Kommunisten sammeln.

Grunert, der „Ethiker und Kirchenheilige“, jetzt angehender Faustkämpfer, dessen Aussprüche starke Symptome von Arterienverkalkung verraten, hat scheinbar wieder einen Bundesgenossen in seinem alten Biergötzen Gambrinus gefunden. Unter Hinzuziehung Wallbaums des „Reinen“ werden geheimnisvolle alkoholische Sitzungen (ähnlich wie spiritistische) abgehalten und in der zwölften Stunde wird Gambrinus, der Saufgott, beschworen. Beschwängert von dessem Geiste findet man eine Idee, bringt sie zu Papier, adressiert diese an den „Zeitzer Witzboten“ und freut sich königlich mit Hilfe des Alkohols, den bösen Kommunisten mal wieder eins ausgewischt zu haben.

Ein solches Geistesprodukt der Grunert und Komplizen zierte vorige Woche wieder einmal die Seiten des „Zeitzer Witzboten“ mit der sensationellen Ueberschrift: „Der Naumburger Kommunist Fiekert will Bürgermeister in Teuchern werden!“ Anhängend daran noch einige mehr wie dummdreiste Anhängsel von Inventur im Konsumverein usw. Was nun eigentlich mit einer solchen im Alkoholrausch entstandenen Lügenmeldung bezweckt werden soll, wissen allein nur der „Volksbote“ und die Götter. Die Naumburger Arbeiter erkennen an den vor Schmutz und Verleumdung protzenden Berichten nur Beispiele sozialdemokratischer Witz- und Stammtischpolitik!

SPD. und Bürgerliche Arm in Arm wie 1914

Ein wahnsinniges Trommelfeuer hat in den letzten Tagen von seiten der bürgerlichen Presse gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat, die Sowjetunion, eingesetzt. Genau wie 1914 gegen den sogen. Erbfeind. Auch damals wurde der Krieg nur gegen die Arbeiter geführt. So versucht man auch jetzt, die Arbeiterschaft in einen ungeheueren Lügennebel einzuhüllen, um sie dann desto besser in Blut und Mord hineinführen zu können. Die tollsten Sachen werden über die Sowjetunion verbreitet. Am schlimmsten lügen die sogenannten Käseblätter vom Schlage der „Zeitzer Nachrichten“. Sie schätzen ihre Leser ganz besonders niedrig ein.

Aber nicht nur das allein, sondern es zeigt sich, daß genau wie 1914, Blätter, die angeblich noch Arbeiterinteressen vertreten, die eigentlich mit allen Mitteln die Arbeiterschaft auf die furchtbaren Gefahren aufmerksam machen müßten, die der Arbeiterschaft von seiten der kapitalistischen Verbrecher drohen, wiederum eingeschwenkt sind ins Lager der Bourgeoisie. Kein Unterschied ist festzustellen zwischen dem Zeitzer „Volksboten“ und den „Zeitzer Nachrichten“. Nur, daß jetzt nicht wie 1914, das „Vaterland in Gefahr“ ist, sondern diesmal gilt es, nach Ansicht dieser Verbrecher, die europäische „Kultur“ vor dem Untergang, der ihr von seiten des Bolschewismus droht, zu retten. Kein Wort schrieb diese erbärmliche Brut, als Tausende von Proleten von den bulgarischen und ungarischen Henkern gemeuchelt wurden, kein Wort über die Mordbanditen in Litauen, nichts über die Morde in China. Aber jetzt ein gewaltiges Geschrei, daß der Arbeiter- und Bauernstaat 20 Verbrecher, die an den Mauern des Sozialismus rütteln wollten, dorthin befördert hat, wo sie schon längst hingehört hätten. Der „Volksbote schreibt in der Sonnabend-Nummer: „Massenhinrichtungen in Rußland! Die Tscheka nimmt ihre blutige Arbeit wieder auf!“ Er muß zugeben, daß es nur Spione und Verschwörer waren, daß es nur Monarchisten waren. Das schadet nichts, der „Volksbote“ nimmt sie in Schutz. Er schmiert dasselbe nach, was die bürgerlichen Blätter schmieren. „Die Sowjetregierung ist zum System des blutigen Terrors zurückgekehrt!“ So schmieren die Franken, Bergholz, die natürlich lieber sehen würden, daß in Rußlad der Faschismus triumphieren würde. Diese Schwachköpfe raten der Sowjetregierung, dem Terror der kapitalistischen Verbrecher mit den Mitteln der Demokratie zu begegnen!? Am Schluß schreibt man: „Die Sowjetregierung hat alle angeknüpften Fäden zerrissen!“

Also, Ihr deutschen Arbeiter! Rußland ist der allein Schuldige. Und das schreiben Leute, die angeben, Arbeiterinteressen zu vertreten. Die Zeitzer „Nachrichten“ gebrauchen dieselben Argumente. Sie schreiben als Ueberschrift: „Erneutes Wüten der Tscheka!“ Dann hetzen sie genau in derselben Weise, nur etwas plumper wie der saubere „Volksbote“. Wir empfehlen der Arbeiterschaft, diese zwei Blätter genau zu studieren. Sie werden finden, daß kein Unterschied besteht,

daß alle beide mit allen Mitteln den Krieg vorbereiten

gegen den Arbeiter- und Bauernstaat. Die Arbeiterschaft muß sofort in den Betrieben Stellung nehmen zu dieser erbärmlichen Handlungsweise der kapitalistischen Verbrecher und ihrer Lakaien, damit sie

nicht wieder wie 1914

von der Wirklichkeit überrascht wird. Schon jetzt heißt es, derartige Blätter wie den „Volksboten“ und die „Neuesten Nachrichten“ aus den Wohnungen der Proleten zu befördern und dafür den „Klassenkampf“, die einzige Arbeiterzeitung, zu bestellen.

Weißenfels. Unerhörtes Klassenurteil. Ein Fördermann aus Prosen wollte seine Arbeitslosenunterstützung noch auf den Anfangstag seiner neuen Arbeitsstätte ausdehnen, indem er aus dem vierten November den fünften November machte. Diese Urkundenfälschung wurde aber sofort gemerkt und der Staatsanwaltschaft angezeigt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten kostenpflichtig zu zwei Wochen Gefängnis. Weil er bis jetzt ein einwandfreies Leben geführt hat, wird ihm die Strafe nach einer dreijährigen Bewährungsfrist ausgesetzt. — Das alles um 2,81 Mark! Die großen Schieber gehen straffrei aus.

Weißenfels. Ein Mißstand, der schnellstens beseitigt werden muß, ist, daß an der Saalstraße, Eingang Brücke, das „Einfahrt verboten!“ nachts nicht erleuchtet ist. Kommt nachts ein Auto von der Brücke herunter, so ist die Warnung erst zu lesen, wenn es davor steht. Am Sonnabend kam ein Lastauto mit Anhänger. Als der Führer sah „Einfahrt verboten!“, war er schon Eingang Saalstraße und versperrte so die Straße. Ein Glück, daß das Auto nicht beladen war und deshalb bald die Straße wieder freimachen konnte. Bei regem Verkehr kann dadurch das größte Unglück passieren.

Weißenfels. Straßensperrung Weißenfels—Lützen. Zur Ausführung umfangreicher Kleinpflasterungen wird die Straße Weißenfels—Lützen von Rippach bis Röcken vom 15. Juni bis auf weiteres für sämtlichen Verkehr gesperrt werden. Der Durchgangsverkehr wird umgeleitet von Rippach über Großgöhren, Göstau, Starsiedel nach Lützen. Die Umgehungsstrecke ist durch Richtungspfeile kenntlich gemacht.

Teuchern. Der neue Urnenhain. Unter zahlreicher Beteiligung weihte am Sonntag die Arbeiterschaft von Teuchern den neuen Urnenhain ein. Die Asche unserer viel zu früh gestorbenen Genossin Hedwig Riebschläger wurde der Erde übergeben. Freidenkeregnosse Theer, Leipzig, wies in seiner Rede u. a. darauf hin, daß wir unsere Toten der Flamme übergeben, um sie nicht im Grabe der Fäulnis und den Würmern zu überlassen, denn dadurch bilden sie für die Lebenden eine dauernde Gefahrenquelle. Der hiesige Arbeitergesangverein verschönte durch Lieder die Feier. Die zahlreiche Beteiligung bewies, daß für die Feuerbestattung in der hiesigen Arbeiterschaft ein großes Interesse vorhanden ist. Daß es auch in Teuchern Leute gibt, die keine Pietät kennen, konnte man während der Feier wahrnehmen. Vom nahen Schützenholze hörte man Lachen und Johlen. Dem Vernehmen nach soll es die Sozialistische Jugend gewesen sein. Es ist zu hoffen, daß den jungen Leuten einmal gründlich der Standpunkt klar gemacht wird.

Aufgepaßt, Eingemeindungskonferenzen!

In Zeitz

Am Sonntag, dem 19. Juni, nachm. 3 Uhr, in der „Herberge“. Referent: Genosse Stolt.

In Teuchern

Am Sonntag, dem 19. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Grünen Baum“. Referenten: die Genossen Stolt und Gutjahr.

Sämtliche Pol-, Org- und Kompol-Leiter der Ortsgruppen Zeitz, Aue, Rasberg, Tylsdorf und Grana haben zu erscheinen. — In Teuchern dieselben Funktionäre aus Teuchern und Gröben Rünthal.

Zeitz. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Geschäftsstelle: Geraer Str. 24. Dienst vom 16. bis 22. Juni: Paul Rothe, Tröglitzer Straße 9 II (Nachtglocke); Werner Wolf, Rasberg 30 I; Kurt Hoffmann, Pestalozzistr. 2, part.; Otto Kügler, Posaer Str. 29 II; Ernst Schindler, Schillerstraße 21, part.; Emil Bischoff, Neumarkt 16, H. I; Gertrud Göhring, Badstubenvorstadt 8c; Otto Bauer, Geraer Straße 24, part.; Paul Albrecht, Stephanstr. 36, H.; Else Göbner, Geraer Straße 88; Kurt Großmann, Schädelstr. 15 I; Gertrud Tuchscherer, Gärtnerstraße 8 II.

Zeitz. Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte! Am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Schuhmacherherberge eine sehr wichtige Sitzung statt. Alles hat zu erscheinen!

Zeitz. „Religionsunterricht in den Berufsschulen, ein neuer Schandplan“. Mit derartigen Schlagzeilen versucht der „Zeitzer Volksbote“ in seiner Sonnabendnummer den Radikalen zu mimen. Er regt sich darüber auf, daß die Kirche an das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe den Antrag gestellt hat, in den Berufsschulen Religionsunterricht einzuführen, und daß das Ministerium auch gewillt ist, dem Antrag nachzukommen. Nun, die Kirche kennt ihre Pappenheimer in der preußischen Regierung, sie weiß genau so gut, wie der „Volksbote“, daß das preußische Ministerium kirchenfreundlich ist. Der „Volksbote“ „vergißt“, nachdem er über dieses Ministerium weidlich geschimpft und die Bevölkerung zum „Kampf“ gegen die Verpfaffung der Berufsschulen aufgerufen hat, daß Sozialdemokraten, seine Genossen, mit in der preußischen Regierung sitzen und derartige Gesetze mit beschließen. Also, den Kampf aufnehmen, heißt in erster Linie, Kampf gegen die SPD.-Führer. Ob das Bergholz mit seinem Artikel gewollt hat? Wir glauben es nicht! Es ist wieder einmal ein scheinradikales Geschreibsel, das nicht ernst zu nehmen ist, denn acht Tage vor Pfingsten **haben die Mitglieder der SPD. im preußischen Staatsrat für die katholischen und evangelischen Pfaffen 60 Millionen aus den Mitteln der preußischen Regierung bewilligt!** Arbeiter der SPD., die Ihr schon längst erkannt habt, was August Bebel sagte: „Religion ist Opium für die Arbeiterschaft“, nehmt in Euren Versammlungen gegen diese widerwärtige Handlungsweise Eurer Führerschaft Stellung. Laßt Euch nicht an der Nase herumführen!

Zeitz. Zusammenstoß. An der Kreuzung der Weißenfelser Straße bei Deuben (Kreis Zeitz) mit der Bahn Grube Kamerad — Grube Naumburg versuchte ein mit vier Personen besetztes Auto einen Lastkraftwagen zu überholen. Der Führer übersah das Herannahen der Riebeckschen Grubenbahn, so daß ein schwerer Zusammenstoß mit dem Zuge erfolgte, wobei das Auto völlig in Trümmer ging. Von den vier Insassen wurde Frau Mentzel aus Halle durch eine Brustquetschung lebensgefährlich verletzt und dem Zeitzer Krankenhaus zugeführt, eine Tochter der Verunglückten wurde leichter verletzt. Die Schuld an dem Unglück trifft die Grubenverwaltung, die an dem Bahnübergang nicht mal eine Schranke errichtet, trotz Ueberprofits den sie aus den Knochen der Proleten schindet.

Almrich. Der 10-Pfennig-Turner. Der rote Hahn, alias Udet, Herr Lehrer Rodrian, hat von seinen Schulkindern den Titel „Der 10-Pfennig-Turner“ erhalten. Rodrian gibt den armen Proletarierkindern, die irgendeinen körperlichen Fehler haben, zweimal wöchentlich Turnunterricht. Und zwar muß jedes Kind 10 Pf. zahlen pro Stunde. Es beteiligen sich 16 bis 20 Kinder an dieser Turnstunde. Herr Dorflehrer Rodrian dürfte ein Gehalt von 350 M. monatlich haben. Auch bezieht er wohl Kriegsrente. Aber es sei dem wie es sei. Arbeiterkindern, deren Eltern sowieso schon die Schullasten tragen müssen, **noch extra Geld abzunehmen, finden wir von einem festangestellten Lehrer geradezu unerhört!** In Bad Kösen wird dieser Unterricht von einer Lehrerin gratis erteilt, was ja wohl eine selbstverständliche Pflicht ist. Möglich ist ja, daß Herr Dorflehrer Rodrian mit seinem Gehalte nicht auskommt, da er seit kurzer Zeit ein Kind aus dem Schwester-Magdalenen-Stift in Pflege hat. Das ist aber nicht der Weg, Herr Rodrian, sich Privateinnahmen zu verschaffen, um so mehr, **wenn man SPD.-Mann sein will!** Aber, na, damit war es ja nicht weit her. (Siehe Konsumausbauliste. D. Ber.) Na, und nun „Der 10-Pfennig-Turner“. Mehr kann man nicht verlangen.

Unterrißdorf. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde hier ein ganz gemeiner Einbruchsdiebstahl verübt. Die Einbrecher, die in die Dreßlersche Wohnung eindrangen, drückten eine Fensterscheibe des nach dem Hof zuliegenden Fensters ein, hoben einen Fensterflügel aus und haben vollständig ausgeräumt. Kleidung, Wäsche, auch Schuhwerk, nichts ist verschont geblieben, so daß den Eheleuten Dreßler nichts übrig geblieben, als was sie auf dem Leibe haben. Dreßler, welcher noch das kleine Kind eines armen Arbeitermädchens zu sich genommen hat, um es zu pflegen und gut zu erziehen, vermißt auch die Barschaft dieses Kindes. Das ist um so verwerflicher, da des Kindes Mutter bei schwerer Fron in der Landwirtschaft für ihr Kind sorgen muß. Die Arbeiterschaft von Unterrißdorf hat großes Interesse daran, daß der Diebstahl aufgedeckt wird. Die Polizei hat sich jedenfalls nicht so gezeigt, wie man es erwarten kann. Obwohl Frau Dreßler alles in Bewegung setzte und sofort nach der Polizei telephonierte, rührte sich nichts. Auch der Polizeihund wurde angefordert. Aber es ist ja nur ein Arbeiter. Vielleicht hatte auch der arme Hund noch nicht ausgeschlafen. Wäre es nur bei einem Bessersituierten gewesen, da hätte die Polizei schon alle Mienen springen lassen. Bei einem Kommunisten mal eine kleine Haussuchung vornehmen, ja, da wird fieberhaft gearbeitet. Wir haben Interesse daran, daß dieses gemeine Verbrechen aufgedeckt wird und appellieren an die gesamte Arbeiterschaft von Unterrißdorf, diese abscheuliche Tat aufdecken zu helfen.

Mansfeld-Sangerhausen

Der große Tag eines kleinen Städtchens

Tages Arbeit, abends Gäste — Dreckche Pfoten, fett'ge Weste, bummvallera, s'ist Schützenfest

Hoppla . . . Huuuu—p! Das war das Ende des großen Tages des Mansfelder Bundesschießens. — In dem Rinnstein vor meiner Tür hate es sich ein Herold bequem gemacht. Angewidert eile ich durch die regenfeuchten, alkoholdünstigen Gassen. — Hier und da der leise Lockruf eines verschlafenen Vogels — eines angetrunkenen Mädels. Ich schüttle die Regentropfen von meinem Gummimantel. Ein Bekannter eilt an mir vorüber. Ich will grüßen und greife in mein nasses Haar.

Aus einem Häuschen leuchtet mir friedliches Licht. Drinnen reicht mir die junge Frau vertrauend die Hand. — „Willkommen!“ Ich stehe einer Freundin gegenüber. — „Mama, Onkel Hermann ist wohl da?“ — Ich gehe ins Schlafzimmer. „Tag, mein Jungchen, schlaf schön, morgen bringt dir Onkel etwas mit.“ —

Mir stehen die Tränen in den Augen. Warum? Ist es die Freude über dieses junge pulsierende Leben dort in den weißen Kissen oder ist es Schmerz? — Freude, ja, doch heute überwiegt der Schmerz. Heute ist der Geburtstag des Mannes, der dem Kinde Vater war, der mir blutend im Arme lag, als er für seine Freiheit fiel! — Er fiel für seine Freiheit, nicht für die **Freiheit ehemaliger Genossen, die heute mit der Schützenbüchse im Fastnachtszug durch die Straßen schreiten!** — In ihm brannte helles Feuer, Feuer der revolutionären Begeisterung. Freiheit war sein Streben, Freiheit war sein Geist, Freiheit war jede Ader in ihm. — Heil!, wie blitzten seine Augen, wenn er im Kreise seiner Genossen stand und auch auf sie die Begeisterung überströmte. Er konnte nicht ahnen, daß jene einmal untreu und ihre Klasse verraten würden.

Aber trotzdem, bei dem Treuen glimmt die Glut. Einst wird sie wieder emporlodern. Dann wird die Freiheit in rotem, wallenden Feuermantel auch durch die Mansfelder Lande stürmen. Dann werden die Träger der Schützenbüchsen die Augen aufreißen, dann wird es widerhallen: „Torogaja.“ Dann wird das Volk erwachen, dann werden keine Schützenfeste mehr gefeiert.

Wer das Bundesschießen des Mansfelder Landes in Hettstedt sah, wird es nicht vergessen!

Ihr armen, hungernden Bürger, wo habt Ihr das Geld her, ein solches Fest zu veranstalten? Ihr habt kein Geld, Steuern zu zahlen und führt fast ein halbes Hundert Festwagen durch die Straßen. Ihr steckt zweihundert Leute in Anzüge, die man sonst auf Maskenbällen bewundern kann, und laßt sie durch die Straßen des ärmsten Städtchens Deutschlands marschieren. Ihr knallt Hunderte von Mark in die Luft und stiftet Geschenke für die besten Schützen, die kaum ein großes Schaufenster fassen konnte!

Ihr armen Bürger,

wo habt Ihr nur das Geld her, solch protzende Triumphbögen zu errichten? Wir wollens Euch sagen: Seht einmal nach dem Krankenhaus, dort liegen die, die Euch das Geld brachten. Arme, zerschundene Proletarier, die man unter niedergegangenen Schiefermassen hervorzog, oder denen die Bleidämpfe das Blut vergiftet haben! Ob der Graf Colleredo-Mansfeld, dem der Herr „Sekerdäär“ wonnetrunken die Hand untertänigst drücken durfte (er wird sie daraufhin sich wohl vierzehn Tage nicht waschen. D. Ber.), auch so gütig gelächelt hätte, wenn man ihn statt in den Festprunk der geschmückten Stadt einmal auf die Bleiöfen geführt hätte? — Doch daran soll man an solch einem Tage nicht denken! Es würde die „Festfreude“ trüben. Manch einer wäre vielleicht auch rot geworden vor Scham, wenn er hätte sagen müssen: „In dieser Brühbude verdien ich meinen Hungerlohn.“

Die grünlichen Schützenfahnen flattern im Winde, und sie werden noch bis Mittwoch in Hettstedt flattern. **Aber am Donnerstag werden die Kinder der Schützenproleten nach Brot schreien, weil der Vater alles versoff!**

Als ich wieder nach Hause ging, trieb mir der Wind den feinen Regen ins Gesicht. Das Städtchen lag in tiefem Schlummer. Nur hier und da tönte noch das Lallen eines Betrunkenen. — Ich wähnte mich ins Mittelalter versetzt. Das Knallen der Schützenbüchsen ist schuld daran.

Hoffend auf den Tag, an dem die Proleten nicht mehr ballern, an dem sie als klassenbewußte Arbeiter keine feindlichen Krämer unterstützen und der Bürgermeister unseres Hungerstädtchens nicht mehr nach Gehaltsgruppe 12 bezahlt wird, suche ich mein Lager auf.

Oberröblingen. Ein folgenschwerer Sturz vom Fahrrade. Der 20jährige Schlosser Hermann Kahleis von hier bestieg am 1. Pfingstfeiertag sein Fahrrad, einen Straßenrenner, um nach Querfurt zu radeln. Unterwegs ist K. verunglückt. Straßenpassanten fanden das Fahrrad kurz vor Querfurt unversehrt auf der Straße liegend, K. selbst aber bewußtlos daneben im Straßengraben. Man schaffte ihn ins Krankenhaus nach Querfurt, wo der Arzt eine schwere Gehirnerschütterung und einen Schlüsselbeinbruch feststellte. Der Verunglückte, der im Krankenhaus wieder zum Bewußtsein kam, konnte keinerlei Angaben darüber machen, wie er verunglückt ist. Es ist anzunehmen, daß er infolge eines Schwächeanfalles vom Rade aufs Straßenpflaster gestürzt ist. Am Donnerstag erlag K. seinen Verletzungen.

Helbra. Wohnungszählung. Bei der am 16. Mai stattgefundenen Reichswohnungszählung wurde in hiesiger Gemeinde folgendes Ergebnis festgestellt: Es sind vorhanden 829 Hausgrundstücke mit 2459 Wohnungen und 2544 Haushaltungen. — Wir vermissen eine Angabe der Wohnungsuchenden, um ein Bild darüber zu gewinnen, wie viel Wohnungen nicht da sind.

Bischofrode. Herrjott, Amerika dankt Bischofrode. Anläßlich der Landung des Atlantikfliegers Chamberlin und Levine in unserer Feldmark hatte unsere Gemeinde den Fliegern durch die amerikanische Botschaft ein Glückwunschtelegramm übersandt. Die amerikanische Botschaft sandte darauf ein Danktelegramm. — Die Landungsstelle des Flugzeuges war in voriger Woche immer noch der Gegenstand des Besuches vieler Sportbegeisterter, die zum Teil aus der weiteren Umgebung mit Auto und Motorrad herbeigeeilt waren. Wir werden nun wohl noch 'e Denksteen mit einer Kaffepulle auf den Acker setzen müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0006

Bitterfeld-Wittenberg

Bauern-Enteignung

Unser württembergisches Parteiorgan berichtet über die Ruinierung eines Bauern. Der geschilderte Fall hat eine grundsätzliche Bedeutung und dürfte daher auch die Kleinbauern unseres Bezirks interessieren:

Im Mai letzten Jahres wurde ein Schutzgesetz für die Versicherungs-Gesellschaften geschaffen, wonach diese bei Versicherungsfällen, die sich über die Inflationszeit erstrecken, nur noch mit 20 Prozent haftbar sind. Das Gesetz fand vor Jahresfrist nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit in der Oeffentlichkeit. In der Praxis zeigt sich nun, daß es zugunsten der großkapitalistischen Versicherungs-Gesellschaften geradezu verheerende Wirkungen für die Versicherten hat.

Ein Bauer aus Scheimerberg (Württemberg) hatte im Oktober 1910 ein sechsjähriges Mädchen eines Nachbarn auf seinem Wagen. Die Pferde scheuten. Durch den ensitzenden Ruck fiel das Kind in die Gabel, verletzte sich am Rückenmark, was eine einseitige Lähmung zur Folge hatte. Der Bauer wurde zu einer jährlichen Entschädigung verurteilt. Da er haftpflichtversichert war, mußte die Versicherungs-Gesellschaft die Zahlung übernehmen. Durch das oben erwähnte Gesetz vom Mai 1926 ist nun die Versicherungs-Gesellschaft nur noch zur Zahlung von 20 Prozent verpflichtet. Auf Landgerichtsurteil vom 31. März 1927 muß deshalb der Bauer selbst noch noch 720 Mk. jährliche Rente und 200 Mk. für Bekleidung an die Verunglückte zahlen, sowie eine bis zur Gerichtsentscheidung aufgelaufene Summe von 1563 Mark und die gesamten Gerichtskosten. Der Bauer hat ein Anwesen von 50 Morgen, die Bezahlung der Summe bedeutet seinen Ruin. **So erweist sich das Schutzgesetz für die Versicherungsgesellschaften als ein Ruinierungsgesetz für die Bauern und sonstigen versicherten Werktätigen.**

Die privaten Versicherungsgesellschaften sind fette Pfründe für die Kapitalisten. Zum Beispiel erhält der deutschnationale Freiherr von Stauffenberg, MdR., als „Kontrolleur" einer solchen Versicherung neben seiner Wohnung noch jährlich 25 000 Mark „Aufwandsentschädigung". Diesen fetten Pfründen werden die versicherten Bauern geopfert. Es zeigt sich, wie notwendig die Durchsetzung der kommunistischen Forderung auf Verstaatlichung des Versicherungswesens ist. Das erfordert aber den Kampf gegen die kapitalistische Regierung und ihre Parteien. **Dazu ist das Bündnis der Arbeiter und Bauern notwendig!**

Sowjet-Rußland soll

sich nicht wehren dürfen. Wir Arbeiter in den Giftküchen der Bitterfelder Chemiekönige sehen deutlich, daß die Hetze der Kapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer nur den Zweck verfolgt, dem Arbeiterstaat die Verantwortung für die kommende Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Staaten und Sowjet-Rußland aufzubürden. Wir Chemiearbeiter werden dafür sorgen, daß diesen imperialistischen Räubern ihr schändlicher Plan nicht gelingt. Wir sind auf dem Plan und geben acht, daß wir nicht, wie 1914, von dem Ausbruch eines neues Krieges

überfallen werden!

Schon wieder: Reichswehr- und Kriecher-Rummel!

Diesmal waren es die 7ter Artilleristen in Wittenberg, denen die „hohe Ehre" zuteil wurde, außer einigen abgetakelten „Generalen" — die Kerle sahen aus, als wenn sie aus Lustans Panoptikum übriggeblieben wären —, auch wieder eine „Traditions"-Abteilung der Reichswehr bei sich zu „begrüßen". Es handelte sich in diesem Falle um die Ausbildungsbatterie des 6. Artillerie-Regiments in Hannover. Wir unterstreichen hierbei erneut die Forderung, daß dieser Skandal der Verwendung von Steuergeldern endlich aufzuhören hat. Der unvermeidliche „Fest"-Redner bei diesen schwarzweißroten Freß- und Saufgelagen, der Oberbürgermeister Wurm, hat sich in seiner Ansprache beim Kommers wieder mal etwas ganz Besonderes geleistet. Er sagte u. a.:

„Mein Nachbar zur rechten, Herr General Bender, sagte, daß in Wittenberg manches anders geworden, seit das Militär verschwunden wäre. Wenn aber ab und zu **ein Schuß aus den Sprengstoffwerken** da draußen ertönt, dann schrecken wohl die Männer und Frauen Wittenbergs zusammen und gedenken vergangener artilleristischer Zeiten. Darüber, ob Wittenberg wieder einmal Garnisonstadt werden wird, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen; hoffentlich wird es noch einmal Wahrheit werden."

Wirklich, die „Männer und Frauen Wittenbergs" haben alle Ursache, bei „einem Schuß aus den Sprengstoffwerken" zusammenzuschrecken. Hunderte von Menschenleben sind in Reinsdorf bei

den großen Explosionskatastrophen

vernichtet worden. Und diesen Wahnsinn will der derzeitige Wittenberger Oberbürgermeister wieder zurückwünschen! Nun wir wissen, daß der Teil der Wittenberger Bevölkerung, der dann dazu auserlesen wird, wieder seine Haut zu Markte zu tragen, anderer Auffassung ist wie das Stadtoberhaupt und die Leute, die es auch dann wieder verstehen werden, recht weit weg vom Schuß zu bleiben.

Pratau. Von den Elbwiesen. Auf den Elbwiesen herrscht zurzeit sehr reges Leben. Mit Mähmaschinen und Sensen wird das in seinem vollen Safte stehende Gras gemäht. Fleißige Hände sind überall mit dem Wenden und am Abend mit Zusammenrechen zu Haufen beschäftigt. Es ist ein schönes Erntebild, das sich augenblicklich da draußen entfaltet. Die Wiesen liegen bereits zu einem großen Teil auf den Schwaden. Mit dem Gras ist man in diesem Jahre nicht ganz zufrieden, weil die besseren Wiesenkräuter durch das Hochwasser eingegangen sind. Untergras ist jedoch genügend vorhanden.

Wittenberg. Verkauf der „Grüntalmühle". Die Allgemeine Ortskrankenkasse I hat ihr Erholungsheim „Grüntalmühle", auf Schmilendorfer Flur gelegen, für 46 000 Mark verkauft. Der neue Besitzer ist der aus Köthen (Anhalt) stammende 72 Jahre alte Landwirt Franz Berger, der das Gut von seinem Schwiegersohn bearbeiten läßt. Die erholungsbedürftigen Mitglieder der Ortskrankenkasse I können indes nach wie vor dem Heim überwiesen werden, da Herr Berger den Betrieb als Erholungsheim aufrechterhält. Auch Kinderkuren werden bei Bedarf stattfinden. Darüber hinaus werden künftighin auch Nichtversicherte aufgenommen. Es ist natürlich erfreulich, daß die „Grüntalmühle" auch weiterhin Erholungsheim bleibt. Es frägt sich nur, ob die Preise für die Kuren dann von Minderbemittelten überhaupt noch bezahlt werden können. Hoffentlich werden für die Kassenmitglieder so viel Betten reserviert bleiben, daß die bisherige Zahl kurbedürftiger Kassenpatienten auch weiterhin dort untergebracht werden kann.

Wittenberg. Zum Kapitel: die Polizei regelt den Verkehr! Trotzdem die Wittenberger Verkehrspolizei neulich an dieser Stelle öffentlich angepranger wurde, müssen wir feststellen, daß alles beim alten geblieben ist. Vergangenen Sonnabend konnte man wiederum am Markt, an der Ecke der Elbstraße, die Beobachtung machen, daß der Verkehrsposten für alles andere, nur nicht für Radfahrer da ist. Denn sonst hätte es nicht vorkommen können, daß gerade neben dem Schupo wieder zwei Radfahrer zusammenprasselten. Es fehlte nur eine Kleinigkeit, dann lag der Beamte wieder mit im Dreck. Die Instruktionen scheinen sich noch nicht geändert zu haben. Um den Verkehr auch für Radfahrer zu regeln, dazu hat der brave Schupoposten heute noch keine Anweisungen! Viele Wittenberger Radfahrer würden mit Freuden den Schupo auch einmal für sich „müllern" sehen. Wenn die Wittenberger Verkehrspolizei das nicht kann, so soll sie lieber bleiben, wo der Pfeffer wächst; wo sie durch ihr einseitiges Handeln die Verkehrssicherheit gefährdet.

Neues aus aller Welt

Mord eines Reichswehrsoldaten in Weimar

In der Reichswehrkaserne hat sich eine Bluttat zugetragen, deren Ursache in maßloser Eifersucht zu suchen ist. Der Schütze Schierig kam vom Urlaub zurück, hörte, daß sein Kamerad Runge inzwischen mit seinem Mädchen angebandelt habe, suchte ihn nachts auf der Stube auf und stellte ihn in höchster Erregung zur Rede. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung. Runge ergriff, angeblich um sich zu wehren, zum Seitengewehr, und bei einer unglücklichen Wendung Schierigs durchbohrte er diesem den Unterleib. Der schwer verletzte Soldat starb bald darauf. Runge wurde der Staatsanwaltschaft Weimar zugeführt.

Selbstmord im religiösen Wahn

Erhängt aufgefunden wurde in Berlin heute abend der 28 Jahre alte Junglerer Rißmann. Er hatte sich seiner Kleider entledigt und war nur mit einem Lendenschurz bedeckt. Durch Schlingen mit Lauftnoten hatte er es fertig gebracht, die Arme ausgebreitet an eingeschlagene Nägel zu hängen. Zu seinen Füßen lag ein umgestürzter Holzklotz. Offenbar hat ihm eine Nachahmung einer Kreuzigung vorgeschwebt. Der Lehrer stammte, wie eine bieige Korrespondenz erfährt, aus einer streng gläubigen katholischen Familie, die ihn wegen einer Heirat mit einer protestantischen Frau Vorwürfe machte.

Der Dank des Vaterlandes

Gestern nachmittag wurde die Leiche des Arbeiters Karl Handke, Berlin, in seiner Wohnung von der Polizei aufgefunden. Handke hatte sich vor ungefähr drei Wochen selbst das Leben genommen, indem er sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Handke hatte in der letzten Zeit besonders heftig an den Folgen von Kriegsverletzungen gelitten. Als es ihm dann dadurch nicht mehr möglich wurde, Arbeit zu erhalten, machte er seinem Leben ein Ende. Freunde oder Verwandte hatte er nicht.

Ein „Pinkerton"-Spitzel als Mörder

Der 38jährige Werkschutzbeamte Karl Dahms wurde Montag vom Dessauer Schwurgericht wegen Totschlags und Totschlagsversuchs zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Dahms hatte am Abend des 13. März d. J. die geschiedene Frau Gertrud Schilling, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, die ihm aber wegen seiner Trunkenheit den Laufpaß geben wollte, in ihrer Wohnung in Dessau durch einen Revolverschuß getötet und den Bruder der Frau Schilling, der seiner Schwester zu Hilfe kommen wollte, durch einen Streifschuß schwer verletzt. Der Staatsanwalt hatte auf Mord plädiert und die Todesstrafe beantragt.

Ein Vermögen für den ersten deutschen Ozeanbezwinger

Ein 20 000-Dollar-Fonds für den ersten deutschen Ozeanflieger

Wie aus Breslau gemeldet wird, hat der Mitinhaber der Orchig Importing Corporation in Neuyork, Dünsburger, seinen Bruder, den Breslauer Geschäftsleiter der Gefa telegraphiert, daß auf seine Anregung in Neuyork die ersten tausend Dollar für einen Fonds von 20 000 Dollar für den ersten deutschen Flieger, der den Ozean mit einer deutschen Maschine überfliegt, gestiftet worden sind.

Auf den Spuren Nungessers und Colis?

Am 12. Juni nahm ein Forstbeamter gegen 8 Uhr abends am Seguenay-Fluß im Norden der Provinz Quebec jede drei Minuten geheimnisvolle Signale wahr, die durch Raketen gegeben wurden. Man nimmt an, daß sie vielleicht von Nungesser und Coli ausgingen. Die Raketen wurden von vier Personen in einer gebirgigen Gegend wahrgenommen, wo sich kaum jemand anders aufhalten kann. Da die Raketen moderner Art waren, so hält man es für möglich, daß Nungesser und Coli sich nach ihrer Notlandung in die abgelegenen Waldgegenden verirrt haben. Die Regierung von Quebec hat dem gesamten Forstpersonal telegraphisch Weisung erteilt, aufs schärfste aufzupassen.

Absturz eines Militärflugzeuges in der Tschechoslowakei

Bei Prahle, im Neutraer Gebiet, stürzte heute vormittag ein Militärflugzeug aus Neutra mit zwei Insassen ab. Beide Flieger kamen ums Leben.

Sipo verschwunden!

Möst. Am Sonnabendabend kehrten hier zwei Sipobeamte ein. Während der eine ein Glas Bier trank, verschwand der andere und ward nicht wieder gesehen. Am Sonntag forschte ein Kommando von sechs Mann nach dem Verschwundenen in der hiesigen Gegend, ohne eine Spur von dem Verschwundenen zu entdecken. Heute ist wieder ein größeres Kommando auf die Suche nach dem Verschwundenen geschickt worden.

Im Streit erschlagen

In Ochtmannsbruch bei Harburg gerieten junge Burschen während einer Kneiperei in Streit, der zu einer wüsten Schlägerei ausartete. Der Hauslohn Heitmann wurde mit einem Knüppel derartig über den Kopf geschlagen, daß er einen Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er nach kurzer Zeit gestorben ist. Als Täter wurde ein Dienstknecht aus Wüstenhofen festgenommen.

Diener schlägt Breitensträter

Aus Hamburg meldet der Draht: Die Begegnung Breitensträter-Diener, der Hauptkampf der gestrigen Berufsboxerveranstaltungen, endete mit dem klaren Punktsiege Dieners über Breitensträter. Der Kampf ging über zehn Runden.

Vom Blitz getroffen. Im Dorfe Kulin in Pommern wusch ein Tagelöhnermädchen am Abend während eines Gewitters ihr Haar und kämmte das noch nasse Haar unmittelbar unter der elektrischen Lampe. Der Blitz, der irgendwo in den Leitungsmast der Starkstromleitung gefahren war, sprang aus der Lampe auf das Mädchen über und tötete es auf der Stelle.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich an dem Bahnübergang unweit der Station Nordgermersleben. Ein mit Mauersteinen beladener Wagen hatte die geöffnete Schranke passiert, als diese plötzlich zu schnell geschlossen wurde. Der Wagen wurde von dem inzwischen herankommenden Zuge erfaßt und vollständig zertrümmert. Wiederum ein Wunder kamen Pferde und Kutscher ohne Verletzungen davon.

Cöthen. Schwer verunglückt ist auf dem Bauplatz des Cöthener Stadions der Oberbahningenieur a. D. Heike. Er leitet dort die Erdbewegungsarbeiten, benutzte dabei einen Lorenzug zum Mitfahren und kam zwischen die zusammenstoßenden Wagen. Er erlitt schwere Quetschungen, auch die Kopfhaut wurde ihm heruntergerissen, so daß er im bedenklichen Zustande ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

13] Jaroslav Hašek

(Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner)

Die Gäste im Ausschank schwiegen hartnäckig, als gehe hier der Geist des Palivec um und mahne sie zu noch größerer Vorsicht.

„Vorsicht ist die Mutter der Weisheit", sagte Schwejk, während er sich an den Tisch zu einem Glas Bier setzte, in dessen Schaum sich kleine Oeffnungen befanden, die durch die herabtropfenden Tränen der Frau Palivec entstanden waren, als sie Schwejk das Bier auf den Tisch getragen hatte. „heutzutage sind die Zeiten so, daß sie einen zur Vorsicht zwingen."

„Gestern hamt zwei Begräbnisse gehabt", lenkte der Küster von der Apollinarkirche das Gespräch auf ein anderes Geleise.

„Da is wohl jemand gestorben", sagte ein anderer Gast, worauf ein dritter hinzufügte:

„Warens Begräbnisse mit Katafalk?"

„Ich möcht gern wissen", sagte Schwejk, „wie jetzt im Krieg die Militärbegräbnisse sein wern."

Die Gäste erhoben sich, zahlten und gingen schweigend davon. Schwejk blieb allein mit Frau Palivec.

„Das hab ich mir nicht gedacht", sagte er, „daß sie einen unschuldigen Menschen zu zehn Jahren verurteilen wern. Daß sie einen unschuldigen Menschen zu fünf Jahren verurteilt ham, das hab ich schon gehört, aber zu zehn, das is bissel viel.

„Wenn mein Alter gestanden hat!" meinte die Palivec. „Wie er das hier von den Fliegen gesagt hat und von dem Bild, so hat ers auch auf der Direktion und bei Gericht wiederholt. Ich war bei der Hauptverhandlung als Zeugin, aber was hab ich bezeugen können, wenn sie mir gesagt ham, daß ich in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zu meinem Mann steh und daß ich mich der Zeugenschaft entschlagen kann. Ich hab mich so erschreckt über dieses verwandtschaftliche Verhältnis, damit draus vielleicht nicht was wird, so hab ich mich der Zeugenschaft entschlagen und der arme Kerl hat mich so angeschaut, mein Leben lang wer ich seine Augen nicht vergessen. Und dann, nach dem Urteil, wie man ihn abgeführt hat, hat er Ihnen dort auf dem Gang geschrien, so blöd war er davon: Es lebe der freie Gedanke!"

„Und Herr Bretschneider geht nicht mehr her?" fragte Schwejk.

„Er war paarmal hier", erwiderte die Frau Wirtin, „hat ein oder zwei Biere getrunken, hat mich gefragt, wer her geht und hat zugehört, wie die Gäste sich vom Fußball erzählen. Immer, wenn sie ihn sehn, erzählen Sie sich vom Fußball. Und mit ihm hat's gequält, als ob er jede Weile hätt toben und sich winden wolln. Während dieser ganzen Zeit is ihm nur ein einziger Tapezierer aus der Quergasse aufn Leim gegangen.

„Es is Uebungssache", bemerkte Schwejk, „war der Tapezierer ein dummer Mensch?"

„Ungeheir wie mein Mann", antwortete sie unter Tränen, „er hat ihn gefragt, ob er auf die Serben schießen möcht. Und da hat er ihm gesagt, daß er nicht schießen kann, daß er einmal bei einer Schießbude war und dort die Krone durchschossen hat. Dann hamr alle gehört, daß Herr Bretschneider gesagt hat, wie er sein Notizbuch herausgezogen hat: Da schau her, wieder ein hübscher Hochverrat! und dann is er mit dem Tapezierer aus der Quergasse fortgegangen und der is nicht mehr zurückgekommen."

„Ja, ja, es wern ihrer viele nicht mehr zurückkommen", sagte Schwejk, „geben Sie mir einen Rum."

Schwejk ließ sich gerade zum zweitenmal Rum einschenken, als der Zivilpolizist Bretschneider den Ausschank betrat. Er warf einen haltigen Blick in den Ausschank und in das leere Lokal, setzte sich zu Schwejk, bestellte ein Bier und wartete, was Schwejk sagen würde.

Schwejk nahm irgendeine Zeitung vom Ständer und bemerkte, während er die rückwärtige Inseratenseite betrachtete:

„No also, dieser Tschimpera in Strasschow Nr. 5, Post Ratschinewes, verkauft seine Wirtschaft mit 13 Strich eigenen Feldern, Schule und Bahn im Ort."

Bretschneider trommelte nervös mit den Fingern, drehte sich zu Schwejk um und sagte:

„Das wundert mich aber, warum Sie diese Wirtschaft interessiert, Herr Schwejk."

„Ach, das sind Sie", sagte Schwejk, indem er ihm die Hand reichte, „ich hab Sie nicht gleich erkannt, ich hab ein sehr schlechtes Gedächtnis. Zum letztenmal homr uns, wenn ich mich nicht irr, in der Aufnahmskanzlei der Polizeidirektion gesehn. Was machen Sie denn seit der Zeit, gehn Sie oft her?"

„Ich bin heut Ihretwegen gekommen", sagte Bretschneider, „mir wurde auf der Polizeidirektion mitgeteilt, daß Sie Hunde verkaufen. Ich möcht einen hübschen Rattler oder Spitz brauchen, oder etwas Aehnliches."

„Das kann ich Ihnen alles verschaffen", antwortete Schwejk, „wünschen Sie ein reinrassiges Tier oder so einen Straßentöter?"

„Ich glaube", entgegnete Bretschneider, „daß ich mich für ein reinrassiges Tier entscheiden werde."

„Und wie wärs mit einem Polizeihund?" fragte Schwejk, „so einen, was gleich alles herausschnüffelt und auf die Spur des Verbrechens führt? Ein Fleischer in Mrschowitz hat einen und er zieht ihm das Wagerl. Dieser Hund hat, wie man sagt, seinen Beruf verfehlt."

„Ich möcht einen Spitz", sagte Bretschneider mit maßvoller Ruhe, einen Spitz, der nicht beißt."

„Wünschen Sie also einen zahnlosen Spitz?" fragte Schwejk, „ich weiß von einem. Ein Wirt in Dejvitz hat ihn."

„Also lieber einen Rattler", ließ sich Bretschneider verlegen vernehmen, dessen kynologische Kenntnisse sich erst im Anfangsstadium befanden und der, wenn er diesen Befehl von der Polizeidirektion nicht erhalten hätte, nie etwas über Hunde erfahren hätte.

Aber der Befehl lautete deutlich, klar und hart. Er sollte sich mit Schwejk auf Grund seines Hundegeschäftes näher bekannt machen, zu welchem Zweck er das Recht besaß, sich Gehilfen auszusuchen und über Beträge zum Ankauf von Hunden zu disponieren.

„Rattler gibts größere und kleinere", sagte Schwejk, „ich weiß von zwei kleinern und drei größern. Alle fünf kann man aufn Schoß nehmen. Ich kann Ihnen sie aufs wärmste empfehlen."

„Das möcht mir passen", erklärte Bretschneider, „und was möcht einer kosten?"

„Das kommt auf die Größe an", antwortete Schwejk, „das hängt von der Größe ab. Ein Rattler ist kein Kalb, bei Rattlern is es grad umgekehrt, je kleiner, desto teurer."

„Ich reflektiere auf einen größern, der hüten möchte", entgegnete Bretschneider, der die Befürchtung hegte, daß er den Geheimfonds der Staatspolizei zu sehr belasten könnte.

„Gut", sagte Schwejk, „größere kann ich Ihnen zu fünfzig Kronen verkaufen und noch größere zu fünfunddreißig, aber dabei hemr auf was vergessen. Solln es junge Hunde sein oder ältere, und dann Hunde oder Hündinnen?"

„Das is mir egal", antwortete Bretschneider, der hier unbekannten Problemen gegenüber stand, „verschaffen Sie mir sie, und ich komm mir morgen um sieben Uhr abend um sie zu Ihnen. Abgemacht?"

„Abgemacht, kommen Sie", antwortete Schwejk trocken, „aber in diesem Fall bin ich gezwungen, Sie um eine Anzahlung von dreißig Kronen zu bitten."

„Ohne weiters", sagte Bretschneider, das Geld auszahlend, „und jetzt lassen wir uns jeder ein Viertel Wein auf mein Konto geben."

Als sie jeder das vierte Viertel getrunken hatten, verkündete Bretschneider, indem er Schwejk aufforderte, sich nicht vor ihm zu fürchten, er sei heute nicht im Dienst und man könne mit ihm heute über Politik sprechen. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0007

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Kinderausbeutung!

Immer wieder muß es gesagt werden, daß der heutige gesetzliche Kinderschutz absolut unzulänglich ist. Besonders für die Landwirtschaft fehlen heute noch jegliche Schutzvorschriften. Unsere Agrarier, die Herren für „teutsche Art", für „christliche Zucht und Sitte" sorgen zwar selber für Kinderschutz — indem sie ihren eigenen Söhnen und Töchtern jeden „Schutz" gewähren. Im übrigen aber sind sie unbedenklich jederzeit bereit, fremde Kinder auszubeuten. Durch die schlechte Lebenslage der Arbeiterschaft werden viele Arbeitereltern gezwungen, jede Verdienstmöglichkeit zu benutzen, um den schmalen Geldbeutel etwas zu füllen. Diese Notlage benutzend, greifen die Herren von Aar und Halm mit beiden Händen zu, wenn sie billige Arbeitskräfte erhalten können. So lesen wir im „Liebenwerdaer Kreisblatt" folgende Notiz:

„Allmorgendlich kann man jetzt beobachten, daß eine Anzahl größerer Schulkinder, Jungens und Mädels, dem Marktplatz zustreben, wo sie in der Nähe des Rathauses von einem Lastauto mit Anhänger des Ritterguts Güldenstern in Mühlberg aufgenommen werden. Auf den Aeckern des Ritterguts werden sie gegen einen Tagelohn von 1,20 Mark und Mittag- und Abendessen mit Rübenziehen beschäftigt."

Es ist einfach ein Skandal, daß diesen Ausbeutern in der Frage der Kinderausbeutung heute — im neunten Jahre dieser — hm — Republik — noch freie Hand gelassen wird. Allerdings sind wir uns klar, und wir als Kommunisten haben die Aufgabe, auch die Landarbeiter darüber aufzuklären, daß nur der Sturz dieser famosen „Gesellschaftsordnung" diesen „christlichen" Kinderfreunden das Handwerk legen wird. Dann werden sie nicht mehr das Bibelwort zu ihrem Nutzen auslegen können, daß da lautet: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht." Wir werden es ihnen dann gründlich verwehren!

Gründung eines Kreismilchausschusses

Auf Veranlassung des Provinzialausschusses in Magedburg fand am Sonnabend im Hotel „Zum Schwan" in Delitzsch, eine Sitzung statt. Nach der Begrüßung durch Landrat a. D. Raute hielt Oberregierungsrat a. D. Bayer aus Magdeburg einen eingehenden Vortrag, über die Ziele der Milchpropaganda. Er erklärte, es sei nötig, auch in Delitzsch einen Ortsmilchausschuß zu wählen. Denn der Verbrauch der Milch habe nach dem Weltkriege sehr stark nachgelassen, was wohl auch auf die schlechte Beschaffenheit derselben zurückzuführen sei. Wir haben in Deutschland zirka 10 Millionen Milchkühe und 60 Millionen Einwohner; eine Kuh gibt an einem Tage zirka 6 Liter Milch, mithin kommt auf jeden Deutschen 1 Liter Milch bzw. Milcherzeugnisse. Gerade die Milch ist nachgewiesenermaßen nicht nur die Königin aller Nahrungsmittel für Kinder und Kranke, sondern auch für Erwachsene. Es kann deshalb nicht bestritten werden, daß wir unsere Ernährungswirtschaft ganz erheblich verbessern, wenn wir der Milch und den Milcherzeugnissen mehr als bisher den ihnen infolge ihrer hervorragenden Nährwerteigenschaften gebührenden Platz auf dem Küchenzettel einräumen. Die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit würde sich in aufsteigender Linie bewegen, wenn es gelänge, die breiten Volksmassen zum gesteigerten Milchgenuß hinzuführen.

Sehr gut gebrüllt, Löwe! Nur eine Kleinigkeit wurde bei dem ganzen Sermon vergessen. Nämlich die, daß gerade der Arbeiterbevölkerung — auf die es in Anbetracht des ungeheuer schlechten Gesundheitszustandes gerade der Arbeiterkinder hauptsächlich ankommt — die nötigen Mittel fehlen, um den „gesteigerten Milchgenuß" zu ermöglichen. Solange in dieser Hinsicht nichts unternommen wird, werden die Arbeiten des Kreismilchausschusses sehr platonischer Natur sein und nur den Charakter einer Reklameveranstaltung für die Molkereien und Milchinteressenten tragen.

Gleßen. „Ehrung" durch den Reichspräsidenten. Eine besondere „Ehrung" wurde dem Gärtner August Maylahn zuteil. 40 Jahre steht er in Diensten des Rittergutes. Diese „Treue" ist durch ein Schreiben des Reichspräsidenten an Maylahn anerkannt worden. — Eine billige Sache, ein Fetzen Papier für 40 Jahre Sklaverei und Ausbeutung.

Torgau. Die Stadtverordneten treten am Donnerstagabend, 7 Uhr, zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Ankauf des Brückenkopfgeländes, Krankenhauserweiterungsbau und Einführung der Biersteuer. — Einbruchsversuch. Bei einem Einbruchsversuch, den zwei Männer in den „Kaffeegarten" unternahmen, wurde der Wirt am Sonnabend, nachts, durch einen Messerstich leicht verletzt. Die Täter sind entkommen.

Eilenburg. Ueberall Wohnungsnot! Die Wohnungszählung ergab nach dem Stande vom 16. Mai d. Js.: 1321 Grundstücke, 5045 selbständige Wohnungen und 5316 selbständige Haushaltungen. Ausgefüllte Fragebogen wurden von 355 Wohnungsuchenden abgegeben, von denen in den Listen des Wohnungsamts 279 eingetragen sind. Von den tatsächlich in den Listen geführten 357 Wohnungsuchenden haben 72 die Ausfüllung der Fragebogen unterlassen. 76 haben sich gemeldet, die nicht in den Listen geführt werden. Die Dringlichkeitsliste weist 164 Namen auf. Aus den oben angeführten Zahlen kann der tatsächliche Bedarf an Wohnungen nicht ersehen werden. Es braucht nur auf die behelfsmäßigen Barackenwohnungen hingewiesen zu werden, die zurzeit 45 Familien Obdach gewähren. Unwesentlich würde sich die Zahl der Wohnungsuchenden erhöhen durch die Bewohner von ungesunden und baufälligen Wohnungen und Notwohnungen. **Um die Wohnungsnot in Eilenburg restlos zu beseitigen, wäre die Schaffung von 400 Wohnungen notwendig.** Bei der heutigen Finanzlage der Gemeinden und der Einstellung der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament werden die Wohnungsuchenden wohl noch jahrelang auf die Erfüllung ihrer Wünsche warten können. Dazu kommt natürlich, daß der Wucher mit Baustoffen die Herstellung neuer Wohnungen derartig verteuert, daß die minderbemittelte Bevölkerung sich heute Neubauwohnungen überhaupt nicht mehr leisten kann, so daß vielfach solche dann monatelang leerstehen oder überhaupt nicht vermietet werden können. Das Ganze nennt man dann bürgerliche Gesellschafts„ordnung"!

Belgern. Schlechte Heuernte. — Winke für den Landwirt. Die heißen Tage im Anfang Juni hatten die Landleute veranlaßt, mit dem ersten Schnitt der Heuernte zu beginnen. Auch mit Klee und Luzerne muß angefangen werden, da diese Futtermittel den größten Futterwert zur Blütezeit haben. Da aber nach wenigen Tagen wieder ganz schlechtes Wetter eintrat, mußte die Arbeit wieder liegen bleiben. Es heißt wohl: „Ernte Gras, Klee und Luzerne in der Blütezeit, so erntest du es mit dem größten Futterwert!" Ein späteres Einbringen ergibt wohl eine größere Ernte, aber sie ist von schlechterer Qualität. Dies ist ganz gut zu sehen in den Schluchten, wo das Gras schon am Boden liegt und fault. Dort liegt nun ein Teil und kann nicht zu Hause gebracht werden, da es alle Tage regnet. Am schwersten sind natürlich die kleinen Leute betroffen, die nur Pachtwiesen haben, die hohe Pacht bezahlen müssen und doch kein Qualitäts-Heu ernten können. — Auch sei noch bemerkt, daß bei heißen Tagen die Ställe gut gelüftet werden müssen. Auch bespritze man dieselben mit kaltem Wasser. Auch den Schweinen muß Gelegenheit gegeben werden zur Bewegung im Freien, damit sie keine Knochenweiche erhalten und der Rotlauf nicht so schnell ausbrechen kann. Die Fliegenplage sei auch noch zu erwähnen. Dagegen ist gutes Ausweißen mit Kalkmilch anzuwenden. Bei guter Durchführung wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Annaburg. Flugzeuge gegen Forstschaden. In nächster Zeit werden in großen, durch Raupenfraß gefährdeten Waldflächen der Oberförstereien Thiergarten und Rosenfeld bei Annaburg die Forstschädlinge durch Ausstreuen von Kalziumarsenik von Flugzeugen aus bekämpft.

[illegible]werda. Schadenfeuer. Im benachbarten Dorf Moeglenz brannte in der Nacht vom Montag zum Dienstag das Anwesen eines Landwirts bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Liebenwerda. Bodenlos leichtfertig gehen einige hiesige Lehrer mit der Gesundheit von Arbeiterkindern um. In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß zur Vorbereitung kirchlicher Veranstaltungen 12- und 13jährige Volksschüler benutzt wurden. Sie mußten ein mehrere Zentner schweres Harmonium über Treppenstufen hinweg, ohne Hilfsmittel, hin und her transportieren. Abgesehen davon, daß sich die Kinder hierbei schwere körperliche Schäden zuziehen können, sind beim Umschlagen solcher schweren Gegenstände selbst tödliche Unfälle nicht ausgeschlossen. Dem Oberhirten der hiesigen Kirche, dem Superintendenten Eiselm, dürfte die mißbräuchliche Benutzung der betreffenden Knaben nicht unbekannt sein. Sollte sich dieser leichtsinnige Unfug wiederholen, werden wir die verantwortlichen Lehrer an dieser Stelle namentlich aufzeichnen.

Liebenwerda. Vielerlei Bedingungen stellt die hiesige Vorsitzende des Bundes der „bunten Lieschen" an ihre Mieter. Für die Gnade, in dem Hause wohnen zu dürfen, soll außer der Mietszahlung die Straßenreinigung, Aschenabfuhr usw., übernommen werden. Die Kinder der Mieter sollen nicht im Hof, sondern auf der Straße spielen, wo diese jeden Augenblick von Autos überfahren werden können. Die Dame des Hauses ist angeblich s-o-o-o-o nervös. Die gleichen Bedingungen erhielt sogar ein Stahlhelmbruder diktiert, welcher aber dankend verzichtete. Schöne Brüderlichkeit, wo doch Lieschenbund und Stahlhelm so nahe verwandt sind. Wir sind der Ansicht, daß die Mieter sich derartige Hauspaschas hoffentlich gut vormerken werden.

Cröbeln (Kreis Liebenwerda). Ein „moderner" Pastor. Der hiesige Pastor bietet ein krasses Beispiel der arbeitenden Bevölkerung dafür, daß das Volk auf Kosten dringender sozialer Notwendigkeiten, unter hohen Aufwendungen einen völlig entbehrlichen Stand erhalten muß. Die Gemeindemitglieder waren früher von einem Pastor etwas anderes gewöhnt. Aber das herausfordernde Wesen dieses Herrn bringt selbst gleichgültige Einwohner zum Nachdenken. Die viele überflüssige Zeit vertrieb er sich anfangs mit einem Zweisitzer-Auto, an dessen Stelle jetzt ein Viersitzer gekommen ist. Die hohen Gehälter dieser Kaste reichen nicht allein zu einem üppigen Leben aus, sondern erlauben auch Luxusausgaben kostspieligster Art. Ein deutliches Zeichen, wo an Staatsausgaben gespart werden könnte. Bei Gründung der Stahlhelmgruppe in unserem Dorfe wurde er dessen Vorsitzender. Durch die ihm eigene abstoßende Art arbeitet er, natürlich ohne seinen Willen, in der gleichen Richtung wie unsere Genossen, nämlich für unsere Bewegung. In seinem Geschäft, der Kirche, hat er es bald dahin gebracht, daß außer den zwangsweise anwesenden schulpflichtigen Kindern ungefähr so viel Zuhörer anwesend sind, wie in seinem Auto Platz finden können. Eine Versammlung zwecks Austritts aus der Landeskirche dürfte hier eine reiche Ernte finden, zumal die Kirchensteuer durch Pfändung bei Proleten eingetrieben worden ist.

Schweinitz. Die Not der Hochwassergeschädigten. Der Wasserstand der Elster hatte in den Tagen vor Pfingsten seinen größten Rückgang seit beinahe einem Jahr erreicht. In den Pfingsttagen ist das Wasser an einem Tage um ein Viertelmeter gestiegen und steigt noch täglich weiter. Die Wiesen sind seit fast einem Jahr nicht aus dem Wasser herausgekommen und versumpfen immer mehr. Der Wasserschaden an den Gebäuden macht sich immer mehr bemerkbar und verschiedene Gebäude drohen einzustürzen. Es ist auch durchaus nicht zu verwundern, denn in 14 Tagen wird es ein Jahr, daß die Grundmauern nicht mehr aus dem Wasser herausgekommen sind. Es ist demnach auch leicht erklärlich, daß das forwährend aufgeweichte Land die Lasten der Gebäude auf die Dauer nicht tragen kann und dadurch Senkungen und schließlich darauffolgende Einstürze nicht zu vermeiden sind. Es wird höchste Zeit, daß endlich die Regierung ernsthafte Maßnamen ergreift, um hier helfend einzugreifen. Die Kleinbauern besonders müssen sich in Komitees zusammenschließen und den Druck auf die maßgebenden Stellen verstärken. Die Kommunisten in den Kreistagen und Provinzparlamenten werden jedenfalls alles tun, um die Notlage der Betroffenen zu lindern.

Rundfunkprogramm

Freitag, den 17. Juni 1927

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto). 12 Uhr: Mittagsmusik auf einem Sprech- und Schallplattenapparat. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15 bis 15.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Einheitskurzschrift für Fortgeschrittene. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters. 18.05 bis 18.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Englisch für Fortgeschrittene. 19 bis 19.30 Uhr: „Das organische Leben." 19.30 bis 20 Uhr: „Ein Tag in Paris." (Von morgens bis mitternachts.) 20 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und geschäftliche Mitteilungen. 20.15 Uhr: Gedanken und Stimmungen. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Sonnabend, den 18. Juni 1927

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto). 12 Uhr: Mittagskonzert des Dresdener Streichquartetts. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 14.50 bis 15.40 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 14.50 Uhr: Französisch für Anfänger. 15.15 Uhr: Französisch für Fortgeschrittene. Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 18 bis 18.15 Uhr: Funkbastelstunde. 19 bis 19.30 Uhr: „Betrachtungen über die Kraft unserer Sprengstoffe und anderer Energiequellen." 19.30 bis 20 Uhr: „Die Organisation der praktischen volkskundlichen Arbeit." 20 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und geschäftliche Mitteilungen. 20.15 Uhr: Musikalisches Rätselraten. Am Rätselraten können sich nur Rundfunkabonnenten unseres Bezirks beteiligen. Die Lösungen müssen den Komponisten und den Titel der gespielten bzw. gesungenen Stücke angeben und bis spätestens Mittwoch, 22. Juni, bei der Mitteldeutschen Rundfunk-A.-G. in Leipzig, Markt 4, eingegangen sein. Jeder Lösung ist die letzte Montagsquittung beizufügen. Es stehen 10 Preise zur Verfügung, darunter drei Hauptpreise, und zwar: 1. Preis: 1 Reisekoffer mit Necessaire-Einrichtung, 2. Preis: 1 Voigtländer-Kamera, 6×9, 3. Preis: 1 Laute. Weitere Preise sind: 1 Kunstporzellan vom Leipziger Bildhauer Wilhelm Andreas, Originalradierungen mit Rahmen, Musikalien und Bücher. Ueberdies sind 10 Trostpreise vorgesehen, und zwar: Je ein Jahresabonnement für unsere Programmzeitschrift „Die Mirag". Die Preisverteilung erfolgt je nach Richtigkeit der eingehenden Lösungen, nötigenfalls entscheidet das Los. Das Resultat des Preisratens und die Namen der Preisträger werden baldmöglichst in der illustrierten Rundfunkzeitung „Die Mirag" veröffentlicht und durch den Sender bekanntgegeben werden. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 bis 24 Uhr: Funkbrettl. Lustiges Wochenende.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschlad: Etwas kühler, wolkig, ohne erhebliche Niederschläge. Mäßige Nordostwinde.

Für das übrige Deutschland: In Nordwestdeutschland Aufheiterung, im Osten und Süden zahlreiche Regenfällte oder Gewitter.

Verantwortlich: Kurt Kühn, Merseburg, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

Werbt für den „Klassenkampf"!

Ein Prachtkind! Ja, [illegible] KUFEKE und frische Milch trinkt.

Nr. 135.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Sennewitz. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Adler" öffentliche Versammlung. Thema: Die imperialistische Kriegsgefahr. Referent: Gen. Sachs.
Dieskau. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, b. Zieger Ortsgruppenversammlung.
Halle. Alle Parteigenossen nehmen am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" an der Werbekundgebung des KJVD. teil. (Siehe Lokalteil.)
Halle. Stadtteil Süden. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Mitgliederversammlung der Zellengruppe 1.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Fraktionssitzung des RFMB.
Zeitz. Freitag, 17. Juni, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Sitzung aller Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte.
Naumburg. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn" gemeinsame Versammlung des RFB. und KPD.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Neumark. Freitag, den 17. Juni, in Schumanns Gasthof gemeinsame Versammlung der KPD. und des RFB. Referent: UB. zur Stelle. Erscheinen ist Pflicht!
Querfurt. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung. Referent der UBL.
Altranstädt. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Bobin öffentliche Versammlung. Referent: Gen. Lehnert.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Freitag, den 17. Juni, Kartellfraktionssitzungen in allen Kartellvororten. Thema: Arbeiterplan der BL. Gewerksch.-Abt. siehe „Bolschewistischen Kurs".

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB. Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.
Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends. Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14 871, Fritz Brückner, Halle.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Alle Abteilungsführungen haben sofort das Werbematerial im Gaubureau abzuholen.
Halle. Freitag, den 17. Juni, nehmen alle Kameraden an der Werbekundgebung der KPD. abends 8 Uhr im „Volkspark" teil. (Siehe Lokalteil.)
Halle. Freitag, 17. Juni, beteiligen sich alle Kameraden an der Werbekundgebung der KPD. abends 8 Uhr im „Volkspark". (Siehe Lokalteil.)
Halle, 3 (Westen). Spielleute Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, Appell mit sämtlichen Instrumenten und Lederzeug bei Bendlin, Böllberger Weg. Ueben fällt aus.
Halle. Abteilung 3 (Westen). Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, b. Bendlin Abteilungsversammlung. Erscheinen ist Pflicht.
Ammendorf. Freitag, 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung.

Jungfront

Halle. Jungfront-Abteilungsleiter. Am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, Werbeabend des KJVD. im großen „Volkspark"-Saal. Sorgt für einen guten Vertrieb der Programme. Abrechnung derselben Freitag abend ½8 Uhr im „Volkspark" an der Kasse.
Halle. Abteilung 5 (Zentrum). Donnerstag, 16. Juni, in der „Kette" Abteilungsversammlung. Erscheinen ist Pflicht.
Halle. Abteilung 4, Norden. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung. Jeder Kamerad hat unbedingt zu erscheinen. Funktionäre eine halbe Stunde früher.
Brehna. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung" Pflichtversammlung der Roten Jungfront.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Mitgliederversammlung. Funktionäre ½8 Uhr.
Zörbig. Spielleute vom Untergau Bitterfeld Uebungsstelle Zörbig Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr.
Roitzsch. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschänke wichtige Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, den 16. Juni, abends ½8 Uhr, im „Lindenhof" Antreten zum Ueben.
Delitzsch. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Vorstands- und Gruppenführersitzung.
Delitzsch. Freitag, 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversamml.

Untergau Merseburg

Merseburg. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Vorstandssitzung. Alle Zug- und Gruppenführer müssen anwesend sein.
Dürrenberg. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Mennicken wichtige Mitgliederversammlung. Alle Kameraden haben zu erscheinen. Gleichzeitig ihre Frauen bzw. Genossinnen mitbringen zwecks Gründung des RFMB. Referentin ist anwesend.
Merseburg. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Vollversammlung. Vortrag über die neuesten Zwischenfälle am politischen Horizont.
Dürrenberg. Freitag, den 17. Juni, bei Mennicke Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Mücheln. Freitag, 17. Juni, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus Mitgliederversamml.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Eisleben. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, große Funktionärsitzung im „Volkshaus". Alle Zug- und Gruppenführer haben zu erscheinen.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Torgau. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke" Mitgliederversammlung. Referent: Müller.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Donnerstag abend 8 Uhr im großen Saale des „Volkspark" Generalprobe zum Werbeabend. Alle Mitwirkenden müssen unbedingt erscheinen.
Halle. Freitag abend 8 Uhr im „Volkspark", großer Saal, Werbeabend. Eintritt 50 Pf., Jugendliche u. Erwerbslose 25 Pf. Bringt Eure Freunde u. Bekannte mit. Alle Gruppenleitungsmitglieder treffen sich um 7 Uhr im großen „Volkspark"-Saal.
Halle, Gruppe Norden. Donnerstag Gruppenabend. Thema: Wie sieht es in unserem Verbande aus? Ref.: R. Krech.
Halle. Gruppenleitungsmitglieder, Jungfront-Abteilungsführer Sonnabend abend ½8 Uhr im Bureau wichtige Sitzung zur Sonnenwendfeier.
Halle. Sonntag Tagesfahrt nach Rattmannsdorf. Treffpunkt 7 Uhr Hallmarkt. Bei Regenwetter fällt die Fahrt aus.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Jugendheim Gruppenabend.

Unterbezirk Delitzsch

Gleßen. Freitag, den 17. Juni, im Freien Vortrag.

Unterbezirk Bitterfeld

Brehna. Donnerstag, 16. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Erholung" Beteiligung an der Jungfront-Versammlung. Alle Genossen müssen sich beteiligen.

Unterbezirk Mansfeld

Genossen, rüstet zur Sonnenwendfeier in Ermsleben. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen.
Hettstedt. Freitag, den 17. Juni, im Lokal „Zur Erholung" Gruppenabend.
Ermsleben. Sonntag, den 19. Juni, Arbeitsgebietskonferenz. Letzte Vorbereitungen zur Sonnenwende.
Eisleben. Sonnabend, den 18. Juni, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Alle Gruppenleiter müssen sich am Sonntag, dem 19. Juni, vormittags 9½ Uhr pünktlich im „Volkspark" zur Bezirkskonferenz einfinden. Die UB.-Leiter und BL.-Mitglieder treffen sich schon um 8 Uhr daselbst. BL.
Halle. Donnerstag abend 6 Uhr in der Produktiv Musikübungsstunde. Alle Genossen, welche ein Instrument besitzen, sind willkommen. versammlung. Alle Pioniere müssen erscheinen.
Ammendorf. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Eiche" Mitgliederversammlung.
Zeitz. Der für Donnerstag angesetzte Gruppenabend fällt aus.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Adresse der Gauleitung des RFMB. Halle-Merseburg: Aenne Schumann, Halle a. S., Sternstraße 1 pt., bei Lichtenstein.
Bureauzeit der Gauleitung ist wie folgt: Von Montag bis Freitag nachmittags von 3 bis 6 Uhr und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr.
Eilenburg. Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 16. Juni, abends 8 Uhr, in der „Rose". Erscheinen aller Genossinnen ist Pflicht.
Teuchern. Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 16. Juni, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Referentin: Gen. Schumann, Halle.
Dürrenberg. Gründungsversammlung einer Ortsgruppe des RFMB. am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Mennicke. Referentin: Gen. Schumann, Halle. An alle Arbeiterfrauen ergeht der Ruf, zu dieser Gründungsversammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0008

Stadt Halle

Die furchtsame Tante aus Halle

Tz. Es ist keine Seltenheit, daß alte Tanten kindisch und damit auch meist sehr furchtsam sind. Die nationale „alte Tante" von der Leipziger Straße, das Blatt aller vorsintflutlich Denkenden, macht von dieser Regel auch keine Ausnahme. Sie hat Furcht, möchte dies verbergen, kann es aber nicht.

Diesmal ist es wieder die „böse, blutrünstige Tscheka", vor der die alte Dame erzittert. Etwa in der Art, wie wenn ein zum Tode Verurteilter seinen Henker mit den Worten einzuschüchtern versuchte: „Wenn Du mich den Kopf abschlägst, kommst Du nicht in den Himmel", so glaubt die nationale Tante die Politik der Sowjetregierung beeinflussen zu können. Sie glaubt in der Hinrichtung der 20 Spione und Attentatsvorbereiter als Antwort der russischen Regierung auf die Ermordung des russischen Botschafters W o j k o w ein Zeichen der Schwäche der „nervösen" Sowjetregierung zu erkennen. Und dann geben die durchgeplumpsten Akademiker dieser Zeitung der Sowjetregierung allerlei „gut gemeinte Ratschläge", wie man es machen muß, um sozialistische Aufbauarbeit erfolgreich zu leisten.

Das ist von dieser Seite aus zwar lächerlich und dumm, aber schließlich kann man von einer alten Tante nur selten mehr verlangen. Die „Hallesche Zeitung" meint ganz naiv, daß die von den Bolschewisten „beschönigte Tscheka" in den acht oder neun Jahren ihrer grauenhaften Wirksamkeit nicht allzuviel geleistet hat, wenn heute noch die Machthaber den Sowjetstaat für bedroht halten". — Wahrhaftig, in keiner Stirn kann die Dummheit enger konzentriert werden, als es hier erkenntlich wird. Jeder vernünftige Mensch, der auch nur etwas über sein Denkvermögen verfügen kann, wird zugeben müssen, daß die Sowjetregierung des arbeitenden Rußlands immer und solange bedroht sein wird, wie die kapitalistisch-imperialistischen Mächte die weltpolitische Uebermacht haben, und solange dies der Fall ist, müssen die führenden Männer einer A r b e i t e r - R e p u b l i k ein ganz besonderes Augenmerk auf die dem bolschewistischen Regierungssystem feindlichen Staaten legen und sich gegen Angriffe von dieser Seite mit gleichen Waffen zur Wehr setzen.

*

Bekanntlich übt gegenwärtig bei den Etatsberatungen im hiesigen Stadtparlament die Bürgerblockmehrheit wieder einmal einen rücksichtslosen Terror gegenüber den kommunistischen Stadtverordneten aus. Die nationale Tante nennt das in ihrem gestrigen Stadtverordnetenbericht selbst in der Ueberschrift „H e i l i g e G e s c h ä f t s o r d n u n g", um hinterher über diese „heilige Gschäftsordnung" — „Gott sei Dank" zu säuseln. Man sollte nun meinen, daß, wenn die „HZ." in den Gegenmaßnahmen der Sowjetregierung nur Schwäche und Nervosität erblickt, sie dann auch in den Maßnahmen des Ordnungsblocks der Stadt, **dessen rücksichtsloser Terror nicht einmal begründet ist,** ebenfalls Schwäche und Nervosität sieht. Aber mit nichten! So weit reicht die Logik der nationalen Skribenten nicht.

„Gott sei Dank!"

Es ist nur gut, daß eine kindische alte Tante nicht ernst genommen wird.

Die Forderungen der Sozialrentner

Am Sonntag fand im kleinen Saale des „Volkspark" eine überfüllte Massenkundgebung der Sozialrentner statt, die gegen die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, in der Frage der Heilbehandlung der Sozialrentner, protestierte. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hatte die Stadtverordnetenfraktionen eingeladen. Die bürgerlichen Fraktionen glänzten durch Abwesenheit. Nur die Beauftragten der Arbeiterfraktionen waren erschienen. Es herrschte eine sehr erregte Stimmung, die sich in heftigen Zwischenrufen Luft machte.

Der Ortsgruppenvorsitzende Schoenlank schilderte an der Hand von reichlichem Tatsachenmaterial die Entwicklung des gesamten Vorganges. Die Sozialrentner haben durch ihren Verband den Antrag auf Versicherung der Sozialrentner in der Allgemeinen Ortskrankenkasse gestellt. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte dann diese Maßnahme ab. Wenn auch wirklich diese Versicherung etwas mehr kosten würde als das bisherige Verfahren, dann wird den Sozialrentnern aber das Gefühl erhalten, daß sie keine Armenrentner, sondern vollberechtigte Menschen sind, die jahrzehntelang ihre Pflicht im Erwerbsleben taten. Es wird daher nötig sein, nochmals den Antrag an die Stadtverordnetenversammlung zu stellen. An allem sei eine Bezirksfürsorgertagung schuld, in der der Bürgermeister Paul aus Magdeburg vor dieser Versicherung gewarnt habe, da sie teuer sei und sich nicht bewährt habe. Tatsächlich seien aber die Fürsorgeverbände, die diese Maßnahmen durchführten, sehr damit zufrieden. Mindestens verlangen die Sozialrentner jetzt in der am Mittwoch stattfindenden Sitzung der Fürsorgedeputation, daß die Sozialrenten auf 50 und 75 Mark erhöht werden sollen.

Die Vertreter der Arbeiterparteien erklärten sich bereit, diese Forderungen zu unterstützen und wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die manche Fortschritte unmöglich machten. Die Sozialrentner müßten bei den kommenden Wahlen ihre Pflicht tun.

Nachdem noch eine Reihe anderer Fragen erledigt waren, wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, daß die Sozialrentner den schärfsten Protest gegen das unsoziale Vorgehen der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung erheben und daß sie an ihrer Forderung auf Versicherung in der Krankenkasse festhalten. Ferner fordern sie Erhöhung der Richtsätze auf 50 und 75 Mk., da nur so Ersparnisse auf Kosten der Postrentenerhöhung vermieden werden könnten.

Wer ist Brückner?

Bekanntlich ist die SPD.-Führerclique drauf und dran, das hiesige, von Arbeitergroschen geschaffene Unternehmen der Genossenschaftsdruckerei sich anzueignen. Die Druckerei soll in neuerworbene Räume in der Gr. Märkerstraße verlegt werden und als Geschäftsführer über diese „vereinigten" (lies: enteigneten) Betriebe ist ein gewisser B ü c k n e r bestimmt. Wer dieser Bückner ist, darüber gibt folgende Zuschrift Aufklärung, die uns von gut unterrichteter Seite zugestellt wurde:

„Als 1919 die „Magdeburger Volkszeitung" gegründet wurde, trat kurz zuvor dieser Bückner der USP. bei, weil sein S c h w i e g e r v a t e r, A l w i n B r a n d e s, ihn als Geschäftsführer anbringen wollte. Als die USP. den Magdeburger Betrieb liquidierte, ging das Material zum größten Teil an die „Volksstimme" über. Bückner wurde jedoch nicht in eine leitende Stellung gebracht, bzw. mit übernommen, da sich die alten Bonzen von der „Volksstimme" nicht verdrängen lassen wollten, obwohl Brandes alle Anstrengungen machte, seinen Schwiegersohn unterzubringen. Jetzt also ist es Brandes gelungen, für Bückner eine gute Position zu gewinnen."

Es wird die SPD.-Arbeiter sicher interessieren zu wissen, wie ihre Führung die Losung „Freie Bahn dem Tüchtigen" auslegt.

Die Feier des Verfassungstages in der Justiz

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht der Preußische Justizminister vorbehaltlich weiterer Bestimmungen über die Feier des diesjährigen Verfassungstages, schon jetzt in einer allgemeinen Verfügung, auf den 11. August 1927 tunlichst k e i n e T e r m i n e anzuberaumen.

„A l l e R ä d e r s t e h e n s t i l l, w e n n D e i n s t a r k e r A r m e s w i l l." Aber so schlimm wird es sicher nicht. Der Justizminister hat gar keinen starken Arm und auch nicht den rechten Willen, die Räder der Justizmaschine zum Stillstand zu bringen. Er meint nur so: „t u n l i c h s t k e i n e T e r m i n e". Aber wenn die reaktionären Richter, die mit dem Verfassungstag dieser Republik nichts anzufangen wissen, trotzdem Termine auf den 11. August ansetzen und ihre Mühlen mahlen lassen, dann wird der Herr Justizminister auch nicht böse sein. Uebrigens gibt ja das Geräusch dieser Justizmaschinerie dem Tag der Verfassungsfeier erst das richtige Gepräge und den richtigen Rhythmus. Was wäre wohl die Verfassung ohne unsere reaktionäre Justiz?

Fliegende Schmarotzer

Statistisches aus dem Flugverkehr

Die Statistische Abteilung der Deutschen Luft-Hansa übersendet uns einiges Material, aus dem unsere Leser ersehen können, daß das Luftfahrt- und -verkehrswesen innerhalb eines kapitalistischen Staates ausschließlich der **besitzenden und herrschenden Klasse dient. Die Preise für Beförderung von Passagieren, Fracht- und Gepäckstücken sowie Postsachen sind so übertrieben hoch, daß selbst der sogenannte Mittelständler noch auf diese neue Verkehrseinrichtung verzichten muß. An einer wesentlichen** Verbilligung der Preise für die Luftbeförderung scheint den maßgebenden Instanzen auch gar nichts gelegen zu sein. Die Besitzer der vollen Geldtaschen können ohne Privilegien nicht auskommen; und wenn ihnen bei ihren Vergnügungsreisen, durch die stetige Steigerung der Notlage breitester Massen, auf der Erde das Reisen verekelt wird, so ist diesen Herrschaften in der Einrichtung des Luftverkehrs eine neue Gelegenheit gegeben, unbehelligt von allen ausgeplünderten und unterdrückten Erdenbürgern, auf dem Luftwege ihre Vergnügungsreisen vorzunehmen.

Die Statistische Abteilung der Deutschen Luft-Hansa gab kürzlich eine Flugleistungs-Uebersicht der ersten drei Monate dieses Jahres heraus. Nunmehr liegt das Ergebnis des Monats April vor, wobei zu bemerken ist, daß bis zum 16. April noch der weniger Streckendienst umfassende Winterflugplan 1926/27 und erst ab 18. April der Sommerflugplan in Kraft war. Einschließlich Zeitungsspezialdienst wurden folgende Leistungsziffern erreicht:

geflogene Kilometer: 617 911,
Passagiere: 5568,
Gepäck: 50 285 Kilogramm,
Fracht: 33 809 Kilogramm,
Post und Zeitungen: 19 127 Kilogramm.

Interessant **wird dieses Ergebnis durch** Vergleich mit den Leistungen während der vorhergehenden Wintermonate, insbesondere jedoch durch Gegenüberstellung mit den folgenden Ziffern vom Monat April 1926, welcher der erste Betriebsmonat der Deutschen Luft-Hansa überhaupt war:

Geflogene Kilometer: 413 861,
Passagiere: 2566,
Gepäck: 14 320 Kilogramm,
Fracht: 6940 Kilogramm,
Post und Zeitungen: 7451 Kilogramm.

Wenn auch die Zunahme der beförderten Frachtkilogramme um etwa 500 Prozent zeigt, daß das Luftverkehrswesen auch für den Verkehr in wirtschaftlicher Beziehung von großem Interesse ist, so zeigt doch auch die Zunahme der Passagierbeförderung um rund 100 Prozent, daß die „notleidende" Ausbeuter- und Schmarotzerklasse sich im zunehmenden Maße des Flugzeugs bei ihren Vergnügungsreisen bedient. Es ist ganz außer Zweifel, daß von den in einem Monat beförderten 5568 Fluggästen nur ein ganz verschwindend geringer Bruchteil sich aus geschäftlichen Gründen durch ein Flugzeug befördern ließen. Die meisten dieser Aetherbummler flogen sicher zu ihrem Vergnügen. Daß diese Behauptung keine unbegründete Annahme ist, zeigt übrigens ein Auszug aus der Liste der beförderten Passagiere des letzten Monats. Folgende Namen und Berufe sprechen für sich:

Preußischer Handelsminister Dr. S c h r e i b e r flog von Berlin nach Eger-Marienbad und von dort zurück nach Nordhausen am Harz.

27. 5.: Schwedischer Weltrekordschwimmer A r n e B o r g flog von Berlin nach Stockholm.

27. 5.: Die bekannte Schauspielerin M a r i a O r s k a flog von Berlin nach Wien.

1. 6.: Herrenreiter v. B o r c k e flog von Berlin nach Wien.

1. 6.: Mr. S m i t h, derzeitiger Bürgermeister von Detroit (USA.), dem Fabrikationssitz Fords, flog von Stuttgart nach Berlin,

12. 5.: F ü r s t i n S o p h i e v o n T h u r n u n d T a x i s flog mit Familie und Gefolge von München über Wien nach Budapest.

Der Flug des 74jährigen F ü r s t e r z b i s c h o f s v o n S a l z b u r g, D r. R i e d e r, fand am 21. 5. statt.

23. 5.: H e n r y G r a f d e l a V a u l x, Präsident der Fédération aéronautik internationale (FAJ.) flog von Budapest über Wien nach Zürich.

Niemand wird glauben, daß der preußische Handelsminister, der von Berlin nach einem bekannten und teuren Badeort und von dort nach Nordhausen flog, mehr Eile hatte wie etwa die Fürstin Sophie von Thurn und Taxis, oder der 74jährige Fürsterzbischof, der auch nicht das Flugzeug benutzte, um schnell eine Seele vor dem ewigen Fegefeuer zu retten.

Der Luftverkehr wird erst dann für die Allgemeinheit Wert und Bedeutung haben, wenn die Arbeiterklasse dafür sorgt, daß das ganze kapitalistische Geschmeiß mitsamt seinem Mord- und Ausplünderungssystem ein für allemal zum Tempel hinausfliegt.

„Genosse" Chamberlin

Man merkt es dem „Volksblatt" deutlich an, daß es ihm sehr leid tut, den amerikanischen Geschäftsflieger C h a m b e r l i n nicht als Genossen bezeichnen zu können. Ein solcher Genosse wäre vielleicht geeignet, das ramponierte Ansehen der SPD. wieder etwas, wenn auch nur für kurze Zeit, aufzufrischen. Weil Chamberlin nun aber kein Mitgliedsbuch einer Sektion der II. Internationale in der Tasche trägt, hilft sich das „Volksblatt" damit aus, daß es seinen Lesern wonnebebend mitteilt, daß doch Chamberlin dann wenigstens von einen richtiggehenden SPD.-Genossen begrüßt worden ist. Diese Hofnachricht kann man in der Sonnabendausgabe des „Volksblatt" lesen, und zwar wird da mitgeteilt:

„Zwei Stadträte begrüßten die Ehrengäste (Chamberlin und Levine. Red. „Kl.") am Portal und gleiteten sie in das reich mit Blumen und amerikanischen und schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückte Rathaus. An der großen Freitreppe erwarteten sie Oberbürgermeister Boeß und der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Hase, die sie beide in kurzen Worten herzlich willkommen hießen."

Der Artikel läßt dann schon in seiner Ueberschrift erkennen, daß es **mit Chamberlin von Festessen zu Festessen** geht und sicher war keiner an der Ratstafel in Berlin so glücklich, wie der Chamberlin begrüßende Stadtverordnetenvorsteher, „Genosse Hase"! —

Weiter weiß das „Volksblatt" mitzuteilen, daß Chamberlin einer Einladung der polnischen Regierung nachkommen und auch nach Warschau reisen werde. Schade, daß „Genosse" Hase diese Luftreise nicht mitmachen kann. Er könnte doch dann als Sonderberichterstatter des „Volksblatt" von der Mordstelle berichten, daß die tödlichen Schüsse auf den sowjet-russischen Gesandten W o j k o w gar keinen politischen Hintergrund haben und außerdem auch nur aus einer Kinderpistole abgefeuert wurden.

Daß Chamberlin übrigens ein sehr gewiegter Geschäftsmann ist, und Gold zu münzen versteht, zeigt sich in seiner Schilderung „Wie wir über den Ozean flogen", die er für die „Times" in Neuyork geschrieben hat und deren Nachdruck, auch auszugsweise, ausdrücklich verboten ist, wenn die Berechtigung hierzu nicht mit schweren Gelde erworben wird.

Wenn Chamberlin also trotz seiner unaufhörlichen Empfänge, Besuche und Festessen in dieser kurzen Zeit schon einen ausführlichen Bericht seines Fluges abfaßte und der Neuyorker „Times" übermittelte, dann kann man daraus nur ersehen, daß der finanzielle Erfolg doch für ihn ausschlaggebend gewesen sein muß, diesen gefährlichen Flug überhaupt zu wagen. Das ist natürlich für das „Volksblatt" gar kein Grund, mit seiner Chamberlin-Verhimmelung etwas mehr zurückzuhalten. Schließlich ist er ja auch nicht der einzige Geschäftsmann, der vom „Volksblatt" angebetet wird.

Ungerechtfertigte hohe Kirschenpreise

Die noch immer hohen Kirschenpreise lassen die Vermutung zu, daß die Ursache hierfür in unverhältnismäßig hohen Pachtpreisen zu suchen ist. Dies trifft, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, keineswegs zu. Der Pachtpreis der Kirschenbehänge ist im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr kaum halb so hoch. Aus einer in der Nähe von Halle gelegenen Ortschaft wird sogar berichtet, daß das Höchstgebot bei der diesjährigen Kirschenverpachtung nur 2000 Mk. erreichte, während es im Vorjahr sich auf 10 000 Mark belief. In dem letztgenannten Fall ist ein Zuschlag allerdings nicht erteilt. Wahrscheinlich läßt der Verpächter die Früchte lieber verfaulen, als die Ernte für 2000 Mk. zu verpachten.

Eine Wucherpolizei existiert zwar nicht mehr, aber so viel uns bekannt ist, **soll es in Halle noch eine Art Preis-Ueberwachungsstelle geben. Es würde sicher von allen Konsumenten freudig be**grüßt, wenn diese im Verborgenen blühende Institution einmal die Gründe erforschte, die das Pfund Kirschen bei einem verhältnismäßig geringen Pachtpreis auf 60 bis 80 Pfennig treiben.

Der Leuna-Film in Halle

Ab Mittwoch, den 15. Juni, läuft in Halle im „Burgtheater", Gr. Gosenstraße,

der Aufmarsch des mitteldeutschen Proletariats am 20. März

Jeder Arbeiter, jeder RFB.-Kamerad muß sich diesen gewaltigen Aufmarsch ansehen. Der Film läuft nur drei Tage, es finden jedoch täglich zwei Vorstellungen statt.

Hallische Tageschronik

D e n r u s s i s c h e n F i l m „Das Gesicht des roten Rußlands" sieht sich am Freitagabend jeder an. Er wird zum Werbeabend der KJ. im „Volkspark" gezeigt.

Aenderungen im Streckendienst der Deutschen Luft-Hansa. Ab 30. Mai 1927 wird auf den in dem Sommerflugplan der Deutschen Luft-Hansa angegebenen Strecken Berlin—München, Chemnitz—Berlin, Plauen—Leipzig und Görlitz—Leipzig nicht mehr wie bisher der Flughafen Leipzig-Mockau, sondern der erst jüngst eröffnete Flughafen Halle-Leipzig (Schkeuditz) angeflogen. Die Abflug- und Ankunftzeiten haben durch diese Verlegung keine wesentliche Veränderung erfahren. **Nähre Auskunft erteilen in den Städten, soweit** sie an das Streckennetz angeschlossen sind, die auf den Flughäfen stationierten Flugleitungen der Gesellschaft. Außerdem sei erwähnt, daß bis zum Abschluß der Verhandlungen mit der litauischen Regierung die in dem Sommerflugplan angegebene Strecke Berlin—Memel nicht mehr wie bisher bis Memel, sondern nur bis Tilsit geführt wird.

Verkehrsunfälle. Am 13. Juni gegen 3.30 Uhr n. wurde in der Merseburger Straße ein Radfahrer von einem ihn überholenden Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Radfahrer kam mit Hautabschürfungen davon. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. — Mittags gegen 12.45 Uhr erfolgte an der Moritzkirche ein Zusammenstoß zwischen zwei Radfahrern, wobei einer derselben Verletzungen davontrug. Ein Fahrrad wurde stark beschädigt.

Ertunken. Am Montag gegen 7.45 Uhr abends kenterte auf der Elster etwa 100 Meter oberhalb der Pumpstation in Ammendorf ein mit zwei Männern besetztes Ruderboot. Während sich einer derselben ans Ufer retten konnte, ging der andere des Schwimmens unkundige Insasse unter und ertrank. Die sofort von der Polizei mit Hilfe der freiwilligen Feuerwehr unternommene Suche nach der Leiche war erfolglos.

Gut abgelaufen. Am 15. Juni gegen 6.15 Uhr vormittags wurde auf dem Riebeckplatz eine Radfahrerin von einem aus der Leipziger Straße kommenden Fleischerwagen gestreift. Während die Radfahrerin noch bei Seite springen konnte, kam das Fahrrad unter dem Wagen zu liegen und wurde zertrümmert. Der Führer des Wagens, der trotzdem nicht anhielt, sondern in scharfem Trab in Richtung Bahnhof weiterfuhr, ist zur Anzeige gebracht worden.

Ein Motorrad flog zum Licht. Am 14. Juni gegen 11.45 Uhr abends fuhr in der Trothaer Straße ein mit zwei Männern besetztes Motorrad gegen eine vor einer Aufgrabung aufgestellte brennende Laterne. Beide Personen kamen zu Fall und erlitten Kopfverletzungen und mußten sich zwecks Anlegung von Notverbänden zu einem Arzt begeben. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Achtung, Freidenker! Am kommenden Sonntag findet eine von der Volkshochschule veranstaltete Fahrt nach Jena statt. Geplant ist u. a. auch die Besichtigung der dortigen Zeiß-Werke. Der Fahrpreis hin und zurück beträgt zusammen 4 Mark. Die Abfahrt erfolgt vormittags 6.17 Uhr. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich recht zahlreich an dieser Fahrt zu beteiligen.

Theater und Konzerte

Walhalla-Theater. Heute Abschiedsvorstellung der Revue „Große Kleinigkeiten". In der morgen stattfindenden Erstaufführung der Operette „Die lustige Witwe" von Franz Lehar sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen L y d i a P e t r i, B e a t r i c e H e l g e r s, sowie die Herren Hans F o r s t n e r, Arthur K l a p p r o t h, R o l a n d M i l l e r und A l b e r t S c h w a r z b u r g e r. Musikalische Leitung: Kapellmeister Epstein. Spielleitung: Roland Miller.

Volksbühne. Das Gesangsquartett vom Stadttheater wird am Sonnabend, dem 18. d. M., zu unserem Sommerfest in der Saalschloßbrauerei als Einlagen im Konzertteil volkstümliche Lieder singen. Für jung und alt sind künstlerische Darbietungen und Abwechselungen aller Art vorgesehen. Das Programm ist so vorgesehen, daß das Fest bei jedem Wetter allgemein befriedigen wird. Man sichere sich im Vorverkauf Karten. „Der Revisor" heute, Donnerstag, 16. Juni, 8 Uhr, für J. „Götterdämmerung" am 28. Juni, 7 Uhr. Wahlfrei: „Adieu, Mimi" am 22. Juni, „Der Biberpelz" am 24. Juni. Karten in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Ruf 234 79.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0009
DFG

Arbeiter-Sport

Internationale Arbeiterboxwettkämpfe in Prag

Für Anfang Juli bereitet der tschechische Arbeiterturn- und Sportverband (Sektion der RSJ) internationale Boxwettkämpfe vor. An diesen Wettkämpfen werden sich außer den tschechischen auch die russischen und norwegischen Boxer beteiligen.

Die Kräfte des tschechischen Arbeiterturn- und Sportverbandes sind ziemlich gute, denn die besten Boxer des bürgerlichen Verbandes sind in den Arbeitersportverband übergetreten.

3000 Kilometer im Boot

Am 2. Juni starteten in Moskau drei Sportsleute zu einer Fahrt im Boot nach Astrachan. Das Boot ist ein Ruderboot mit Segelvorrichtung. Die Fahrt geht auf den Flüssen Moskwa, Oka und Wolga dem Ziele entgegen. Die Strecke beträgt 3000 Kilometer. Die Zeit ist auf 1 bis 1½ Monate berechnet. Die Teilnehmer sind der Artist Glumow vom Künstlertheater und die Akteure Worchowim und Grusinski vom Kleinen Theater.

Kreisjugendtreffen im 6. Kreis des ATSB.

Das zu Pfingsten einberufene Kreistreffen der sporttreibenden Arbeiterjugend hatte die Jugendlichen Rheinlands und Westfalens allerorts aufgerüttelt. In Sonderzügen traf der größte Teil der Teilnehmer in Lüdenscheid, dem Orte des Kreistreffens, ein. In der großen Festhalle fand am Pfingstsonnabend eine Festveranstaltung statt. Genosse Limpe-Lüdenscheid und der Genosse Hermes brachten in ihren Ansprachen zum Ausdruck, daß die sporttreibende Arbeiterjugend kämpfen muß gegen die Unterdrückung und für die Befreiung der Arbeiterklasse. Am Pfingstsonntag fand eine Demonstration statt, an der sich etwa 2500 jugendliche Sportler beteiligten.

In Verbindung mit dem Kreistreffen fand eine Jugendkonferenz statt. Beschlossen wurde hier, im kommenden Jahr das Pfingsttreffen in der schwärzesten Gegend des Kreises, in Koblenz, zu veranstalten.

Kreisschiedsrichterobleute in der Bundesschule

Die Einführung der neuen internationalen Fußballregeln war Veranlassung zu einer zweitägigen Sitzung. Alle Kreise waren vertreten.

Aus den Berichten der Obleute ging hervor, daß es überall vorwärts geht. Das gedruckt vorliegende Regelheft wurde benutzt, um die neuen Bestimmungen zu erklären. Das Schiedsrichterlehrbuch soll bahnbrechend die Schiedsrichterausbildung beeinflussen. Reichliches Bildmaterial soll langatmigen schriftlichen Erklärungsformen vorgezogen werden.

Eine gymnastische Uebungsstunde brachte den Beweis, daß auch die Schiedsrichter zur Leitung der Spiele über gute Durchbildung des Körpers verfügen müssen.

Gute Gedanken über die psychologischen Aufgaben als Schiedsrichter entwickelte der Leiter der Arbeiter-Fußballbewegung, Genosse Riedel.

Ganz verwickelte Spielmomente wurden auf dem Spielfeld demonstriert und besprochen. Die Schlußbesprechung ergab Zufriedenheit über das Gebotene und den begeisterten Willen, mit ganzer Kraft für die Arbeiter-Fußballbewegung tätig zu sein.

An alle Fußballvereine des 6. Bezirks im 2. Kreis

Werte Bundesgenossen!

Nur wenige Tage noch trennen uns von unserem Werbetreffen in Zörbig, es soll gezeigt werden, daß auch wir stark sind und etwas leisten können, denn das tut vor allen Dingen auf dem Lande sehr not. Alle Vorbereitungen sind getroffen, viele Freiquartiere mit Verpflegung stehen uns zur Verfügung. Bundesgenossen, schickt Eure Mitglieder schon am Sonnabend nach Zörbig mit dem Zug 18.21 Uhr, damit sich die Leute nicht umsonst Unkosten gemacht haben, denn in einem Ort, wie es Zörbig ist, ist es gewiß eine Leistung, annähernd 300 Quartiere aufzubringen. Darum, Genossen, helft mit an der Werbearbeit, unterstützt die Landvereine, wo es noch sehr trübe aussieht. Deshalb muß die Parole am Sonnabend und Sonntag heißen: Auf, nach Zörbig zum Werbetreffen!

Paul Hernisch, Zörbig, Am Schloß 5.

Neue Massenausschlüsse im Arbeiter-Samariter-Bund?

Der Bundesvorstand gegen die Chinahilfe der IAH.

Der Bundesvorstand des ASB., der erst kürzlich seine „Aktivität" durch Massenausschlüsse von Berliner oppositionellen Mitgliedern zeigte, während er aufs ängstlichste jeden Kampf gegen die Bourgeoisie, insbesondere gegen das Rote Kreuz meidet, rüstet zu neuen Taten. Die Chinahilfsaktion der IAH. hat es der sozialdemokratischen Bundesleitung angetan, weil, wie sie in einem Rundschreiben an die Kolonnen selbst mitteilen muß, daß eine ganze Anzahl Kolonnen ihre Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an der Samariterhilfe für die chinesischen Befreiungskämpfe erklärt haben.

Ein Rundschreiben, das die Düsseldorfer Organisation der IAH. an zahlreiche Arbeiterorganisationen, so auch an die ASB.-Kolonnen ihres Bezirkes versandt hat, gilt dem Bundesvorstand Anlaß, Massenausschlüsse gegen die rheinischen ASB.-Kolonnen anzudrohen.

Hören wir, was die Reformisten gegen die Chinahilfe einzuwenden haben. Zunächst heißt es in einem durch den SPD.-Pressedienst — mit der politischen Neutralität nimmt es der Bundesvorstand nicht so genau, wie er es von den kommunistischen Mitgliedern verlangt! — verbreiteten Aufruf: „Der ASB. lehnt jede Verbindung mit der IAH. ab. Er hat mit ihr weder Verhandlungen gepflogen, noch überhaupt in der ganzen Angelegenheit etwas zu tun. Die ganze Schreibweise ist geeignet, den ASB. zu kompromittieren. Wir lehnen die Verantwortung für diesen Artikel ab."

Der ASB. fürchtet, sich zu kompromittieren! Vor wem? Ganz gewiß doch nicht vor der Arbeiterschaft, die bis weit in die Kreise der sozialdemokratischen Arbeiter die Befreiungskämpfe des chinesischen Proletariats mit Sympathie verfolgt und nichts Kompromittierendes in der Solidaritätsaktion der IAH. erblickt. Kompromittierend aber könnte die Beteiligung an der Chinahilfe wirken gegenüber der Bourgeoisie und ihren Behörden. Denn der ASB. würde damit dokumentieren, daß er eine Organisation des kämpfenden Proletariats ist, und das fürchten die Kretzschmar und Genossen mehr als alles andere.

Die Mitglieder werden gewarnt vor der Beteiligung an der Chinahilfe, weil . . . die ASB.-Binde nicht unter dem Schutz der Genfer Konvention steht, durch die die kriegführenden Staaten sich gegenseitig die Neutralität ihrer Rot-Kreuz-Samariter garantiert haben! Er wird sicherlich bei inneren Kämpfen auch nicht erlauben, daß die Mitgliedschaft sich auf die Seite derer stellt, die nicht unter dem Schutze der Staatsautorität und der Genfer Konvention stehen. Aber die Mitgliedschaft wird in ihrer erdrückenden Mehrheit auf derlei Verbote pfeifen, so wie sie heute trotz aller Verbote ihre Solidarität mit den chinesischen Arbeitern bekundet.

Aber es kommt noch besser. Wer gemäß dem Wahlspruch des ASB.: „An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilf bereit", auch seine Hilfsbereitschaft für die chinesischen Kämpfer Ausdruck geben will, der soll, sofern es nach dem Wunsche der SPD.-Politiker im Bundesvorstand geht, herausgeworfen werden. Der Ausschluß von Mitgliedern und ganzen Kolonnen wird in brutalster Weise angekündigt: „Wir ersuchen unsere Bezirks- und Kreisleitungen oder auch Kolonnenleitungen, denen die Kolonnen, die sich bereits schon beteiligt haben, bekannt sind, uns diese zu melden, damit wir die weiteren Schritte gegen die Disziplinbrecher einleiten können. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der 5. Kreis (Rheinland) nicht unterlassen kann, dem ASB. Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Bundesvorstand fürchtet natürlich die Schwierigkeiten gegenüber den Behörden, mit denen er in trauter Harmonie bleiben will. Und weiter heißt es in diesem Spaltungsaufruf: „Wir müssen wohl oder übel, um für die Zukunft derartige Disziplinlosigkeiten zu unterbinden, auch in diesem Fall scharf zugreifen, und wir werden versuchen, alle von außen geführten Spaltungsmanöver gegen unseren Bund zu unterdrücken. Mitglieder, die sich bereits zur Verfügung gestellt haben, scheiden ohne weiteres aus dem Bunde aus."

Diese schamlose Ausschlußdrohung übersteigt alles bisher vom Bundesvorstand Geleistete im Kampf gegen die klassenbewußten Arbeiter im ASB. Ein einhelliger Protest aller Arbeiter, gleich welcher Parteirichtung, wird den bornierten Reformisten des Bundesvorstandes beweisen, daß derartige Methoden zur Ueberführung des ASB. ins bürgerliche Lager nicht mehr verfangen. Als erste hat bereits die ASB.-Gruppe Solingen Protest gegen die Sabotage proletarischer Solidarität erhoben. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

„Die Mitgliederversammlung lehnt auf das entschiedenste ab, irgendwelche Beteiligung bei bürgerlichen Veranstaltungen, Reichsgesundheitswoche, Gesolei, sowie bei der Internationalen Tagung in Amsterdam.

Weiterhin protestiert die Mitgliederversammlung gegen das unproletarische Verhalten des Bundesvorstandes gegenüber der China-Hilfsaktion, und fragt die Mitgliedschaft in bezug auf das letztere: Wo bleibt hier unser Wahlspruch: „An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilf bereit?"

Die Resolution mit einem geharnischten Begleitschreiben ist der Bundesleitung übermittelt worden. Es gilt, in allen Kolonnen sich mit diesem Machtwerk des Bundesvorstandes gründlich auseinanderzusetzen und durch intensive Unterstützung des Chinahilfswerkes sowie durch korporativen Anschluß an die IAH. der proletarischen Solidarität Ausdruck zu geben.

Fußball

Mitteilungen des Hauptspielausschusses.

In Zörbig stehen folgende Auswahlmannschaften:

Stadt Halle: Wernicke (Viktoria), Geiß (Teutonia), Reichardt (Minerva), Gessing (Fichte), Unsold (Viktoria), Dönitz (Teutonia), Schütz (ASC.), Schubert (Fichte), A. Heinrichs (Trotha), Mayer (Teutonia), Jäckel (Trotha).

Ersatz: Kunze (Fichte), Zieger (Viktoria), Böhme (Sportlust).

Bezirk: Volkland (Ammendorf), Schlüter (Askania), K. Reuter (Dölau), Becker (Ammendorf), Dichner (Bruckdorf), Hohmann (Ammendorf), Gärtner (Gröbers), Augustin (Askania), Schulze, Förster (Lettin), Gold (Bruckdorf).

Ersatz: O. Förster (Lettin), Schmidt (Teicha), Engelhardt (Wörmlitz).

Weiße Hose mitbringen. Absagen sind zu vermeiden. A. Pezold, Obmann.

Wo findet der Aufmarsch der Fußballer des 6. Bezirkes statt?

Schiedsrichter-Vereinigung

Die am 17. Juni fällige Obleute-Sitzung muß Umstände halber ausfallen und findet am Montag, dem 20. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Da ein Vortrag über die am 1. Juli in Kraft tretenden neuen Fußball-Spielregeln gehalten wird, müssen unbedingt alle Obleute erscheinen. Sollten selbige verhindert sein, müssen die Ersatzleute erscheinen. Walter Rümpler, Obmann.

Gesellschaftsspiele

Mittwoch, 15. Juni		
7 Uhr	Fichte 2. Jugend — Wörmlitz 2. Jugend	Viktoria
7 Uhr	Sportbrüder 2. — Mötzlich 1.	Giebichenstein
Donnerstag, 16. Juni		
7 Uhr	Viktoria 1. Jugend — Wörmlitz 1. Jugend	Sportbrüder
7 Uhr	Sportbrüder 1. — Teutonia 1.	Hübler, ASC.
7 Uhr	Giebichenstein 3. — Mötzlich 2.	Minerva
Freitag, 17. Juni		
7 Uhr	Viktoria 1. — ASC. 1.	Stenzel, Cröllwitz
7 Uhr	Minerva 1. — Wörmlitz 1.	Pezold, Fichte
½8 Uhr	Cröllwitz 1. — Fichte 1.	Brandt, Wörmlitz
7 Uhr	Giebichenstein 2. — Fichte 2.	Trotha
7 Uhr	Trotha Jugend — Lettin Jugend	Sportlust
Spiele am 19. Juni in Zörbig		
9 Uhr	Bruckdorf Jugend — Viktoria Jugend	Hillebrecht, Minerva
10 Uhr	Zörbig 1. — Giebichenstein 1.	Hatte, ASC.
½2 Uhr	Cröllwitz Jugend — Wörmlitz Jugend	Runge, Bruckdorf
½6 Uhr	Bezirksmannschaft — Städte-Elf Halle	Schulze, Teutonia

Fichte Ammendorf Sondermannschaft — Fußballabteilung „Jahn" Groß-Kayna 8 : 4

Obige Mannschaften trugen am 12. Juni ein Gesellschaftsspiel aus, welches 8 : 4 für Ammendorf endete. In Anbetracht der Spielstärke Ammendorfs ein anerkennendes Ergebnis für Kayna, trotzdem Fichte fünf bis sechs Mann aus der 1. Elf gestellt hatte. Halbzeit 3 : 2, Eckenverhältnis 7 : 3. Es wurde ein Spiel gezeigt, wie es dem Arbeitersport geziemt, ruhig und fair, nicht, wie es im bürgerlichen Sportlager üblich ist, daß mindestens immer ein bis zwei Mann vom Platze getragen werden müssen. Nur so fort, bald wird Kayna sich den Platz wieder erkämpfen, den es früher inne hatte und ein gefürchteter Gegner war. (Berichte einseitig schreiben. D. R.)

Wacker Hohenmölsen 1. — Theißen 1. 1 : 1

Theißen bereitete bis jetzt sämtlichen Vereinen, mit Ausnahme des Kreismeisters, eine Niederlage und steht mit letzterem punktgleich. Das von uns erkämpfte Unentschieden ist somit sehr ehrenvoll, noch dazu auf Th. Platze. Hohenmölsen 3. gegen Gosed 1. 0 : 7. Hohenmölsen Jugend — Theißen Jugend 7 : 1.

Wacker Hohenmölsen — Kreismeister VfL. 88 Naumburg am Sonntag, 19. Juni, in Hohenmölsen. Obiges wichtiges Treffen findet kommenden Sonntag als Serienspiel in Hohenmölsen statt. Anstoß ist 15 Uhr. Vorher treffen sich Hohenmölsen 3. gegen Wählitz 2., Anstoß 12 Uhr; Hohenmölsen 2. — Zangenberg 1., Anstoß 13.30 Uhr; Hohenmölsen Jugend — Zeitz Jugend in Zeitz, Anstoß 11.30 Uhr.

Die Tschechen in Elsterwerda

Am kommenden Sonntag, dem 19. Juni, nachmittags, wird als ein Gegenstück der nationalen Krieger- und Schützenveranstaltungen ein rotes internationales Arbeitertreffen der Fußballer sein. Der Freien Turnerschaft am Ort ist es gelungen, eine tschechische Mannschaft nach hier zu verpflichten. Nun liegt es an der Arbeiterschaft, entgegen dem schwarzweißroten Popanz, dem noch so viele Ausarbeiter nachlaufen, diese Veranstaltung der Freien Turner nach Kräften zu unterstützen. Nicht mit Kanonendonner und Hurrageschrei, wie an den letzten Sonntagen, sondern in friedlicher Art werden hier die Völkerverbrüderungsbande geschlossen. Darum, Genossen, ergeht an Euch alle der Ruf: Ehrt die Gäste durch Euer Erscheinen, demonstriert am Sonntag mit für die großen Ziele der Arbeiter-Sportbewegung, für Völkerverbrüderung und Befreiung.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk (Fußball)

Den Vereinen zur Kenntnis, daß die Abrechnung des Festabzeichens für Zörbig und Halle in zwei Raten zu erfolgen hat, erste Rate bis 18. Juni, zweite Rate bis 1. Juli. Da verschiedene Vereine mit ihren Strafen noch im Rückstande sind, erfolgt nochmals Mahnung um baldige Erledigung. Die zweite Rate der Steuerveranlagung für 1927 und die Stundungen der ersten Rate derselben sind am 15. Juli fällig. Vereine, kommt Euren Verpflichtungen nach und haltet die Termine inne.

Die Bezirksleitung. J. A.: Otto Eurich.

Stiftungsfest des Wolfener Ballspielklubs 21

Sportvereinigung Berlin-Schöneberg-Friedenau 1. — Olympia Hohenstein-Ernstthal 1. 0 : 0. Nach Verlängerung gewinnt Berlin 1 : 0. Wacker Braunschweig 1. — Wolfener Ballspielklub 1. 3 : 0 (1 : 0). Sportverein Sandersdorf Jugend — Wolfen Jugend 4 : 1 (1 : 1). Wolfen 2. — Berlin 2. 3 : 0 (1 : 0). Freie Turner Jeßnitz 1. — Eintracht Wittenberg 1. 2 : 2 (1 : 2). Wolfen 1. gegen Hohenstein-Ernstthal 1. 5 : 0 (2 : 0). Braunschweig 1. — Berlin 1. 7 : 0 (3 : 0). Berlin bedeutend besser als in der Vorrunde, können keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen, so daß Braunschweig verdient als Sieger den Platz verließ. Rund 350 Zuschauer waren Zeugen der Spiele.

Eintracht Wittenberg 1. — Hohenstein-Ernstthal 1. 3 : 0 (1 : 0). Sportfreunde Piesteritz 2. — Wolfen 2. 3 : 1 (1 : 1). Piesteritz Jugend — Wolfen Jugend 2 : 0 (0 : 0). Piesteritz 1. — Wolfen 1. 5 : 1 (4 : 0).

Handball

Handballbörse

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark". Abgeschlossen wird bis 2. August. Adolf Werge, Börsenleiter.

Sonntag, 19. Juni

1. Klasse		
2 Uhr	Minerva — ABV.	Schulze, ASC.
2 Uhr	Othello — Frisch auf	Schanze, Fichte
4 Uhr	ASC. — Canena	Perl, Minerva
4 Uhr	Merseburg — Adler	Jakob, Schafstädt
2. Klasse		
11 Uhr	Diemitz 1. — Dieskau 1.	ASC.
1 Uhr	Minerva 2. — Beuchlitz 1.	Canena
2 Uhr	Zwintschöna 1. — Queis 1.	Wörmlitz
3 Uhr	Merseburg 2. — Adler 2.	Schafstädt
3 Uhr	Frisch auf 2. — Möckerling 1.	Sportlust
3 Uhr	ASC. 2. — Canena 2.	Fichte
3 Uhr	Othello 2. — Passendorf 1.	Frisch auf
4 Uhr	Othello 3. — Schraplau 2.	Frisch auf
Jugend-Klasse		
3 Uhr	Zwintschöna Jugend — Queis 2.	Wörmlitz
3 Uhr	Kanendorf — Dieskau	Diemitz
Sportlerinnen		
10 Uhr	Viktoria — Sportlust	Adler
10 Uhr	Minerva — Schwimmer	ASC.
11 Uhr	Cröllwitz — ASC.	ABV.
1 Uhr	Wörmlitz — Othello	Fichte, Ammendorf
Schüler		
11 Uhr	ASC. — Minerva	Seeben

Die Spiele von Osmünde sind abgemeldet. **Adolf Werge, Obmann.**

Der Film

Das Gesicht des roten Rußland

läuft am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkspark" zum

Werbeabend des KJVD.

Karten im Vorverkauf bei allen Partei- und Jugendfunktionären und in den Parteibuchhandlungen Lerchenfeldstraße 14 und Harz 42/44. Eintritt 50 Pf. Jugendliche und Erwerbslose 25 Pf.

KPD. und KJVD. Ortsgruppe Halle

Turner

Turnerbund Zeitz 1. (Raffball) gegen Gruppenmannschaft Suhl 1 : 3 und gegen Albrechts (Bezirksmeister) 4 : 1

Am Sonnabend unternahm Turnerbund Zeitz 1. eine Reise nach Suhl. Nach Besichtigung der Technischen Ausstellung anläßlich der 400-Jahr-Feier der Stadt Suhl zogen wir gemeinschaftlich nach Heinrichs, um ein Spiel gegen die Gruppenmannschaft Suhl auszutragen. Trotz ungünstigen Wetters hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden. Ein scharfes Spiel setzte beiderseits ein. In der ersten Halbzeit können beide Mannschaften je einen Treffer buchen. In der zweiten Spielhälfte gelingt es Turnerbund nicht, den Sieg zu erringen. Nach diesem Spiel zogen wir unserem Ziele näher nach Albrechts. Am 1. Feiertagmorgen versammelten wir uns, um die frische Waldluft zu genießen. Wir zogen bergauf und bergab. Nach dieser Wanderung wurde das zweite Spiel ausgetragen. Um 14 Uhr gab der Schiedsrichter den Ball frei. Nach Anwurf setzt auch bei diesem Spiel ein flottes Tempo ein. Turnerbund kann in der ersten Halbzeit zwei Treffer erzielen, denen Albrechts nur einen entgegensetzt. In der zweiten Halbzeit versucht Albrechts alles Mögliche. Dies gelingt aber nicht, da Turnerbunds Verteidigung und Tormann auf dem Posten sind. Mithin mußte Albrechts den Sieg Zeitz überlassen. Resultat 4 : 1. O. H.

Sonnabend, den 18. und Sonntag, den 19. Juni in Zörbig zum Werbe-Treffen des Bezirks

Freie Turnerschaft Radefeld in der Tschechoslowakei

Am vergangenen Pfingstfeste weilten zwei Raffballmannschaften aus Radefeld (Bezirk Leipzig) in Wicklitz zur Austragung von Gesellschaftsspielen im Raffball. Unter den Klängen der Musik, in Begleitung der Quartiergeber, ging es nach Wicklitz in die Quartiere. Trotzdem daß sie im Durchschnitt ärmere Leute waren als wir, hervorgerufen durch die wirtschaftlichen Nöte, wie Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw., war die Aufnahme vorzüglich. Am Pfingstsonnabend fand ein Kommers, veranstaltet vom Turnverein Gleichheit, Wicklitz, statt. Das von den dortigen Genossen Gebotene stand auf beachtlicher Höhe und fand bei unseren Genossen allseitige Anerkennung. Von unseren Genossen wurde auch einiges gezeigt, was Beifall bei den tschechischen Genossen fand.

Am 1. Feiertag 9 Uhr wurde von unsern Genossen unter starker Teilnahme der dortigen Einwohner ein Kranz am Grabe eines bei der Arbeit verunglückten tschechischen Genossen niedergelegt.

Die übrige Zeit des Tages wurde mit Raffballspielen ausgefüllt. Nachstehend die Resultate unserer Begegnungen: Thürmitz 1. — Radefeld 2. 2 : 4; Aussig 1. gegen Radefeld 1. 1 : 8; Karbitz 1. — Radefeld 2. 3 : 2.

Die Spiele am Vormittag wurden durch das einsetzende Regenwetter stark beeinträchtigt. Der Höhepunkt dieser vier Treffen war das Spiel

Wicklitz 1. — Radefeld 1. 3 : 7 (0 : 4)

Radefeld hat Anwurf und entwickelt sofort ein lebhaftes Spiel. In der fünften Minute muß der Torwart der Wicklitzer den Ball zum ersten Male zur Mitte geben. Die tschechischen Genossen dadurch angespornt, legen sich mächtig ins Zeug; sie kombinieren aber zu viel vor dem Tore ihrer Gegner und die Angriffe werden immer Beute der Radefelder Verteidiger, die sich tapfer wehren. Durch Strafecke vor dem Wicklitzer Tore fällt der zweite Treffer für Radefeld. Das Spiel nimmt an Schärfe immer mehr zu, ohne die Grenzen des Erlaubten zu überschreiten. Bis Halbzeit kann aber Wicklitz nichts Zählbares anbringen; während Radefeld zweimal erfolgreich ist. Mit 4 : 0 für Radefeld geht es in die Pause. Nach Wiederanpfiff hat Wicklitz etwas mehr vom Spiel, kann aber nicht verhindern, daß Radefeld die Torzahl auf 5 erhöht. Der Wicklitzer Sturm hat sich endlich zusammengefunden und kann in kurzen Abständen zwei schöne Tore einsenden. Nachdem Radefeld den 6. Erfolg buchen kann, bringt Wicklitz den 3. und letzten Treffer an. Wicklitz hatte noch manche Torgelegenheit, doch durch Laufen wird ihr Kombinationszug immer unterbrochen. Mit 7 : 3 für Radefeld endet das zur Zufriedenheit für die zahlreich anwesenden Zuschauer geführte Spiel.

Am anderen Morgen ½8 Uhr hatte bereits die Stunde des Abschieds von unseren tschechischen Genossen geschlagen. Gern hätten unsere Genossen noch fröhliche Stunden in Wicklitz verlebt, wenn sie nicht durch das kapitalistische System gezwungen wären, ihrer Alltagsarbeit nachzugehen. Nun noch zum Schluß besten Dank für die Gastfreundschaft und ein kräftiges „Frei Heil" der tschechischen Arbeiter-Sportbewegung.

Vereinsmitteilungen

Fichte, Halle (Fußballabteilung). 1. Mannschaft spielt am Freitag gegen Cröllwitz 1., Treffpunkt ½7 Uhr Lindenhof. 2. Mannschaft gegen Giebichenstein 2., Treffpunkt ½7 Uhr Peißnitz. Nach den Spielen findet in der „Sonne" eine Mannschaftssitzung statt. Alles hat unbedingt zu erscheinen. [392

Fichte, Halle (Handball). Die 1. Mannschaft trifft sich Donnerstag, den 16. Juni, 6 Uhr, am Riebeckplatz zum Handballspiel gegen Ammendorf 1. in Ammendorf. [393

HFC. Sportlust 07. Unsere Trainingsabende finden Montags auf dem Minerva-Platz und Mittwochs auf der Peißnitz für Fußball statt. Die Leichtathleten trainieren Dienstags auf dem Goldberge, Mittwochs auf dem Stadion und Sonnabends auf dem Minerva-Platze für Handball. Alle Mitglieder werden ersucht, an den Trainingsabenden pünktlich zu erscheinen. [394

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0010

Ueber Krieg und Kriegsgefahr

Thesen, beschlossen auf dem Plenum des EKKI am 29. Mai 1927

** Das VII. Erweiterte Plenum des EKKI., das im Dezember des vorigen Jahres tagte, wies die internationale Arbeiterklasse auf die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges hin. Die Ereignisse, die sich seither in China und England abspielten, haben die Prognose des EKKI. vollkommen bestätigt. Mit der Konzentration der Truppen in China, der Beschießung von chinesischen Städten hat das internationale Kapital bereits den Krieg gegen die werktätigen Massen Chinas eröffnet, die um ihre Befreiung kämpfen. Der Ueberfall auf die Botschaft der Sowjetunion in Peking, den **Tschang Tso Lin** auf Anweisung **Chamberlains** und mit Unterstützung der diplomatischen Korps aller kapitalistischen Regierungen vornahm, der Ueberfall auf die Handelsvertretung der Sowjetunion in London und der darauf erfolgte Abbruch der Beziehungen Englands zur Sowjetunion — sind verbrecherische Handlungen, die einen Krieg provozieren.

Die Arbeitermassen der ganzen Welt müssen mehr als je auf der Hut sein. Die Kommunisten aller Länder müssen ihre Reihen fester zusammenschließen, müssen angesichts des bereits begonnenen Krieges in China und der Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion alle Kräfte mobilisieren.

Die Widersprüche des Kapitalismus und der Krieg.

1. Der Weltkrieg von 1914—18 brachte die werktätigen Massen der ganzen Welt in eine Periode der grausamsten Vernichtungskriege, in eine Periode des zügellosesten und erbarmungslosesten Kolonialraubs und der schlimmsten Vergewaltigung der Arbeiterklasse. Zehn Millionen Tote, zwölf Millionen Invaliden und Krüppel, eine gewaltige Verschleuderung der wirtschaftlichen Hilfsquellen, die Zerreißung der wirtschaftlichen Zusammenhänge der Weltwirtschaft auf viele Jahre hinaus, Sturz der Valuta, Verarmung der Volksmassen, Anwachsen der innerpolitischen Reaktion in der ganzen Welt, eine wütende Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse, ein baßkanisiertes Europa und noch größere Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus nach dem Weltkrieg — das ist das Resultat des Krieges von 1914—1918.

2. Gleich nach Beendigung des Krieges beginnt die Phase der „Kleinkriege" um die „Festlegung" der Grenzen: der Kampf zwischen Deutschland und Polen um Oberschlesien, die militärische Besetzung Fiumes durch die italienischen Faschisten, der griechisch-türkische Krieg um Smyrna, militärische Zusammenstöße zwischen einzelnen Balkanstaaten. Die Errichtung der proletarischen Diktatur in Ungarn hatte einen Ueberfall der kapitalistischen Staaten (Tschechoslowakei und Rumänien) zur Folge. Gleichzeitig damit mobilisierte die kapitalistische Welt ihre Kräfte zur Erdrosselung der proletarischen Revolution in Sowjetrußland. Es beginnt die Intervention von 1918—1919, die in den Krieg Polens gegen die werktätigen Massen Sowjetrußlands „umschlägt". Dann folgt die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, die durch die Kolonialexpedition Frankreichs gegen die Riffkabylen in Marokko abgelöst wird. Der Krieg der französischen Imperialisten gegen die Drusenstämme in Syrien schließt das erste Jahrzehnt nach Beendigung des Weltkrieges 1914—1918 ab. Somit ist die ganze Nachkriegsperiode bereits erfüllt von imperialistischen Kämpfen und Teilkriegen, die nur das Vorspiel einer Periode von gewaltigen Kriegen sind.

3. Obgleich der Kapitalismus in den letzten Jahren den Zustand einer gewissen Stabilisierung erreicht hat, war das nur eine äußerst relative Stabilisierung. Die proletarische Revolution in Rußland hat dem internationalen Kapitalismus einen gewaltigen Schlag versetzt. Die nationalrevolutionären Bewegungen in den Kolonien schlagen eine neue Bresche in den Kapitalismus. Schon durch das Vorhandensein dieser beiden Faktoren und des Widerstandes der internationalen Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals wird eine Stabilität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmöglich. Die Jahre, die dem Kriege folgten, waren Jahre einer besonders starken „Zersetzung" des Kapitalismus. Konjunkturschwankungen der Weltwirtschaft haben den periodischen Charakter verloren, den sie in der Vorkriegszeit hatten; Krisen entstanden bald auf dem einen, bald auf dem anderen Gebiete der Weltwirtschaft. Außerordentlich kurze, fieberhafte Konjunkturen wechseln mit langandauernden Depressionen ab. Die Neuaufteilung der Welt, die von den imperialistischen Räubern auf Grund der Kriegsergebnisse vorgenommen wurde, hat die Voraussetzungen für eine neue wütende Konkurrenz und neue Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten geschaffen. Um die Gebiete, die Rohstoffe erzeugen oder in denen ausländisches Kapital angelegt werden kann, wird hartnäckig gekämpft. Die kapitalistischen Staaten haben sich durch neue Zollschranken voneinander abgegrenzt, die die alten Kanäle der Warenzirkulation verengen. Die Verringerung des Konsums der breiten Massen in den stärksten kapitalistischen Staaten, das Entstehen nationaler Industrien in den Kolonien und transatlantischen Ländern, die früher ein Absatzgebiet waren für die ausländischen Waren, stellen den Weltkapitalismus vor das außerordentlich akute Problem der Absatzmärkte. Der Kampf um die Absatzmärkte nimmt derart erbitterte Formen an, wie sie die kapitalistische Wirtschaft der Vorkriegszeit nie gekannt hat. Dieser wirtschaftliche Kampf aber führt zu bewaffneten Zusammenstößen.

4. Die Epoche des relativen Gleichgewichtes zwischen den imperialistischen Staaten einerseits und zwischen den imperialistischen Staaten und der Sowjetunion und den um ihre Befreiung ringenden halbkolonialen Ländern (China) andererseits wird immer mehr durch offene kriegerische Konflikte durchbrochen, die das Ende dieses Gleichgewichtszustandes ankündigen und zeigen, daß ein neuer imperialistischer Krieg im Anzug ist. Auf dem gesamten Erdball häuft sich der Zündstoff und kann durch den ersten besten Funken explodieren. Der Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien, die aggressive Haltung des italienischen Imperialismus in Albanien, die Bedrohung der Türkei durch Italien, die gespannten Beziehungen zwischen Italien und Frankreich, der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, die englisch-französischen Gegensätze in Kleinasien, der Kampf Englands um die Verkehrsstraßen nach den afrikanischen Kolonien, um die Beherrschung des Mittelmeeres, die aggressive Rolle des amerikanischen Imperialismus im Stillen Ozean, seine Erdrosselung Nikaraguas, die den Weg freimacht zur Knebelung Mexikos und Südamerikas, die Bedrohung der Völker Asiens durch den japanischen Imperialismus —, das alles sind nur ein paar Seiten aus der blutigen Geschichte der kommenden Kriege. Aber der den Krieg am meisten bedrohende Faktor ist zweifellos im gegebenen Augenblick **England**. Charakteristisch für die neue internationale Situation ist die Tatsache, daß England von neuem zum Hegemon in der europäischen Politik geworden ist. England hat die Initiative der internationalen Kolonialpolitik in seinen Händen, es steht an der Spitze des Völkerbundes und ist der Führer der kapitalistischen Einheitsfront gegen China und die Sowjetunion.

Die Sowjetunion und China als Knotenpunkte des Krieges.

5. Alle Widersprüche unter den kapitalistischen Staaten treten in den Hintergrund vor dem Hauptwiderspruch, der die ganze Welt in zwei Lager teilt: in dem einen Lager haben wir die **Sowjetunion** und das **revolutionäre China**, in dem anderen Lager **die gesamte kapitalistische Welt.** China und die Sowjetunion sind die zwei Knotenpunkte der gesamten internationalen Lage. Hier ballen sich jetzt am stärksten die Wolken des Krieges zusammen. China und die Sowjetunion, die zusammen den größten Teil Asiens und die Hälfte Europas mit den unausgenützten ökonomischen Hilfsquellen, mit hunderten Millionen von Menschen inne haben, sind zwei unerschöpfliche Rohstoffreservoire und zwei gewaltige Absatzmärkte. Der Kampf um diese beiden unermeßlichen Absatzmärkte ist eine Frage von Tod und Leben für das internationale Kapital. Dieser Kampf wird solange andauern, bis das Weltproletariat der Herrschaft der internationalen Bourgeoisie ein Ende machen wird.

6. Die chinesische Revolution hat eine ungeheure Bedeutung für das Weltproletariat. Ein Sieg der Arbeiter und Bauern in der chinesischen Revolution würde ein gewaltiger Ansporn zur Revolutionierung der internationalen Arbeiterbewegung und vor allem der englischen Arbeiterklasse sein. Sie würde sich in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern bis zu einer nie dagewesenen Höhe entwickeln. Für die gewaltigsten Massenbewegungen in der ganzen Welt würde eine objektiv revolutionäre Situation geschaffen werden. Wenn das Proletariat aber zu schwach sein sollte, die Erdrosselung des revolutionären China durch die Imperialisten zu vereiteln, so würde der Sieg der Imperialisten in China bedeuten: **erstens** eine zeitweilige Konsolidierung der kapitalistischen Ordnung in der ganzen Welt, **zweitens** das Wüten der Reaktion gegen die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, und **drittens** einen Ueberfall des imperialistischen Blocks auf die Sowjetunion. Der Kampf gegen die Erdrosselung der chinesischen Revolution durch die Imperialisten ist deshalb gleichzeitig ein Selbstschutz der europäischen, amerikanischen und japanischen Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals, ist ein Kampf gegen den Krieg in Europa und für den Erfolg der sozialen Revolution in ihren eigenen Ländern.

Die Epoche der „Großen Kriege".

7. Die neue Phase der imperialistischen Politik wird dadurch gekennzeichnet, daß der Kapitalismus sich darauf vorbereitet, von den „Kleinkriegen" zu großen Kriegen überzugehen. Der Krieg in **China**, dessen Form zunächst an die Intervention gegen das Land der Sowjets in den Jahren 1918/19 erinnert, **eröffnet eine Epoche großer Kriege.** Die Intervention der imperialistischen Kräfte in China ist ihrer internationalen Bedeutung nach bereits ein großer Krieg. Sie ist ein großer Krieg, weil sie von **den größten kapitalistischen Staaten unter Führung Englands** gegen die 400 Millionen der werktätigen chinesischen Massen durchgeführt wird. Mit dieser Intervention sind die Geschicke von vier Kontinenten — Asien, Europa, Amerika und Australien — unmittelbar verknüpft. Sie wird unvermeidlich zu neuen Kriegen führen, wenn sie nicht gleich von Anfang an erstickt wird. Dieser Krieg schlägt bereits um in einen Krieg gegen die Sowjetunion. Die Sprache der konservativen Presse Englands gegen die Sowjetunion erinnert an die Sprache eines kriegführenden Landes. Auf solche Handlungen, wie der Ueberfall auf die Sowjetvertretung in Peking, die Gefangennahme diplomatischer Kuriere, der Ueberfall auf die Handelsvertretung in London, antwortet man unter kapitalistischen Staaten gewöhnlich mit Repressalien, die zu einem Kriege führen können. Nur die grundsätzliche Friedenspolitik der Sowjetregierung hat den systematischen Provokationen Englands zum Trotz die werktätigen Massen Englands und der Sowjetunion zunächst vor diesem Krieg gegen die Sowjetunion gerettet.

8. Aber dieser Krieg hat die Tendenz, sich auf ganz Asien und die Küste des Stillen Ozeans auszudehnen:

a) Es ist ganz offenbar, daß der Sieg der Arbeiter und Bauern in der chinesischen Revolution eine Reihe von wütenden Versuchen der Imperialisten zur Erdrosselung der siegreichen Bewegung der werktätigen Massen Chinas und der durch sie in Indien, im französischen Indochina, Indonesien, auf den Philippinen und Korea hervorgerufenen revolutionären Bewegungen hervorrufen würde. Das wäre ein lang andauernder, gewaltiger Krieg des vereinigten Blocks der Imperialisten der größten kapitalistischen Länder gegen die aufständischen werktätigen Massen Asiens unter der Führung des revolutionären Chinas;

b) andererseits aber würde eine Niederlage der chinesischen Revolution die zwischen England, Japan und den Vereinigten Staaten in der chinesischen Frage bestehenden Gegensätze entfesseln und unvermeidlich zu einem Krieg zwischen den imperialistischen Staaten auf dem Stillen Ozean führen.

9. Im engsten Zusammenhang mit dem Krieg in China steht auch der Versuch der Einkreisung der Sowjetunion an anderen Punkten des europäischen und asiatischen Festlandes. Die englische Diplomatie arbeitet unermüdlich an der Schaffung einer einheitlichen Front der baltischen Länder gegen die Sowjetunion, die von Finnland über Polen bis nach Rumänien verläuft. England versucht, Litauen für diese Front zu gewinnen und organisiert dort zu diesem Zweck einen faschistischen Umsturz. England versucht, mit Hilfe des faschistischen Italien, seine Stellung auf dem Balkan zu befestigen und Ungarn in die Koalition gegen die Sowjetunion hineinzuziehen. Damit will England eine genügend breite Front der Donauländer gegen die Sowjetunion schaffen. Eine der aktivsten Rollen an dieser Front soll Polen spielen. Polen aber braucht im Falle eines Krieges eine Rückendeckung. Alle Anstrengungen des englischen Imperialismus sind deshalb darauf gerichtet, Deutschland in seine Einflußsphäre hineinzuziehen und die deutsch-polnischen Verhältnisse zu regeln, um einen allgemeinen Kampf gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Darin besteht der Sinn der „Westorientierung" Deutschlands und der Politik von Locarno. Und in der allerletzten Zeit versucht England, sich auch die Mitwirkung Frankreichs bei der Einkreisung der Sowjetunion zu sichern. In Mittelasien, in Afghanistan, in Persien, im Nahen Osten, in der Türkei, im Fernen Osten — überall webt die schwarze Hand des englischen Imperialismus ein Netz der kniffligsten Ränke gegen die Sowjetunion. Die englische Diplomatie versucht die internationale Wirtschaftskonferenz für eine wirtschaftliche Blockade gegen die Sowjetunion auszunützen. Gleichzeitig gehen fieberhafte Vorbereitungen zum Kriege in den der Sowjetunion benachbarten Ländern vor sich, insbesondere in Polen und Rumänien.

Die Rückendeckung im Kriege.

10. Seit dem letzten Erweiterten Plenum des EKKI. sind in einer Reihe von Ländern Ereignisse vor sich gegangen, die für jene Atmosphäre der Kriegsvorbereitungen, in der alle größten kapitalistischen Länder leben, außerordentlich bezeichnend sind. In allen Ländern haben wir schon jetzt eine Verschärfung der Reaktion, eine mehr oder weniger starke Internationalisierung der terroristisch-faschistischen Methoden zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die Reaktion im Innern geht Hand in Hand mit der Angriffslust nach außen. Zum Kriegführen braucht der Kapitalismus ein „ruhiges" Hinterland. Das Wesen des modernen Krieges erfordert zugleich mit den Menschenmassen an der Front ein gewaltiges Heer in den Betrieben, das die gigantische Kriegsmaschine bedient. Diese Menschen müssen zu Schrauben dieser Maschine werden, in ihnen muß der Wille zum Kampf erstickt werden, ihre gewerkschaftlichen Organisationen müssen zu einem der Haupthebel werden, der den gesamten Mechanismus des Krieges in Bewegung setzt. Daher die Versuche der „Verstaatlichung" der Gewerkschaften, daher die Versuche, die Gewerkschaften zu militarisieren, ihnen ihre elementarsten Rechte zu nehmen, die sie in jahrzehntelangem, hartnäckigem Kampf sich erobert haben.

11. Hier muß vor allen Dingen auf **England** hingewiesen werden. England steht jetzt an der Spitze der Weltreaktion. Durch die Unterdrückung des Bergarbeiterstreiks gab das englische Kapital der gesamten internationalen Bourgeoisie das Signal zur Offensive. Der Krieg in China, die Offensive gegen die Sowjetunion, der Ueberfall auf Nikaragua und die Niederlage der englischen Bergarbeiter — das alles sind Glieder ein- und derselben Kette. In England wird faktisch das Streikrecht aufgehoben. Das neue Gesetz über die Gewerkschaften beraubt das Proletariat im Falle eines Krieges nicht nur einer solchen Waffe im Kampfe gegen den Krieg, wie es der Generalstreik ist, sondern das Streikrechts überhaupt. Die Regierung bekommt die Möglichkeit, sogar in Friedenszeiten jeden beliebigen Streik für ungesetzlich zu erklären. In **Italien** wird unter dem schärfsten Terror gegen die Arbeiterklasse und mit Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsführer (d'Aragona und Co.) eine Maßnahme durchgeführt: die „Verstaatlichung" der Gewerkschaften, was in Wirklichkeit gleichbedeutend ist mit einer völligen Liquidierung der selbständigen Klassenorganisationen der arbeitenden Massen. Was die Bourgeoisie nicht einmal während des Weltkrieges zu tun wagte, das führt jetzt der italienische Faschismus vor unseren Augen durch. Die Praxis des „Burgfriedens" wird logisch zu Ende geführt. Schließlich wird in **Frankreich** das Gesetz über die „Bewaffnung der Nation" angenommen, dessen Wesen in einer unerhörten, in alle Poren des politischen und wirtschaftlichen Lebens eindringenden Militarisierung besteht. Diesem Gesetze gemäß wird im Falle eines Krieges die gesamte Bevölkerung, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, sowohl im Mutterlande als auch in den Kolonien mobilisiert. Die Arbeiter in den Betrieben werden den Soldaten gleichgestellt. Die Gewerkschaften werden militarisiert. Ebenso werden auch alle anderen Organisationen militarisiert. Das Streikrecht wird also aufgehoben. Jedem Streikenden droht das Feldgericht. In **Japan** werden die Schulen militarisiert und Zuchthausgesetze gegen Streiks der Arbeiter für den Fall eines Krieges eingeführt. In **Deutschland** wird der achtstündige Arbeitstag abgeschafft, der eine Errungenschaft der deutschen Revolution war; ein neuer Gesetzentwurf gegen die Streiks wird vorbereitet. Die Faschisten erobern allmählich von innen heraus den Staats- und Verwaltungsapparat. In **Polen** überbietet die Reaktion im Innern gegenüber der Arbeiterklasse die Verwaltungsmethoden des Zarismus. Die nationalen Organisationen der Weißrussen und anderer nationaler Minderheiten werden zerschlagen. Durch Korruption und Bestechung werden Agenturen Pilsudskis geschaffen, deren Aufgabe darin besteht, unter den nationalen Minderheiten die Rückendeckung im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion sicherzustellen. Durch ähnliche Methoden sichert **Rumänien** sein Hinterland in Bessarabien. All diese Maßnahmen sind nur einzelne Teile eines und desselben Mobilisierungsplanes.

12. Eine nicht geringe Rolle in diesem Plane spielen die bewaffneten Organisationen der Bourgeoisie. Das vom Weltkrieg 1914 kannte der Kapitalismus diese Art einer reinen Klassenarmee der Konterrevolution in solchem Umfange nicht.

Er bediente sich zum Kampfe gegen die Massenbewegung der Massen der „staatlichen" Organe, der ständigen Armee, der Polizei und der Gendarmerie. Die Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Kriege beseitigte die letzten Ueberreste der „Demokratie" innerhalb der Bourgeoisie. Ueberall organisiert das Kapital seine Kampforganisationen, deren zahlenmäßige Stärke in einer Reihe von Ländern die einer regulären Armee übertrifft. Die Aufgabe dieser Kampforganisationen besteht in „Friedenszeiten" in der Unterstützung der Reaktion im Innern, während eines Krieges in folgendem:

a) Eine zuverlässige ständige Reserve zur Unterdrückung der revolutionären Bewegungen zu bilden, die während des Krieges oder zu Ende des Krieges entstehen können;

b) Die Massen im Falle einer Mobilisierung mit Bajonetten in den Krieg zu treiben;

c) Vorbereitete Kaders für die jetzigen Armeen im Falle eines imperialistischen Krieges zu bilden.

Von ernster Bedeutung für die Stärkung der Rückendeckung des Kapitalismus im Kriege ist auch die Arbeit, die die nationalistischen Parteien und faschistischen Organisationen unter den Frauen durchführen, wobei sie besonders die Rolle der Frauen während des Krieges im Wirtschaftsapparat (Munitionsfabriken, Landwirtschaft, Transportwesen, in der Verwaltung usw.) berücksichtigen.

13. Jeder imperialistische Krieg ist ein Krieg gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen. Er schafft alle Freiheiten ab, er stärkt gewaltig den Apparat der Ausbeutung und der Unterdrückung des Kampfes der Arbeiterklasse. Aber der Krieg gegen die Sowjetunion wird ein besonderer Krieg sein. Er wird unmittelbar ein Krieg gegen die Arbeiterklasse und gegen den Kommunismus auf dem ganzen Erdball, vor allem in Europa sein. Bereits jetzt versucht die Bourgeoisie durch Einführung von Ausnahmegesetzen gegen die kommunistischen Parteien den Boden für den Krieg vorzubereiten und sich freie Hand zu lassen. Die Bourgeoisie wird bestrebt sein, die aktivsten Kaders des Proletariats physisch auszurotten. Dafür ist ein klarer Beweis der Kampf, den sie bereits jetzt gegen den Kommunismus führt. In China läßt sie die Kommunisten durch Tschang Tso Lin und Tschang Kai Schek in der barbarischsten Weise erdrosseln und erschießen, meuchelt sie in Italien, Latein-Amerika, erschießt sie auf dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0011

Balkan, in Rumänien, Bulgarien, Polen und Litauen. In der Tschechoslowakei werden Spionageprozesse gegen die Kommunisten geführt. In Frankreich wird eine Hetze gegen die Kommunisten, als angebliche Agenten eines fremden Staates, eröffnet und damit werden neue Verfolgungen vorbereitet. In Deutschland und Ungarn werden die Kommunisten zu Dutzenden in Zuchthäuser geworfen. Die Bourgeoisie tritt in den imperialistischen Kriegen überhaupt alle internationalen Abkommen mit Füßen, die die barbarischen Methoden der Kriegsführung begrenzen; in dem imperialistischen Klassenkrieg gegen die Sowjetunion und die rebellierenden Kolonialvölker wird sie die entsetzlichsten Mittel zur Vernichtung der werktätigen Massen erst recht anwenden. Die Arbeitermassen müssen schon jetzt klar den konterrevolutionären Charakter der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie erkennen.

Das Anwachsen des Militarismus.

14. Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen zur Stärkung der Rückendeckung geht eine Mobilisierung aller Hilfsquellen für die Front des Krieges vor sich. Der Militarismus wächst von Tag zu Tag, die Kriegsbudgets wachsen (die Ausgaben für den Krieg sind fast auf das Doppelte gestiegen). Die Kriegsindustrie hat eine geradezu märchenhafte Ausdehnung erlangt. Die kapitalistischen Armeen, die ihre Reserven an Menschenmaterial erschöpft haben, konzentrieren ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die technische Vervollkommnung der Kriegsmaschinerie. Die Zahl der Maschinengewehre in den Armeen wird vermehrt, die Schußweite des Artilleriefeuers, die Tragfähigkeit der Flugapparate wird gesteigert, die Explosionskraft und der Radius der Bomben werden vergrößert, es werden Tanks für Einzelpersonen eingeführt, man erfindet neue Gase, es werden besondere Flammenwerfer konstruiert, um ganze Regimenter und Divisionen zu vernichten. Es wird der sogenannte Bakteriologische Krieg vorbereitet, der ansteckende Krankheiten unter den Truppen des Gegners verbreiten soll usw. usw.

15. Der künftige Krieg ist ein mechanisierter Krieg. Jedes Land wird in eine gewaltige Fabrik von Zerstörungsmitteln umgewandelt werden. Dem Motor wird bei der Mechanisierung des Mordes die ausschlaggebendere Stelle eingeräumt werden. Aber gerade weil die Kriegstechnik die höchste Entwicklungsstufe erreicht hat, werden die kapitalistischen Staaten gewaltige Menschenmassen in die Kampfgebiete werfen müssen. Zu diesem Zwecke reorganisieren die kapitalistischen Staaten ihre Armeen durch Militarisierung der gesamten Bevölkerung neben den großen ständigen Kadertruppen. Zugleich wird infolge der ausgedehnten Anwendung des Flugzeuges, der Zerstörungskraft der modernsten Bomben, des weittragenden Artilleriefeuers der Unterschied zwischen Front und Hinterland verschwinden. Der kommende Krieg wird in seinen Auswirkungen alle Schrecken überbieten, die die werktätigen Massen im Kriege 1914/18 auszukosten hatten.

Aber infolge dieses Charakters des Krieges wächst die Bedeutung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, ohne deren Mitwirkung der Krieg undenkbar ist. Ihr Widerstand gegen den Krieg wird zusammen mit dem revolutionären Kampf der Armee gegen den Krieg für die Imperialisten verhängnisvoll werden.

Die ideologische Vorbereitung des Krieges.

16. Die Hauptfunktion der Internationalen Sozialdemokratie und der Amsterdamer Internationale nach dem Kriege 1914/18 bestand darin, daß sie eine Art Agitationsabteilung der internationalen Bourgeoisie war, die die ideologische Rechtfertigung der Gemeinheiten des kapitalistischen Systems zu liefern hatten. Zwischen dem Kapital und der Sozialdemokratie bestand eine Arbeitsteilung. Der Kapitalismus rüstete und traf seine technischen Vorbereitungen zum Krieg, die Sozialdemokratie dagegen bereitete den Krieg ideologisch vor. Diese Vorbereitung ging in zweifacher Weise vor sich:

a) durch die Rechtfertigung des Krieges der Imperialisten. Der Theorie **Hilferdings** über den Ultraimperialismus, über die „pazifistische" Epoche, die durch die Uebertragung der Methode der Kartellierung und der „Grundsätze der Demokratie" auf die Außenpolitik gekennzeichnet wird, entsprach die Praxis der sozialdemokratischen Parteien: die Propaganda für den Völkerbund als ein Organ, das imstande ist, den Krieg zu verhüten; die Unterstützung des Wilsonismus, des Dawes-Planes, des Locarno-Paktes usw. Durch diese Politik hat die Sozialdemokratie die Wachsamkeit der Massen eingeschläfert und bei ihnen die Illusion erweckt, daß die Epoche der Kriege bereits zu Ende sei.

b) Gleichzeitig hat die Sozialdemokratie aktiv den Krieg gegen die Sowjetunion und die werktätigen Massen der Kolonien vorbereitet. Die einzelnen Phasen dieser Vorbereitung waren: Die Resolution des Marseiller Kongresses der II. Internationale, die den „Weltbolschewismus" (proletarische Revolution) als die größte Gefahr für den Frieden bezeichnete, die verlogene und niederträchtige Propaganda gegen den „Roten Imperialismus", gegen den Terror in der Sowjetunion, gegen den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, schließlich die Granatenkampagne und endlich die letzten Resolutionen des Exekutivkomitees der II. Internationale, die die Losungen ausgaben, daß man, um den Kampf gegen den Faschismus zu führen, mit dem Bolschewismus ein Ende machen muß.

Ebenso verräterisch und offen konterrevolutionär ist der Standpunkt der anarchistischen und syndikalistischen Führer, die, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Diktatur der proletarischen Führer, gegen die wirtschaftliche und politische Zentralisation der Sowjetunion, in Wirklichkeit eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie bei der Vorbereitung des Angriffes auf den ersten Arbeiterstaat der Welt, der von allen Seiten von imperialistischen Feinden umgeben ist, durchführen."

17. Diese ganze verräterische Kampagne soll jene „neutrale" Haltung rechtfertigen für den Fall, daß die kapitalistischen Länder einen Krieg gegen die Sowjetunion beginnen; eine Haltung, die die Sozialdemokratie durch den Mund Breitscheids den deutschen Arbeitern empfiehlt.

Die gerissenen Betrüger aus der deutschen Sozialdemokratie verstehen ausgezeichnet, daß eine solche „Neutralität" unmöglich ist, daß die chemische Industrie Deutschlands wahrscheinlich für alle gegen die Sowjetunion kriegführenden Länder arbeiten wird, daß die deutschen Verkehrsmittel für sie Kriegsmaterial aus England und Italien transportieren werden, daß man die deutschen Arbeiter ebenso wie die Proletarier anderer Länder zwingen wird, für den Krieg, gegen die arbeitenden Massen der Sowjetunion zu arbeiten.

Wenn aber der Standpunkt der „Neutralität" von der deutschen Sozialdemokratie unterstützt wird, weil er mit dem Standpunkt des deutschen Imperialismus zusammenfällt, so sind andere Parteien der II. Internationale, wie z. B. die polnische Sozialdemokratie, zusammen mit ihrer Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern die aktivsten Vorkämpfer eines Krieges gegen die Sowjetunion. Ueberall fällt der Standpunkt der Sozialdemokratie mit den Interessen ihrer nationalen Bourgeoisie zusammen. In der letzten Zeit ist in der Evolution der Sozialdemokratie etwas Neues festzustellen. Dieses Neue besteht darin, daß in einigen Ländern die Sozialdemokratie über die aktive Unterstützung der imperialistischen Politik ihrer Regierung hinausgeht. Sie nimmt die Initiative der imperialistischen Politik und der Rüstungen der Bourgeoisie auf den Händen. Der Standpunkt der französischen Sozialisten, die durch Paul Boncour ein neues Militärgesetz einbrachten, ist eines der krassesten Beispiele dieser neuesten „Evolution" der Sozialdemokratie.

18. Einen nicht geringeren Anteil an der Demoralisierung des Proletariats haben auch die sogenannten „ultralinken" Gruppierungen. Wenn die Sozialdemokratie in der Kampagne gegen die Sowjetunion die Bourgeoisie unterstützte, unterstützen die Ultralinken dabei die Sozialdemokratie. Jetzt, wo die Vorbereitung des Ueberfalls auf die Sowjetunion ganz offenbar wird, wo die berufsmäßigen Einbrecher aus Scotland Yard die Räume der Sowjetvertretung in London demolieren, ist der objektive Sinn und die objektive Bedeutung des „ultralinken" Renegatentums ganz klar. Im Lichte der Antisowjetkampagne erkennt man dieses Renegatentum als eines der Elemente der Desorganisierung der Rückendeckung der Sowjetunion im Falle eines Krieges. Und insofern diese Fraktion versucht, sich im internationalen Maßstabe zu organisieren, ist sie gleichzeitig ein Element der Desorganisation des Kampfes der Komintern gegen den Krieg.

19. Die Stellungnahme der II. Internationale in der chinesischen Frage war nicht minder verräterisch als ihr Standpunkt zur Sowjetunion. Die II. Internationale rührte keinen Finger, um die Konzentration der ausländischen Truppen in China zu verhindern. Ihre Führer treten in zynischer und frecher Weise für den Krieg in China ein. Wenn solche Führer der II. Internationale wie **Thomas** mit der Politik ihrer Regierung in der chinesischen Frage irgendwie nicht einverstanden waren, so nur deswegen, weil ihrer Ansicht nach die Regierung zu wenig Truppen schickte, während man mehr brauche. Ein anderer Führer der II. Internationale, **MacDonald**, erklärte, daß in den „Settlements" entsprechende bewaffnete Kräfte vorhanden sein müßten. Die II. Internationale unterstützt offen den chinesischen Galifet **Tschang Kai Schek** nach den Erschießungen in Schanghai (siehe „Hamburger Echo" vom 19. April). Die Versuche des chinesischen Proletariats, die Hegemonie der nationalen Bewegung in seine Hände zu bekommen, rufen einen erbitterten Widerstand der gesamten II. Internationale und Sozialdemokratie hervor.

20. Nicht minder verbrecherisch und gemein ist der Standpunkt des sogenannten „linken" Flügels der Sozialdemokratie (**Otto Bauer, Paul Levi** u. a.) in der Kriegsfrage:

a) Seine verbrecherische Passivität gegenüber dem bereits begonnenen Krieg gegen China verdeckt dieser Flügel der Sozialdemokratie durch Redensarten über die Gefahr imperialistischer Kriege im allgemeinen.

b) Zusammen mit **Hilferding** unterstützen diese „Linken" die überaus gefährliche Illusion, daß der Imperialismus an und für sich nicht gefährlich sei, daß er nur gefährlich wird, wenn er mit der Reaktion zusammenfällt (siehe den österreichischen sozialdemokratischen „Kampf").

c) In ihrer Kampagne gegen die Sowjetunion verwenden sie dieselben vergifteten Waffen wie der rechte Flügel der Sozialdemokraten.

Dieser Flügel der Sozialdemokratie ist der gefährlichste, weil seine Führer den Standpunkt der rechten Sozialdemokraten mit „linken" Phrasen verdecken, weil sie die rechten Sozialdemokraten und die Bourgeoisie stets im kritischen Moment retten und durch Irreführung der Arbeiter der Bourgeoisie die Durchführung ihrer Pläne erleichtern.

21. Die kommunistischen Parteien können in ihrem Kampfe gegen die Intervention im revolutionären China, für den Frieden mit der Sowjetunion auf die Anwendung der Einheitsfronttaktik nicht verzichten. Im Gegenteil! In diesem Kampfe ist die möglichst breite Anwendung der Einheitsfronttaktik ebenso im Interesse der Mobilisierung der breitesten Schichten der Arbeiter, der Bauern und der unterdrückten Nationen, wie im Interesse der Enthüllung der pazifistischen Illusionen eine unbedingte Notwendigkeit. Dabei darf man auch keinen Moment vergessen, daß die sogenannten „linken" sozialdemokratischen Führer (wie **Paul Levi** in Deutschland, **Bracke** in Frankreich, in England solche Laboursten wie **Maxton, Wheatley** und solche „linken" Gewerkschaftsführer wie **Purcell** und **Hicks**) in der Arbeiterbewegung die gefährlichsten Feinde des Kommunismus sind. Sogar aufrichtigere Führer einer linken Opposition innerhalb der Sozialdemokratie sind, solange sie noch schwanken und schwatzen, aber nicht bereit sind, organisatorisch die Beziehungen mit der sozialdemokratischen Parteileitung zu brechen, durch die Kommunistische Partei aufs stärkste zu kritisieren und ihre betrügerische Rolle vor ihren Arbeiteranhängern zu entlarven.

Gleichzeitig aber ist die Gewinnung der linken sozialdemokratischen Arbeiter für die revolutionäre proletarische Einheitsfront niemals eine so wichtige Aufgabe für die kommunistischen Parteien gewesen wie gerade in der gegenwärtigen Situation, genau so, wie es auch unsere Aufgabe ist, andere linke Arbeiter (wie z. B. anarchosyndikalistische) zu gewinnen.

Ueber Abrüstung und Pazifismus.

22. In einer Situation der gesteigerten Vorbereitungen zu imperialistischen Kriegen ist alles Gerede der kapitalistischen Regierungen und der kleinbürgerlichen Pazifisten über Abrüstung die größte Heuchelei und der größte Hohn. (Washingtoner Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen zur See vom Jahre 1922 ist faktisch durchbrochen worden, der Mißerfolg der „Abrüstungsvorschläge" Coolidges, das Fiasko der Genfer Konferenz im März 1927.) Die Kommunisten müssen den verlogenen und reaktionären Charakter der von der Bourgeoisie und ihren Agenten — den Sozialdemokraten — ausgegebenen Losungen der Abrüstung bei gleichzeitigem Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gründlich entlarven. Durch die Unterstützung einer solchen Losung sät man nur Illusionen, als ob ohne Vernichtung des Kapitalismus Kriege unmöglich gemacht werden könnten. Keine Vorschläge der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten zur Verminderung der Rüstungen und des Militäretats können die Gefahr eines Krieges in der imperialistischen Epoche verringern.

Das einzige Land, das in Wirklichkeit seine Armee bis zum Aeußersten eingeschränkt hat, ist die **Sowjetunion.** Sie ist unter allen bestehenden Staaten die einzige feste Stütze des Friedens. Sie, die im Oktober unter dem Zeichen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg entstanden ist, war im Laufe von zehn Jahren eine schwere Belastung für die europäischen Imperialisten, die sie hinderte, die werktätigen Massen aufeinanderzuhetzen. Diese Rolle kann die Sowjetunion auch in Zukunft spielen, wenn ihre Politik von der internationalen Arbeiterklasse unterstützt wird. Die Politik der Sowjetunion, die die Abrüstung zum Ziele hat, ist die Politik eines Staates, in dem das Proletariat die Macht hat und die Grundlage zu einer neuen Gesellschaftsordnung aufbaut, durch die Kriege unmöglich gemacht werden. Deshalb muß auch das internationale Proletariat zum Standpunkt der Sowjetunion in der Frage der Abrüstung eine prinzipiell andere Stellung einnehmen als zu den heuchlerischen Abrüstungsprojekten der kapitalistischen Staaten.

23. Es besteht kein Zweifel, daß die Millionen der werktätigen Massen, die den imperialistischen Krieg von 1914—1918 durchgemacht haben, keinen neuen Krieg wollen. Die Wunden des Krieges sind noch zu frisch. Diese Arbeiter sind aufrichtig bereit, gegen den Krieg zu kämpfen. Aber sie sehen, infolge des Betruges der Sozialdemokratie, noch nicht den klaren Weg und haben noch keine revolutionäre Grundlage. Darin haben wir den Grund zu suchen für den nebelhaften, gefühlsmäßigen Pazifismus, an dem die Arbeiterklasse noch immer krankt. Dieser Pazifismus hat nichts gemein mit dem bewußten Betrug der bürgerlichen Pazifisten, Pfaffen und anderer Scharlatane, deren Aufgabe darin besteht, die negativen Seiten der kapitalistischen Gesellschaft zu beschönigen.

24. Zwischen diesen beiden Arten von Pazifismus muß man genau unterscheiden. Wenn die Kommunisten bereit sind, in geduldiger Weise wochen-, sogar monatelang die Arbeiter über ihre Fehler aufzuklären, sie zur „Einheitsfront der Arbeiter" mit der Avantgarde der Arbeiterklasse zusammenzufassen, ihnen im Prozeß des Kampfes beizubringen, wie diese Fehler zu überwinden sind, so müssen sie gegenüber den „Führern", die die unklaren pazifistischen Stimmungen des Proletariats benutzen, um daraus einen „Standpunkt" zu machen und ihm diese oder jene falsche prinzipielle Begründung geben — besonders unerbittlich auftreten.

„Eine der Formen der Verdammung der Arbeiterklasse — schrieb **Lenin** während des Krieges im Jahre 1915 — ist der Pazifismus und das abstrakte Eintreten für den Frieden. Unter dem Kapitalismus, insbesondere in seinen imperialistischen Stadien, sind Kriege unvermeidlich . . . . Die Propaganda für den Frieden in der gegenwärtigen Zeit, ohne Aufforderung an die Massen zu revolutionären Handlungen, ist nur imstande, Illusionen zu erzeugen und das Proletariat durch Einflößen von Vertrauen zur Humanität der Bourgeoisie zu zersetzen, um es zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegführenden Länder zu machen."

(Lenin, Gesammelte Werke, Band XIII, Seite 51. „Der Pazifismus und die Losung des Friedens.")

25. Zu der Zahl dieser pazifistischen Wirrköpfe, die die Propaganda für den Frieden nicht mit der Aufforderung zur revolutionären Aktion begleiten, gehört in erster Linie die englische unabhängige Arbeiterpartei, die keinen einzigen praktischen Schritt unternommen hat zur Mobilisierung der englischen werktätigen Massen, Soldaten und Matrosen zum Kampfe gegen den englischen Imperialismus. Die unabhängige Arbeiterpartei hat die Einheitsfront mit den Kommunisten hartnäckig abgelehnt. Sie hat den „gewaltsamen" und bewaffneten Kampf der chinesischen werktätigen Massen gegen die ausländischen Imperialisten verurteilt, sie trat für „Verhandlungen" ein, um die weitere Entwicklung der nationalen revolutionären Bewegung in China zu paralysieren.

Nicht weniger schädlich ist auch eine andere Abart dieses „sozialistischen Pazifismus". Es ist dies ein eigenartig religiös-mystischer Antimilitarismus, der von Lansbury und von der unabhängigen Arbeiterpartei vertreten und unterstützt wird. Dieser „Antimilitarismus" beschränkt sich auf das Stimmen gegen die Kriegskredite, das Predigen der individuellen und kollektiven Verweigerung des Kriegsdienstes und des Transportes von Waffen für Kriegszwecke. Diese Gruppe gerät immer mehr unter den Einfluß der Arbeiterpartei und kapituliert vor dem britischen Imperialismus. Dieser pseudosozialistische Pazifismus ist deshalb so gefährlich, weil er bei den Arbeitern die Illusion erzeugt, daß die Sozialdemokratie, wenigstens ihr pazifistischer Teil, bereit ist, gegen den Krieg zu kämpfen. In Wirklichkeit aber vertuscht sie die Frage über die wirklichen Methoden des Massenkampfes gegen den Krieg.

Taktische Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.

26. Die Stellung Lenins zu den Kriegen bestimmt die Taktik der kommunistischen Parteien für eine ganze geschichtliche Epoche, die Epoche der imperialistischen Kriege. Losungen wie „Krieg dem Kriege", „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg" oder „der Niederlage der eigenen bürgerlichen Regierung im imperialistischen Krieg" — diese Losungen sind auch heute klassische Beispiele eines wahren revolutionären Internationalismus. Das Verdienst des Leninismus ist es, daß er die Fragen des Krieges in ihrer konkreten geschichtlichen Bedingtheit behandelt hat; er hat drei Typen von Kriegen festgestellt: a) Kriege, die die imperialistischen Staaten untereinander führen, b) nationalrevolutionäre Kriege, auch der Kolonialländer (China), gegen den Imperialismus, c) Kriege der kapitalistischen Gegenrevolution gegen die proletarische Revolution und gegen die Länder, in denen der Sozialismus aufgebaut wird. Der Komintern bleibt gegenwärtig nur noch die Aufgabe übrig, die allgemeine Behandlung der Kriegsfrage, die der Bolschewismus am vollständigsten für die Kriege imperialistischer Staaten gegeneinander gegeben hat, in Anwendung auf die beiden letzten Typen von Kriegen zu konkretisieren.

27. a) Der Bolschewismus tritt vor allem gegen eine leichtsinnige Behandlung der Kriegsfrage auf. In einem Entwurf von Direktiven für die russische Delegation zur Haager Konferenz warnte **Lenin** besonders nachdrücklich vor einer leichtsinnigen Behandlung der Frage der Mittel des Kampfes gegen den Krieg. Er empfiehlt allen kommunistischen Parteien, die realen Bedingungen, unter denen der Krieg entsteht, zu studieren: Das Geheimnis der Kriegsvorbereitung, das Unerwartete des Kriegsausbruches, die Hilflosigkeit der „gewöhnlichen Organisation der Arbeiter", auch wenn diese sich angesichts eines wirklich drohenden Krieges als revolutionär bezeichnet. Ferner die Tatsache, daß die Frage der Vaterlandsverteidigung von der

„ungeheuren Mehrheit der Werktätigen zugunsten der eigenen Bourgeoisie entschieden werden wird, da die Bourgeoisie, die über alle Mittel der Information verfügt, durch ihren Staatsapparat einen gewaltigen Druck ausüben wird, usw. usw.".

„Der Boykott des Krieges", so schreibt **Lenin**, „ist eine dumme Phrase."

b) Der Bolschewismus entlarvte auch an Hand der Erfahrungen des Krieges von 1914 den Verrat derjenigen, die eine ernste und hartnäckige Vorbereitung des Kampfes gegen den Krieg durch leere Phrasen ersetzten. Bekanntlich waren **Lenin** und **Rosa Luxemburg** die Verfasser des Abänderungsantrages zur Resolution des Baseler Kongresses, die empfiehlt, im Falle eines Krieges

„an der Beschleunigung des Zusammenbruches des Kapitalismus im Geiste der Kommune, des russischen Generalstreiks im Oktober und des Dezemberaufstandes (in Moskau) von 1905"

zu arbeiten. Aber der Bolschewismus kämpfte sowohl gegen den Anarchosyndikalismus als auch gegen die alte Schule **Hervés**, die zwar den „Generalstreik", den „Aufstand", die „Sabotage der Mobilmachung" im Munde führten, aber keinen einzigen praktischen Schritt unternahmen, um den Kampf gegen den Krieg vorzubereiten, um im Moment der Kriegserklärung nicht vollkommen hilflos dazustehen. Der Weltkrieg bestätigte die schlechtesten Voraussagen über diese Sorte von „Revolutionären".

28. Die Stellung **Lenins** in der Frage der **„Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg"**, die in der Folge durch die Erfahrungen der russischen Revolution bestätigt worden ist, kann in folgenden Hauptpunkten zusammengefaßt werden:

I. Damit die Revolution erfolgreich sei, ist vor allen Dingen erforderlich, daß eine revolutionäre Situation vorhanden ist, die aus einer Reihe von militärischen Mißerfolgen und Niederlagen der am imperialistischen Krieg beteiligten kapitalistischen Regierungen entsteht, d. h. eine Situation, in der

a) „es für die herrschenden Klassen unmöglich ist, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrechtzuerhalten; es kommt zu einer Krise in den „oberen Schichten" in dieser oder jener Form.

b) Eine Verschärfung des Elends und der Armut der unterdrückten Klassen über das gewöhnliche Maß hinaus.

c) Eine bedeutende Erhöhung der Aktivität der Massen, aus den erwähnten Gründen."

II. „Aber diese objektiven Ursachen allein genügen nicht, um einen siegreichen Ausgang der Revolution sicherzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0012

Dazu ist noch erforderlich die subjektive „Fähigkeit" der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die mächtig genug sind, die Regierung niederzuwerfen. „Oder an die Wand zu drücken." Denn die Regierung wird nie, selbst nicht in Zeiten von Krisen, „stürzen", wenn sie nicht „gestürzt" wird."

(Lenin, Band VIII, Seite 1. „Der Zusammenbruch der Internationale".)

III. Die revolutionäre Klasse muß außerdem eine erprobte bolschewistische Führung (heute: Kommunistische Partei) besitzen, die fähig ist, die revolutionären Massenaktionen dieser Klasse vorzubereiten und zu organisieren. In der Periode der Vorbereitungen zu revolutionären Massenaktionen muß diese Führung jede „legale" Möglichkeit ausnützen, und in den Massen eine unaufhörliche Agitation gegen den imperialistischen Krieg unter der Losung „seiner Umwandlung in einen Bürgerkrieg" treiben. Lenin übersah dabei nicht, daß diese Agitation auf einen erbitterten Widerstand der herrschenden Klassen stoßen wird.

„Nicht nur im Falle eines Krieges" — so schrieb Lenin — „sondern bei jeder Zuspitzung der politischen Lage, gar nicht zu reden von irgendwelchen revolutionären Massenaktionen, wird die Regierung des freiesten kapitalistischen Landes stets mit der Auflösung der legalen Organisationen, der Beschlagnahme der Kassen, der Verhaftung der Führer und ähnlichen „praktischen Konsequenzen" drohen. Was soll man tun?"

Lenin antwortete auf diese Frage, daß es notwendig sei, die legale Tätigkeit der Arbeiterpartei

„durch Schaffung einer illegalen Basis für eine illegale Organisation zu ergänzen, durch illegale sozialdemokratische (lies jetzt: kommunistische) Tätigkeit, ohne dabei irgendeinen legalen Stützpunkt aufzugeben." Lenin, Band VIII, Seite 178. „Der Zusammenbruch der II. Internationale.")

Gleichzeitig kritisiert Lenin diejenigen, die versuchen, den Kampf der Massen gegen den Krieg durch individuelle Handlungen, wie z. B. Sabotageakte oder individuelle Verweigerung des Heeresdienstes, zu ersetzen.

„Nicht die Sabotage des Krieges, nicht die individuellen Handlungen von einzelnen, sondern eine Massenpropaganda, die zur Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg führt."

Lenin hat das ungeheuerliche System der Militarisierung, das die herrschenden Klassen Frankreichs jetzt, im 13. Jahre nach Ausbruch des Weltkrieges, einführen wollen, genau vorausgesehen.

„Heute militarisiert die imperialistische Bourgeoisie" — so schreibt er —, „nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie vielleicht auch dazu übergehen, auch die Frauen zu militarisieren ..." (XIII. Bd., S. 452.)

Lenin gibt der Arbeiterklasse folgenden Rat:

„Man wird dir ein Gewehr geben, nimm das Gewehr und bemühe dich, das Waffenhandwerk gut zu erlernen. Die Proletarier müssen das wissen, nicht, um auf ihre Arbeitsbrüder aus den anderen Ländern zu schießen, wie das im gegenwärtigen Kriege geschieht, und wie das die Verräter am Sozialismus zu tun raten, — sondern, um gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen ein Ende zu machen. Ein Ende, nicht durch fromme Wünsche, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie durch die Entwaffnung der Bourgeoisie.". (Lenin, XIII. Band, Seite 453.)

29. So lehrte Lenin die Kommunisten, wie sie gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen haben.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus in der gegenwärtigen Situation für die Kommunistischen Parteien?

1. Der Bolschewismus verlegt das Schwergewicht des Kampfes gegen den Krieg in die Massenbewegung und den Kampf der Massen. Die Tätigkeit unter den Massen in den Betrieben, in den Gewerkschaften, auf dem Lande, in der Armee — das ist die Aufgabe der Kommunisten vor Ausbruch und während des Krieges, das ist der Weg zur Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg.

2. Die äußerst schweren Bedingungen, unter denen die Arbeiterorganisationen während des Krieges zu arbeiten haben (Lenin, Instruktionen für die Delegation nach dem Haag), verpflichten die Kommunistischen Parteien, jeden Augenblick zum Kriege bereit zu sein. Die Kommunisten sind verpflichtet, den Kampf gegen den Krieg nicht erst dann anzufangen, wenn er ausbricht, wenn der Terror der Regierung die Massen für eine Zeitlang fesselt, sondern vor allem in der Periode der Vorbereitung des Krieges.

3. Die Kommunistischen Parteien müssen sowohl in der Zeit vor dem Ausbruch des Krieges als auch während des Krieges in hartnäckiger Tätigkeit einen illegalen Apparat zum Kampf gegen den Krieg schaffen, sie dürfen sich aber nicht lediglich auf Konspiration beschränken, sondern müssen sich die Freiheit für ihre Agitation bei der ersten Möglichkeit auf dem Wege der revolutionären Aktion erkämpfen und die Massen zum Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg, für die Eroberung der Macht durch das Proletariat, für den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der proletarischen Diktatur auf die Straßen führen.

4. Die Bolschewiki können nicht das ganze Problem des Kampfes gegen den Krieg nur als die Frage des „Generalstreiks" stellen. Ein Generalstreik, der nicht in einen bewaffneten Aufstand umschlägt, ist allein noch nicht imstande, einen imperialistischen Krieg unmöglich zu machen. Für die erfolgreiche Durchführung eines Generalstreiks und Aufstandes, d. h. also eines Bürgerkrieges ist erforderlich, das Vorhandensein einer revolutionären Situation, wie die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu Massenaktionen, eine starke Führung durch die Kommunistische Partei, eine systematische, hartnäckige Arbeit vor dem Kriege, die den Erfolg eines Aufstandes gegen die herrschende Klasse vorbereitet. Leere Phrasen oder ein bewußter Betrug sind deshalb die Versprechungen der kläglichen „Helden" der II. Internationale, den Krieg mit einem Generalstreik zu „beantworten". Der Kampf gegen den Krieg ist nicht ein einmaliger Akt, er erfordert gewaltige Opfer von der Arbeiterklasse, eine Reihe von Massenaktionen (Demonstrationen, Streiks in den Rüstungsbetrieben usw.), die durch den siegreichen Aufstand des Proletariats abgeschlossen werden. Die Kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um diese Massenaktionen immer breiter zu entfalten und immer weiter mit dem Kurs auf den Generalstreik zutreiben. Die Komintern ist sich dessen bewußt, daß in solchen Fällen, wo es sich um Krieg zwischen zwei imperialistischen Mächten handelt, meistens ein Generalstreik im Moment des Ausbruches des Krieges sehr schwer zu verwirklichen ist, aber es ist trotzdem unbedingt notwendig, daß die Kommunistischen Parteien in allen kapitalistischen Ländern ständig Propaganda und Agitation für den Generalstreik, sowohl vor dem Kriege wie auch während des Krieges führen.

Dabei darf jedoch nicht aus dem Auge gelassen werden, daß es von der revolutionären Entwicklung der Situation abhängt, wann die Losung des Generalstreiks als Aktionslosung aufgestellt werden kann, d. h. wann die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung des Generalstreiks vorhanden ist. Bei dem Generalstreik müssen die Kommunisten fest den Kurs auf seine Umwandlung in den bewaffneten Aufstand nehmen.

30. Ein Krieg gegen China und die Sowjetunion ist kein gewöhnlicher Krieg, es ist der imperialistische Krieg par excellence. Die Bedingungen, unter denen er verläuft, oder unter denen er, im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion, verlaufen wird, sind andere, als die Bedingungen von 1914.

1. Dieser Krieg ist ein besonderer Krieg, weil er ein offen kundiger Klassenkrieg ist. Hier kämpfen nicht Imperialisten mit Hilfe ihrer Völker gegeneinander, sondern eine Strafexpedition der Imperialisten marschierte aus, um die Arbeiter und Bauern niederzuwerfen. Das begreift jeder ehrliche Werktätige in den imperialistischen Ländern.

2. Der Fetisch der „Vaterlandsverteidigung" fällt für die Völker der imperialistischen Länder besonders im gegenwärtigen Krieg gegen China fort. Kein Mensch in der Welt, der noch bei Verstand ist, wird daran glauben, daß China die britischen Inseln mit einer Invasion bedrohe; deshalb sehen sich die Bourgeois und ihre Lakaien gezwungen, an Stelle der „Vaterlandsverteidigung" Sophismen zu setzen, wie „Schutz des Eigentums", „Schutz der Interessen", „Schutz des Prestiges", „Schutz der Flagge", „Schutz der Zivilisation gegen den Bolschewismus" usw.

3. Die Arbeitermassen haben die blutigen Erfahrungen des Krieges von 1914/18 hinter sich. Auch die Vorhut des Proletariats, die kommunistischen Parteien, haben diese Erfahrung gemacht. Sie durchschauen die Methoden der bürgerlichen Kriegsführung, sie sind in dieser Beziehung, wenn auch noch sehr schwach, so doch „beschlagen".

4. Endlich ist zum Unterschied vom imperialistischen Kriege von 1914 die Vorhut des Proletariats, die Kommunistischen Parteien, organisiert und in der Kommunistischen Internationale vereinigt, was vor 13 Jahren noch nicht der Fall gewesen ist.

31. Deshalb bestehen jetzt vielmehr Möglichkeiten für den Kampf gegen den Krieg, als in den Jahren 1914/1918. Daraus ergeben sich folgende Forderungen für die kommunistischen Parteien:

a) In dem imperialistischen Krieg par excellence, der gegen China und (in der Perspektive) gegen die Sowjetunion geführt wird, müssen die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, die diesen Krieg führen, wie in jedem imperialistischen Krieg ihren kapitalistischen Regierungen gegenüber Defaitisten sein.

b) In einem gewöhnlichen imperialistischen Krieg zwischen zwei kapitalistischen Staaten müssen die Arbeiter für die Niederlage ihrer eigenen Regierung eintreten; um so mehr müssen sie in den imperialistischen und gegenrevolutionären Krieg par exellence gegen die chinesische Revolution (heute gegen Wuhan) oder gegen die Sowjetunion aktiv für den Sieg der werktätigen Massen Chinas und der Sowjetunion kämpfen.

c) Die Losung der Verbrüderung, die von den Bolschewiki für die Soldaten im imperialistischen Kriege ausgegeben worden ist, bleibt auch jetzt als eine der wichtigsten Losungen antimilitaristischer Arbeit unter den Soldaten und Matrosen der imperialistischen Armeen und Flotten in Kraft. Diese Losung, die in erster Linie ihre Bedeutung für einen Krieg zwischen zwei imperialistischen Staaten beibehält, muß in dem Krieg der Imperialisten gegen das revolutionäre China (jetzt die Regierung in Wuhan) und die Sowjetunion verbunden werden mit der Aufforderung an die Soldaten der imperialistischen Armeen, im geeigneten Moment auf die Seite der Truppen der Revolution überzugehen.

d) Das Proletariat muß mit allen Mitteln kämpfen, um zu verhindern, daß die Imperialisten das revolutionäre China erdrosseln. Streiks der Transportarbeiter, der Arbeiter der Rüstungsindustrie, Generalstreik, um das revolutionäre China und die Sowjetunion zu verteidigen.

32. Die Internationale Arbeiterklasse findet in der Geschichte zahlreiche Beispiele des Kampfes der Kommunisten gegen den Krieg. Das sind vor allem die Erfahrungen der russischen Bolschewiki während des imperialistischen Krieges von 1914 bis 1918, die gewaltige Erfahrung der deutschen Spartakisten, der Kampf der europäischen Arbeiter der verschiedenen Länder während der Intervention von 1918 bis 1919, der Aufstand der Matrosen in Odessa, die Erfahrungen der österreichischen und jugoslawischen Genossen, die im Jahre 1919 gegen die Intervention in Ungarn gekämpft haben, die Aktionsausschüsse in England während des Krieges zwischen Sowjetrußland und Polen im Jahre 1920, die Verhinderung der Waffentransporte durch die Arbeiter Englands, Deutschlands, Italiens, die Partisanenkämpfe polnischer Arbeiter und Bauern im Rücken der polnischen Armee, die Erfahrungen der illegalen Arbeit in der Armee und des Kampfes gegen die Okkupation im Ruhrkrieg, die Erfahrungen der KP. Frankreichs und des französischen Jugendverbandes während der Kriege in Marokko und Syrien und schließlich die überaus reiche Erfahrung der kommunistischen Jugendinternationale. Die Verwertung dieser reichen Erfahrungen im gegenwärtigen Krieg gegen China ist eine elementare Pflicht aller Sektionen.

Die Losung der Volksmiliz und militärische Teilforderungen.

33. In der letzten Zeit wird die alte demokratische Losung der „Volksmiliz" von einer ganzen Reihe von kommunistischen Parteien durch die Losung „Miliz der Werktätigen" (Miliz der Arbeiter und Bauern) oder durch die Losung der „Bewaffnung des Proletariats" ersetzt. Ist diese Aenderung der Losung richtig, ist die Losung der „Volksmiliz" veraltet? Lenin hat bekanntlich noch in einem Artikel im April 1917 „Ueber die proletarische Miliz" die alte Losung der „allgemeinen Volksbewaffnung" für das revolutionäre Rußland jener Zeit gefordert.

In jener Zeit, im April, als die Masse der Soldaten die Menschewiki (hauptsächlich die Sozialrevolutionäre) unterstützte, hatte die „allgemeine Volksbewaffnung", die der imperialistischen Armee, die an der Front stand, entgegengestellt wurde, einen doppelten Sinn:

a) Als Garantie gegen eine mögliche militärische Gegenrevolution;

b) als eine Losung, die sich gegen den imperialistischen Krieg richtete: es war die Zeit des Umschlagens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische.

34. Was hat sich seit dieser Zeit geändert? 1. Ist für eine ganze Reihe von europäischen Ländern (Oesterreich, Ungarn, Deutschland) die Epoche der bürgerlichen Revolution abgeschlossen. Ebenso, wie sie seit langem für die Mehrheit der Länder Europas und Amerikas abgeschlossen ist; 2. hat sich die Lage insofern geändert, als der Klassenkampf während des letzten Jahrzehnts eine nicht dagewesene Schärfe erreicht hat, die Klassen bewaffnen sich offen, einerseits die Faschisten, anderseits die proletarischen Abwehrorganisationen (die Roten Hundertschaften in Deutschland und andere Organisationen), und schließlich muß das Proletariat 3. im Falle eines Sieges die Erfahrungen der russischen Revolution ausnützen; die russische Revolution ist von der Roten Garde, die aus bewaffneten Arbeitern bestand, zur Bildung einer Roten Armee übergegangen. Deshalb wäre es falsch, die Losung der „allgemeinen Volksmiliz" auf alle Länder zu übertragen, das wäre eine rein mechanische Lösung der Frage.

35. Die Fragen der Abschaffung des stehenden Heeres, der „Allgemeinen Volksmiliz", der „Bewaffnung des Proletariats", der „Miliz der Werktätigen" müssen in ihrer konkreten geschichtlichen Bestimmtheit gestellt werden.

1. In modernen kapitalistischen Ländern, in denen die Periode der bürgerlichen Revolution abgeschlossen ist, müssen die kommunistischen Parteien neben der Forderung der Abschaffung der stehenden Heere in der Regel die Losung der „Bewaffnung des Proletariats" aufstellen. Diese Losung ist besonders aktuell:

In der Periode der unmittelbaren Vorbereitung zum Bürgerkrieg, zum Kampf um die Diktatur des Proletariats und auch während des Bürgerkrieges, wenn die Bourgeoisie über faschistische Organisationen verfügt.

2. Die Losung der Roten Armee wird nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat aktuell. Die Rote Armee dient zur Liquidierung der letzten Reste der bürgerlichen Konterrevolution im Lande selbst und zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen die kapitalistische Welt.

3. Die Losung der Miliz der Werktätigen, die die Abschaffung der stehenden Heere voraussetzt, hat gegenwärtig eine propagandistische Bedeutung. Ihre Verwirklichung setzt den Sieg der proletarischen Revolution in einer Reihe von bedeutenden kapitalistischen Staaten voraus. Die kommunistischen Parteien müssen in ihrer Propaganda für die Losung das Schwergewicht auf die Forderung der Entwaffnung der Bourgeoisie, der faschistischen Organisationen, der Polizei, der Gendarmerie verlegen.

4. Die Losung der allgemeinen Miliz ist nicht veraltet, sondern muß aufgestellt werden: 1. in Kolonialländern, die die Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution noch nicht durchgemacht haben (Syrien, Marokko, Aegypten usw.); 2. in kapitalistischen Ländern, wo infolge des Vorhandenseins von feudalen Ueberresten noch bürgerlich-demokratische Revolutionen möglich sind, die bei einer günstigen internationalen Lage in sozialistische Revolutionen übergehen können; in einer Reihe von Ländern, wo die Militärclique Staatsstreiche macht (Pronunciamento), wie Griechenland, Spanien; 3. in kapitalistischen Ländern, wo sogar die Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution abgeschlossen ist, die aber in eine halbkoloniale Abhängigkeit vom Weltkapital geraten sind, und zwar dann, wenn dort eine mächtige nationalrevolutionäre Bewegung gegen die Unterdrücker vorhanden ist.

36. Die Kommunisten sind verpflichtet, solche Teilforderungen der Soldaten und Matrosen zu unterstützen, wie z. B.: Wählbarkeit der Offiziere, das Territorialsystem in bezug auf die Leistung des Militärdienstes, die nationalen Formierungen, das aktive und passive Wahlrecht, die Verbesserung der materiellen Lage der Soldaten, die Sicherstellung der Familien, die Verlängerung des Urlaubs usw. Alle diese Forderungen müssen die Kommunisten bei ihrer Agitation in Verbindung mit den allgemeinen Parolen bringen (Bewaffnung des Proletariats, Miliz der Werktätigen usw.).

Fehler und Mängel der kommunistischen Parteien.

37. Um den Aufgaben des Kampfes gegen den Krieg in vollem Maße gerecht zu werden, muß sowohl die Komintern als Ganzes und müssen ihre einzelnen Sektionen ihre Fehler unerbittlich aufdecken und vorhandene Mängel korrigieren.

1. Eine allgemeine Erscheinung in fast allen Sektionen der Komintern ist die Unterschätzung der Kriegsgefahr. Alle kommunistischen Parteien verhalten sich so, als ob der Krieg eine Sache der mehr oder minder entfernten Zukunft wäre und nicht die blutige Wirklichkeit von heute. In einigen Ländern lassen die kommunistischen Parteien sich von den Stimmungen der breiten parteilosen Massen beeinflussen, die den Krieg im entfernten China noch nicht so stark fühlen. In anderen Ländern, die außerhalb der Knotenpunkte der Weltpolitik liegen, lassen sie sich von der „Neutralität" beeinflussen, die durch die internationale Rolle dieser Länder bedingt wird (Skandinavien), in einer dritten Gruppe von Ländern lassen sie sich in gewissem Maße durch die bürgerliche Presse beeinflussen, die behauptet, daß es in China keinen Krieg gebe, sondern nur vorläufige Truppensendungen zum Schutze der nationalen Interessen.

2. Ein Mangel einer Reihe von Sektionen der Komintern besteht darin, daß sie es nicht verstehen, die Fragen der Innenpolitik mit den internationalen Problemen zu verbinden. Manchmal tritt das in Form einer provinziellen Kirchturmspolitik auf (Tschechoslowakei), die Auffassung, daß kleine Länder in den großen Fragen der internationalen Politik nichts tun könnten.

3. Zu den Schwächen unserer kommunistischen Parteien gehört auch die Unterschätzung der Rolle des eigenen Imperialismus durch einige Genossen (wie das in Frankreich und Japan der Fall gewesen ist). Die abstrakte Behandlung der Kriegsfrage statt einer klaren Antwort an die Arbeitermassen, was sie in dem gegenwärtigen Krieg der imperialistischen Mächte gegen China tun sollen, wie sie gegen den eigenen Imperialismus im eigenen Lande zu kämpfen haben. Man muß den Fehler der Kommunistischen Partei Hollands hervorheben, die sich in der ersten Zeit nach dem Aufstand in Indonesien darauf beschränkt hat, die Entsendung einer Untersuchungskommission zu fordern, und die dagegen so elementare Forderungen, wie die Räumung Indonesiens durch die holländischen Truppen oder die Anerkennung des „Rechtes auf Loslösung" für Indonesien vergessen hat. Solche „Fehler" sind objektiv eine Kapitulation vor dem Imperialismus.

4. Die ideologische Konfusion ist gleichfalls eine der Sünden der jungen kommunistischen Parteien. Einige angesehene Genossen machen Fehler in der Richtung eines vulgären Pazifismus (England). Viele ziehen aus der Tatsache, daß die Sowjetunion als ein Staat der Arbeiter und Bauern, der von kapitalistischen Mächten umgeben ist, die Beschränkung der Rüstungen fordert, die Folgerung, daß das eine Losung der kommunistischen Parteien, die noch um die Macht in ihren Ländern kämpfen, sei.

5. Aus den Auffassungen Lenins über den Krieg werden ganz falsche Schlußfolgerungen gezogen. Die Instruktionen für die Delegation nach dem Haag wird dahin gedeutet, daß man überhaupt auf den Streik als ein Kampfmittel gegen den Krieg verzichten müsse.

6. Die Rolle der Massenorganisationen, die Tätigkeit in den Gewerkschaften, in der Armee und in der Flotte wird unterschätzt.

Die Aufgaben der kommunistischen Parteien.

38. Welches sind die Hauptaufgaben der Komintern und ihrer einzelnen Sektionen im Kampfe gegen den gegenwärtigen Krieg in China und gegen die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion?

1. Die zentrale Parole der gegenwärtigen Antikriegskampagne muß wie folgt lauten: „Verteidigung der chinesischen und russischen Revolution". Auf diese Parole muß die Aufmerksamkeit der Massen konzentriert werden. Die kommunistischen Parteien müssen den Massen auseinandersetzen, daß der wirkliche Kampf für den Frieden ohne revolutionäre Massenaktionen unmöglich ist, daß der Pazifismus nur ein Betrug der Volksmassen bedeutet, daß der Kampf für den dauernden Frieden und für die Verhinderung der Kriege selbst gleichbedeutend ist mit dem Sturze der bürgerlichen Regierungen und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

2. Unermüdliche Propaganda in der Presse, in Versammlungen, in Parlamenten gegen den Krieg der Imperialisten in China, Entlarvung des räuberischen Charakters dieses Krieges, des Verrates der sozialdemokratischen und der reformistischen Gewerkschaftsführer. Allseitige Entlarvung der Rolle des englisch-amerikanischen Imperialismus, dabei aber unaufhörlicher Kampf gegen die Raubgelüste der herrschenden Klassen des eigenen Landes. Unerbittliche Kritik der pazifistischen Illusionen und der pazifistischen Ideologie. Entlarvung der Maßregeln der bürgerlichen Regierungen in der Frage der „Abrüstung". Zu diesen Zwecken Veröffentlichung der Geheimverträge und Militärkonventionen der bürgerlichen Regierungen.

3. Die kommunistischen Parteien müssen die Kampagne gegen den Krieg derart führen, daß ihre Losungen der betreffenden Phase des militärischen Konfliktes entsprechen. Der Krieg gegen China und die Sowjetunion kann in der Zukunft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0013

verschiedene Formen annehmen? Wirtschaftsblockade, Flottenblockade der Küsten, Hinüberwerfung von bewaffneten Banden aus den benachbarten Staaten auf das Territorium der Sowjetunion. Organisierung von Aufständen im Innern usw. Die kommunistischen Parteien müssen deshalb bei ihrer Agitation die besonderen Formen der Kriegführung in Rechnung stellen, müssen die Agitation mit den allgemeinen Kriegsvorbereitungen der kapitalistischen Staaten zur Konzentrierung der Schlagkraft auf die Sowjetunion und China in Verbindung bringen.

4. Entlarvung der internationalen Intrigen gegen die Sowjetunion, Mobilisierung der Massen zur Verteidigung der Sowjetunion gegen einen Ueberfall der Raperlasten unter der Losung: „Das internationale Proletariat verteidigt sein Vaterland".

5. Agitation für den Generalstreik gegen den Krieg, in erster Linie in England und in anderen Ländern, die eine aktive Rolle bei der Strafexpedition gegen China spielen.

6. Massendemonstrationen vor den Botschaften der Länder, die an der Strafexpedition gegen China teilnehmen und ebenso gegen diejenigen Regierungen, die die Sowjetunion mit Krieg bedrohen.

7. Demonstrationen von Frauen und Kindern auf den Strecken, wo Truppen transportiert werden, in den Häfen. Demonstrationen von Frauen und Kindern und auch von Kriegsinvaliden auf den Plätzen vor den Parlamenten, vor den Kriegsministerien und den Außenministerien.

8. Konzentrierung der Aufmerksamkeit der kommunistischen Parteien auf die Tätigkeit in den Gewerkschaften, besonders unter den Metallarbeitern, Bergarbeitern und Transportarbeitern und den Arbeitern der chemischen Industrie.

9. Agitation gegen den Krieg in den proletarischen und kleinbürgerlichen Frauenorganisationen, Einberufung von Delegiertenversammlungen, Orts- und Landeskongressen zum Kampf gegen den Krieg.

10. Bildung von Aktionsausschüssen unter der Losung: „Hände weg von China und von der Sowjetunion" und unter Heranziehung der gewerkschaftlichen Organisationen. Entschiedenere Anwendung der Taktik der Einheitsfront, als das bisher der Fall gewesen ist, und in Gegenüberstellung zu der Einheitsfront der Kapitalisten.

11. Internationaler Kampf gegen den Faschismus, als eine bewaffnete Truppe der Gegenrevolution. Bildung von Massenorganisationen nach der Art des Roten Frontkämpfer-Bundes, als Gegengewicht gegen die faschistischen Organisationen, überall dort, wo auch nur die geringste Möglichkeit dazu besteht.

12. Tätigkeit in den Sportorganisationen unter der Losung des Kampfes gegen den Faschismus und gegen den Krieg.

13. Intensive Tätigkeit der Jugendverbände in engstem Kontakt mit der Partei und der Arbeiter- und Bauernjugend, aus denen die modernen Armeen rekrutiert werden, und die den blutigen Weltkrieg nicht aus Erfahrung kennen.

14. Bildung von Organisationen der Kriegsinvaliden und Einbeziehung der schon bestehenden Invalidenorganisationen in den Kampf gegen den Krieg.

15. Die kommunistischen Parteien aller Länder sollen der Errichtung von Organisationen parteilosen Typs besondere Aufmerksamkeit zuwenden, in deren Reihen die Sympathisierenden in bezug auf den Befreiungskampf des Proletariats, der arbeitenden Massen der Kolonien und ehrlichen Hasser der kapitalistischen Ordnung mit ihrer Unterdrückung, Krieg und Ausbeutung, sich gruppieren. (Z. B. Liga zum Kampf gegen die koloniale Unterdrückung.)

16. Verstärkte Tätigkeit in der Armee und in der Flotte. Verstärkung der Antikriegsagitation unter der Bauernschaft.

17. Intensivere Tätigkeit in den Kolonien. Herstellung der Einheitsfront des Proletariats und der nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker zum Kampf gegen den Krieg. Einberufung von Kongressen der werktätigen Massen der Kolonien zwecks Agitation und Erläuterung der Identität ihrer Interessen mit den Interessen der Sowjetunion und der um ihre Befreiung kämpfenden werktätigen Massen Chinas.

18. Ernste Behandlung der grundsätzlichen Fragen der bolschewistischen Taktik im Kampf gegen den Krieg in den kommunistischen Parteien. Behandlung dieser Fragen in der Parteipresse und in Parteiversammlungen.

19. Größere Internationalisierung der Sektionen der Komintern. Konzentrierung der Aufmerksamkeit der Massen auf die Probleme von internationaler Bedeutung. Verbindung dieser Probleme mit den Fragen der Klassenkonflikte innerhalb der einzelnen Länder. Engere Verbindung zwischen den Sektionen der Komintern im gemeinsamen Kampf gegen den Krieg.

Verantwortlich: Karl Begler, Berlin.

Aegypten – die englische Zwischenstation zum fernen Osten

Staudamm, Baumwolle und der Seeweg nach Indien, keine geschlossene Abwehrfront

Während der entscheidenden Kämpfe der chinesischen Revolution gegen die Imperialisten regt sich auch die nationale Bewegung in Aegypten. Seit zwei Jahren ist der Nil, der „heilige Fluß", im wahrsten Sinne des Wortes in völlige Abhängigkeit englischer Kapitalisten geraten. Der Kapitalismus hat am Nil ein Werk entstehen lassen, das an Großartigkeit den berühmten ägyptischen Pyramiden nicht nachsteht. Es ist der Staudamm am oberen Nil, der größte Damm der Welt. Er wurde im Juli 1925 noch vor dem Eintritt der alljährlichen Ueberschwemmung am Blauen Nil im Sudan fertiggestellt. Jahrelang arbeiteten 19 000 Arbeiter; er ist 3 Kilometer lang, 73 bis 91 Meter hoch und soll mittels eines Stausees (3480 Kilometer) sowie von 80 Schleusen und 1700 Kilometer Seitenkanälen die Bewässerung von 250 000 Joch ermöglichen. Eine Hebelbewegung — und der Nil strömt nicht Aegypten zu, sondern bewässert die Baumwollplantagen des Sudans.

Die Baumwollplantagen des Sudans sind für England eine wichtige Angelegenheit. Hier im Herzen Afrikas führt England einen Kampf gegen Amerika, es will seine Textilindustrie von der amerikanischen Baumwolle unabhängig machen. Hingegen ist für den ägyptischen Großgrundbesitzer die Sudanbaumwolle eine gefürchtete Konkurrenz, um so mehr, als die ägyptische Baumwolle — das Hauptprodukt des Landes — sich in einer ständigen und schweren Krise befindet.

Aegypten und der Sudan sind aber nicht nur Wirtschaftsgebiete für England, sondern Aegypten ist auch strategisch von allergrößter Wichtigkeit.

Die „nationale Unabhängigkeit" Aegyptens geht auf die Deklaration vom 28. Februar 1922 zurück. In dieser wurde das britische Protektorat über Aegypten als beendet und Aegypten als ein unabhängiger Staat anerkannt. In vier Punkten hat jedoch England bis auf weiteres sich Rechte vorbehalten.

1. In der Sicherung der englischen Weltreichverbindung über Aegypten. Das ist der vorhin erwähnte Weg nach Indien und dem fernen Osten über den Suez-Kanal.

2. In der Verteidigung Aegyptens gegen jedweden ausländischen Angriff, gegen direkte oder indirekte Einmischungen. Das bedeutet, daß England keine anderen Imperialisten an die Beute heranläßt.

3. In dem „Schutze der Ausländer und der Minoritäten". Das ist die Möglichkeit zur Ausübung der Polizeigewalt. Wie nötig Ausländer einen Schutz brauchen, darauf wies — Sadik Heneim Pascha bei der jüngsten Weltwirtschaftskonferenz in Genf hin. Er sagte, daß Aegypten auf der Weltwirtschaftskonferenz mit einem ganz eigenartigen Anspruch auftreten mußte. Infolge der in Aegypten noch in Geltung befindlichen Kapitulationen seien in Aegypten die Ausländer in steuerlicher Hinsicht gegenüber den Inländern bevorzugt. Sie brauchen zu den öffentlichen Lasten nichts beizutragen. Wenn Aegypten also sich für die Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern einsetze, so sei es dabei in der umgekehrten Lage wie die meisten europäischen Länder, wo die Inländer gegenüber den Ausländern im Vorteile seien. Aegypten ist in der Lage einer Halbkolonie.

4. England hielt sich freie Hand bezüglich des Sudans. Der Militärbefehlshaber des Sudans, der Sirdar, ist ein englischer Offizier, der der englischen Regierung unterstellt und aus ägyptischen Steuergeldern bezahlt wird.

Ueberall kracht das Gebäude des englischen Imperiums, der ägyptische Nationalismus wehrt sich gegen das englische Protektorat, das offiziell aufgehoben ist, in Wirklichkeit aber weiter besteht. Dieses Protektorat ist eine der wichtigsten Säulen der englischen Kolonialherrschaft.

Da ist zunächst die ökonomische Position: England hat seit jeher in Aegypten wichtige Interessen, vor allem Baumwollinteressen.

Die nationalistische Strömung richtet sich jetzt vor allem gegen diesen Punkt. Die Nationalisten verlangen die Abschaffung des englischen und die Einführung eines ägyptischen Sirdars.

Kein Wunder, daß englische Kriegsschiffe, mit 28,5-Zentimeter-Geschützen bestückt, an der ägyptischen Küste erscheinen, wenn die Nationalisten im Parlament, wo sie die überwiegende Majorität besitzen, sich gegen den Sirdar, für den Ausbau der National-Armee usw. aussprechen. Das imperialistische England will und kann die Unabhängigkeit eines wirtschaftlich und strategisch so wichtigen Landes nicht zulassen. England hat, um im ungestörten Besitz Aegyptens zu bleiben, an Frankreich schon einmal Zugeständnisse gemacht. In dem Kolonial-Abkommen von 1904 ließ Frankreich der englischen Regierung freie Hand in Aegypten, dafür erhielt es in Marokko und Tunis selbst freie Hand. Dieses Abkommen war der eigentliche Ausgangspunkt der Entente zwischen England und Frankreich, der Entente, die den Weltkrieg führte.

Und nun hat England sich wiederum Frankreich gesichert, es ist ja die Zeit der erneuerten Entente, jetzt mit der Spitze gegen Sowjet-Rußland und China.

•

Ein Teil der ägyptischen Nationalisten scheint erkannt zu haben, daß sie im Einvernehmen mit den Imperialisten, — sei es England oder auch ein anderes imperialistisches Land — (Italien beobachtet mit großem Interesse die Geschehnisse am oberen Nil und in Abessinien), nicht einmal zur bürgerlichen Freiheit gelangen können. Auf eine Botschaft der Liga gegen Imperialismus an das ägyptische Parlament antwortete der Abgeordnete Hafis Ramadan Bey mit folgendem Telegramm:

„Ihre Botschaft erweckte in Aegypten den besten Eindruck und liefert einen neuen Beweis für die aktive Arbeit und Solidarität der Brüsseler Organisation. **Die National-Partei Aegyptens wird die Massen bis zur Erkämpfung der endgültigen Freiheit weiterführen.** Bitte übermitteln Sie allen angeschlossenen Organisationen und besonders dem indischen Nationalkongreß unseren verbindlichsten Dank und solidarischen Gruß!"

Aber die ägyptischen Nationalisten stützen sich nicht wie die chinesischen auf die Massen der Arbeiter und Bauern, auf die Fellachen und Ausgebeuteten Aegyptens. Bourgeoisie und Feudaladel führen dagegen einen Vernichtungskampf gegen die ägyptischen Kommunisten, während sie sich von den Engländern befreien wollen.

Die Kommunistische Partei Aegyptens ist zahlenmäßig noch sehr schwach. Sie wurde von der nationalistischen Regierung Zaguls ebenso wütend verfolgt wie von deren Vorgängern. Deshalb ist klar, daß die Zaglulisten ohne die Kraft der Massen auch die nationale Befreiung nicht durchführen können und im gegenwärtigen Konflikt vor London werden kapitulieren müssen.

Otto Bauer über die China-Politik der Komintern

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung" vom Sonntag, den 5. Juni, schreibt Otto Bauer einen sehr langen Leitartikel, den auch der „Volksbote" teilweise veröffentlicht. Er sagt bezugnehmend auf die letzte Resolution des EKKI zur chinesischen Frage u. a. folgendes:

„. . . wo keine Aussicht auf Erfolg in offener Schlacht besteht, müsse man eben „lavieren und manövrieren". Wörtlich sagt die Resolution:

Einen Aufstand darf man nur unternehmen, wo Aussicht auf Erfolg ist. Mit Aufständen spielen darf man nicht. Die Taktik des Aufstandes um jeden Preis, in jedem Falle ist keine leninistische Taktik.

Noch mehr: Die Resolution sagt sogar, daß sich Hankau auch der Notwendigkeit von „Kompromissen", auch von Kompromissen mit den imperialistischen Gegnern der chinesischen Revolution nicht verschließen dürfe:

Verantwortlich für die Politik der Regierung, würde die Kommunistische Partei einfach dumm vorgehen, wenn sie unter allen Bedingungen die Taktik der Kompromisse ablehnen, also einen Kampf an allen Fronten zugleich führen wollte.

All das ist unzweifelhaft klug und besonnen. Aber hat Trotzki unrecht, wenn er diese Richtlinien opportunistisch, menschewistisch, „sozialdemokratisch" findet? Sind die Richtlinien, die die Kommunistische Internationale jetzt für China proklamiert, nicht dieselben, die sie in Europa für „Sozialverräterisch" erklärt? Haben sich die Bolschewiki in China nicht in Koalitschewiki verwandelt? Wie ganz anders könnte die europäische Arbeiterbewegung aussehen, hätten die Kommunisten nicht für Europa bedingungslos geächtet, was sie jetzt für China als zweckmäßige Politik erklären.

Und in diesem Tone weiter. Ohne ein bißchen Falsch kann es schon bei Otto Bauer nicht abgehen.

Was das erste Zitat der EKKI-Resolution, das vom Aufstand handelt, betrifft, stellt Otto Bauer die Sache so dar, als hätte er die obige Definition vertreten, die **Kommunisten** dagegen eine andere. Doch wann und wo in aller Welt hat die Kommunistische Internationale Prinzipien über einen bewaffneten Aufstand verkündet, die dem obigen Zitat widersprächen? Der wesentliche Unterschied zwischen der Auffassung Otto Bauers und der Kommunisten besteht nicht darin, **wie** Aufstände durchzuführen sind, sondern **ob überhaupt** Aufstände gemacht werden dürfen. Otto Bauer ist **gegen** bewaffnete Aufstände, die Kommunisten sind, unter entsprechenden Vorbedingungen, **für** bewaffnete Aufstände. Otto Bauer kann also mit dem ersten Zitat tatsächlich gar nichts anfangen.

Aber auch mit dem zweiten Zitat hat es seinen Haken. Die Komintern sagt genau im Sinne von Marx: **Zusammengehen mit der revolutionären Bourgeoisie im Interesse der Revolution.** Otto Bauers Koalitionspolitik ist aber im Grunde nichts anderes, als ein **Zusammengehen** mit der **konterrevolutionären** Bourgeoisie im Interesse der **Konterrevolution**.

Lenin hat bereits im Jahre 1920, noch vor Aufstellung der 21 Bedingungen, in seinem Buche über „Die Kinderkrankheit usw." folgendes geschrieben:

„. . . Es ist doch nicht möglich, daß die deutschen „Radikalen" nicht wissen, daß die ganze Geschichte des Bolschewismus, vor wie nach der Oktoberrevolution, **voll** ist von Fällen des Lavierens, Paktierens, der Kompromisse mit anderen Parteien, darunter auch mit den bürgerlichen!

Krieg führen zum Sturze der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist, als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege unter den Staaten, und dabei im voraus auf das Lavieren, auf die (wenn auch nur zeitweilige) Ausnutzung der Interessengegensätze zwischen den Feinden, auf das Paktieren und die Kompromisse mit möglichen (wenn auch nur zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten, — ist das nicht grenzenlos lächerlich? Ich das nicht dasselbe, wie bei einem schwierigen Aufstieg auf einen noch unerforschten und bis dahin noch unzugänglichen Berg von vornherein ablehnen, manchmal im Zickzack zu gehen, manchmal zurückzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen?"

Zum Schlusse sei noch bemerkt: Otto Bauer verlangt, daß die Kommunisten ihre Chinataktik nach Europa verpflanzen mögen. Das fordert derselbe Bauer, der sich die Finger wund schrieb gegen das „russische" Schema, gegen die Anwendung einer „russischen" Taktik in Mittel- und Westeuropa, einer Taktik, die nichts anderes will, als die Herbeiführung des Sturzes der Bourgeoisherrschaft, eine Aufgabe, die dem europäischen Proletariat noch viel näher liegt, als seinerzeit dem industriell zurückgebliebenen russischen Proletariat.

Bewässerungsanlagen in der Republik der Wolgadeutschen

(OE.) In der Sowjetrepublik der Wolgadeutschen ist beschlossen worden, das Wasser des Flusses Jeruslan durch Kanäle in wasserarme Bezirke abzuleiten und deren Fruchtbarkeit dadurch zu steigern. Die Arbeiten, die etwa 350 000 Rubel kosten werden, sollen bereits zum Herbst des laufenden Jahres beendet werden.

Erforschung der Wüste Kara Kum

(OE.) Die russische wissenschaftliche Expedition, die vor einem Monat in das zentralasiatische Wüstengebiet Kara Kum zu Forschungszwecken entsandt worden war, ist jetzt in Aschabad eingetroffen. Die Expedition hat festgestellt, daß keineswegs das ganze Wüstengebiet aus Sandebenen besteht. Es wurden mehrere große Oasen mit reichen Wasservorräten und einer recht bedeutenden Flora entdeckt.

Mieter, heraus zum Abwehrkampf!

Bundes-Tagung Deutscher Mietervereine vom 9.—13. Juni 1927 in Hamburg

Vom 9. bis 13. Juni hielt im Curio-Haus zu Hamburg der genannte Bund seinen 22. Mietertag ab. Die Tatsache, daß in denselben Tage der andere von den zwei großen deutschen Mietervereinen, der Reichsbund Deutscher Mieter, in Zwickau ebenfalls seine Bundestagung abhielt, signalisiert

die ernste Lage der Mieter.

Hier handelt es sich nicht nur um fällige Tagungen zur Erledigung organisatorischer Arbeiten. Angesichts der planmäßigen Angriffe der Hausagrarier im Bunde mit den Parlamenten und Regierungen, welche die Rechte der Mieter, so weit sie sich aus den Mieter-Schutzgesetzen ergeben, nach und nach beseitigen, angesichts der Tatsache, daß

am 1. Juli das bis zu diesem Datum verlängerte Schutzgesetz abläuft,

müssen die Tagungen zeigen, ob sie imstande sind, eine einheitliche Front zur Erhaltung und zum Ausbau des Mieterschutzes herbeizuführen. Der bisherige Verlauf der Hamburger Tagung zeigt leider, daß auf Grund der Zusammensetzung der Führung dieses Bundes, von Worten abgesehen, die Tat ausbleiben wird.

Nachdem am Donnerstag interne Beratungen vorausgegangen waren, wurde am Freitag der 22. Mietertag durch den Bundesvorsitzenden Hermann eröffnet. Die mäßig anwesenden Delegierten, wobei die bürgerlichen obendrein den Ausschlag gaben, den ein Bild über die Bedeutung des Bundes in den kommenden Kämpfen zu. Dieses Bild wird noch ergänzt durch die zahlreich anwesenden Ehrengäste und Vertreter aller möglichen Splitterorganisationen, welche sich durch Oberlandsgerichtsräte usw. vertreten ließen.

Der Tagung voraus gingen Begrüßungsansprachen. Von den proletarischen Delegierten wurde der kommunistische Vertreter, Landtagsabgeordneter Schulz, welcher die Grüße der kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktion überbrachte, lebhaft applaudiert.

Nach der Wahl des Vorstandes gibt der Bundesvorsitzende Hermann den wohnungspolitischen Bericht. Hierbei unterzieht er die gesetzgebenden Körperschaften einer herben Kritik, ohne in Konsequenz derselben die gebotenen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Auf starken Widerspruch, besonders der proletarischen Delegierten, stieß der zweite Redner, Rechtsanwalt Groß, welcher in seinem Vortrag über **„Uebergang in eine neue Wohnwirtschaft"** für eine freie, also für eine Lockerung der Wohnwirtschaft eintrat.

Nach Oberlandgerichtsrat Dr. Bowenhagen, welcher als Bodenreformer seine Ziele verfocht, trat Justizinspektor Gernaitis für

ein Volksbegehren und einen Volksentscheid zwecks Erhaltung des Mieterschutzes

bei der jetzigen Mietshöhe bis zum Jahre 1932 ein. Seiner Meinung nach muß diese Bewegung unter Ausschaltung aller politischen Parteien nur von der Mieterbewegung ausgehen.

Der Delegierte Genosse Schrapel, Dresden, stellte als erster die Unzulänglichkeit der hier von den Bürgerlichen vertretenen Auffassung fest. **Eine politische Neutralität kann es nicht geben.** Wenn, von den Rechtsparteien ganz abgesehen, die Weimarer Parteien die Mieterinteressen auf dem Altar der verschiedensten Koalitionen opferten, so haben die kommunistischen Fraktionen, überhaupt die Kommunistische Partei, durch ihr Verhalten gezeigt, daß sie sich für die Mieterinteressen voll und ganz einsetzen.

Die Freitag-Tagung nahm, weil die bürgerlichen Delegierten, welche auf Kosten der Mieter zur Tagung gefahren sind, es vorzogen, an einer Dampferfahrt teilzunehmen, ein frühzeitiges Ende.

Jetzt schon muß gesagt werden, daß es Aufgabe der Mieter ist, unverzüglich in ihren Organisationen dafür einzutreten, daß die Führung in proletarische Hände übergeht und in engster Anlehnung an die Kommunistische Partei die Mieter zum Kampf gegen die völlige Rechtlosmachung organisiert. Nur so ist die Gewähr gegeben, alle Fragen der Mieter konsequent in ihrem Sinne zu lösen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270615-11/fragment/page=0014